

— immer am Ball



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

22. Jahrgang / Heft 9/10

September-Oktober 1967

Einzelpreis 50 Pf

„Das Kapital“ von Karl Marx und die Gegenwart

von WALTER HEIM

Am 14. September dieses Jahres sind 100 Jahre vergangen, seitdem „Das Kapital“, Band I, von Karl Marx nach vielen Jahren eingehender Untersuchungen und Studien in einer Auflage von 1000 Exemplaren im Verlag Meißner, Hamburg, erschienen ist. „Bücher haben ihre Schicksale“, sagte man im alten Rom. Das Schicksal des „Kapital“ ist beispiellos. Noch nie in der

Geschichte der Menschheit hat ein wissenschaftliches Werk zu solch bedeutenden und grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen geführt und nur wenige Bücher fanden eine derartige Verbreitung wie „Das Kapital“. Einst versuchten die herrschenden Klassen und ihre Apologeten es einfach totzuschweigen. Dieses Vorhaben mußte scheitern. In dem Maße, wie sein Einfluß in der Arbeiterbewegung zunahm, sah und sieht auch heute noch ein Heer von gelehrten Schreiberlingen seine Aufgabe darin, die ökonomische Theorie von Karl Marx zu verfälschen. Aber wie die Nacht dem Licht des Tages weichen muß, so auch die Lüge der Wahrheit. Gegenwärtig wird das Hauptwerk von Karl Marx in Dutzende Sprachen übersetzt, auf allen Kontinenten herausgegeben und neu verlegt und von Menschen aller Nationen gelesen. Es ist zu einem Lehrbuch der Arbeiter, der Ausgebeuteten und fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt geworden.

Woraus erklären sich der große Einfluß, die weite Verbreitung und die

Aktualität des „Kapital“? Vor allem daraus, daß die von Karl Marx vorgenommene Analyse der kapitalistischen Gesellschaft richtig war und ist und sich die vor 100 Jahren von ihm gegebene Gesellschaftsprognose, wonach der Kapitalismus durch die sozialistische, ausbeutungsfreie Gesellschaft abgelöst wird, bestätigt hat. Heute, im fünfzigsten Jahr der siegreichen sozialistischen Oktoberrevolution, werden die materiellen Grundlagen für die kommunistische Gesellschaft geschaffen und in immer mehr Ländern, darunter auch in einem Teil des Geburtslandes von Karl Marx, in der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, baut die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen die von Ausbeutung und Unterdrückung freie sozialistische Gesellschaft auf.

Für die Völker der noch vom Imperialismus beherrschten Länder und für viele nationaldemokratische Staaten sind die sozialistischen Staaten das Vorbild und „Das Kapital“ von Karl Marx ihr theoretisches Werkzeug geworden.

„Das Kapital“ hat auch in der Bundesrepublik an Aktualität nichts eingebüßt; denn erstens macht der von Karl Marx wissenschaftlich vorausgesagte weltgeschichtliche Veränderungsprozeß keinen Bogen um die Bundesrepublik und zweitens ist die

Kenntnis der Marx'schen Theorie, insbesondere des „Kapital“ eine Grundvoraussetzung, um die in der Bundesrepublik anstehenden gesellschaftlichen Probleme wissenschaftlich richtig zu erkennen und zu lösen.

Dafür nur drei Feststellungen.

1. Karl Marx' ökonomische Theorie ist die Grundlage für das Verständnis des heutigen Kapitalismus

Die Genialität von Karl Marx und Friedrich Engels bestand gerade darin, daß sie nicht nur eine exakte Analyse des Kapitalismus gaben, wie sie ihn vordanden, sondern daß sie sein **inneres Wesen**, das **System** seiner ökonomischen Gesetze und damit seine Bewegungs- und Entwicklungstendenz entdeckten. Das versetzte sie in die Lage, bereits vor über 100 Jahren die Herausbildung von Monopolen richtig vorauszusehen und damit das entscheidende Wesensmerkmal des modernen Kapitalismus aufzuzeigen.

Karl Marx begründete beispielsweise, daß die Entwicklung der Produktivkräfte und die Akkumulation des Kapitals zur Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals führen, in deren Verlauf immer weniger mächtige Großbetriebe entstehen, die den Hauptteil der Produktion auf sich vereinigen, während viele kleine Unternehmen von den großen vernichtet oder abhängig gemacht werden.¹⁾

Die Veränderung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse innerhalb des Kapitalismus voraussehend und sie bestimmt schrieb er:

„Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht

2. Karl Marx liefert die wissenschaftliche Begründung für die Ausbeutung der Arbeiterklasse, ihre Unterdrückung und Abhängigkeit vom Monopolkapital in der Bundesrepublik

Eine der größten wissenschaftlichen Leistungen von Karl Marx ist die Erklärung des Mehrwerts als selbständige Kategorie und seiner Quelle.

¹⁾ Vgl. Karl Marx, *Das Kapital*, Dietz Verlag, Siebenter Abschnitt.

²⁾ Karl Marx, *Das Kapital*, Dietz Verlag, S. 477.

³⁾ Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“) Berlin 1952, S. 343.

und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier (in den Aktiengesellschaften d. V.) die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.“²⁾

Von diesen Darlegungen ausgehend stellte Friedrich Engels im „Anti-Dühring“ fest:

„In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zum Nutzen und Frommen der Kapitalisten.“³⁾

Vergleicht man die Verhältnisse in der Bundesrepublik mit der ökonomischen Theorie von Karl Marx, so widerlegen sie sie nicht, sondern sie bestätigen sie voll und ganz. Die Konzentration der Produktion und des Kapitals haben ein bisher nicht gekanntes Niveau erreicht.

3. Damit hat er das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung und der kapitalistischen Produktionsweise wissenschaftlich begründet. Die meisten bürgerlichen Ökonomen leugnen heute jegliche Ausbeutung oder sie reduzieren sie auf ihre extremsten Erscheinungsformen.

Nach wie vor aber sind die Arbeiter der Bundesrepublik — im Unterschied zu ihren Klassengenossen in der

DDR — nicht Besitzer von Produktionsmitteln und deshalb gezwungen, ihre Arbeitskraft als Ware an die Besitzer der Produktionsmittel, vor allem an die Großunternehmen zu verkaufen.

Die Zahl derer, die gezwungen ist, die Ware Arbeitskraft, welche die Fähigkeit besitzt, mehr Wert zu produzieren als sie wert ist, zu verkaufen, stieg von rund 14 Millionen im Jahre 1950 auf 21,8 Millionen im Jahre 1965⁴⁾ und damit auf über 80 Prozent der Erwerbstätigen.

Darüber hinaus hat sich ihre Ausbeutung stark erhöht. Wenn Karl Marx errechnete, daß vor 100 Jahren die Arbeiter etwa die Hälfte des Arbeitstages umsonst arbeiteten, so beträgt die durchschnittliche Ausbeutungsrate, trotz verringelter Arbeitszeit, heute 500 Prozent. Karl Marx hat diesen Prozeß bereits vor 100 Jahren wissenschaftlich begründet. Er wies nach, daß er mit der Anwendung sich ständig weiterentwickelnder und vervollkommnender Produktivkräfte auf der Basis des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln unmittelbar verbunden ist. Heute, nach dem umfassenden Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, hat der imperialistische Staat direkt ökonomische Funktionen übernommen und reguliert nicht nur die Wirtschaft im allgemeinen, sondern auch die Klassenbeziehungen. Er hat einen bedeutenden Anteil an der Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Werktätigen in der Bundesrepublik, indem er das geschaffene Nationaleinkommen zugunsten der Monopole umverteilt und, wie in jüngster Zeit in der von Schiller verkündeten „konzertierten Aktion“ erneut zum Ausdruck kommt, indem er

versucht, die Arbeits- und die Kampfbedingungen im Interesse der Monopole zu regulieren und zu manipulieren. Der von Karl Marx begründete Ausbeutungsprozeß hat unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine höhere Stufe erreicht; er wurde zum gesellschaftlichen Ausbeutungsprozeß im wahrsten Sinne des Wortes.

Davon zeugen auch die Verteilungsverhältnisse, deren Charakter Karl Marx unmittelbar aus dem Charakter der Produktionsverhältnisse ableitete. Trotz der Beschönigungen durch bürgerliche Ideologen, wonach eine Angleichung der Einkommen aller Schichten erfolgt sei und trotz des Kampfes der Arbeiterklasse ist die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik äußerst ungerecht. 0,3 Prozent der Bevölkerung besitzen mehr Vermögen als 99,7 Prozent des Volkes. Nach der offiziellen Statistik betrugen die Gewinne der Konzerne und Großunternehmen im Jahre 1965 116,190 Md. Mark. Durch Abbau der Effektivlöhne, von Sozialleistungen und durch Preissteigerungen will die Kiesinger/Strauß-Regierung die Massenkaufkraft um weitere 15 Md. im Jahre 1967 herabsetzen. Die These von der „breiteren Streuung des Eigentums“ erweist sich als ein demagogisches Manöver im Interesse des Monopolkapi-
tals. Deshalb sind die Forderungen der KPD und des DGB nach einer gerechteren Verteilung der Einkommen und Vermögen und für eine aktive Lohnpolitik angesichts des geplanten Raubzuges auf die Taschen der Werktätigen mehr denn je berechtigt. Es kommt darauf an, das zu erhalten, was sich die Arbeiter erkämpft haben, „um von dieser Grundlage aus neue Kämpfe um Verbesserungen zu führen.“⁵⁾

3. Die marxistische Krisentheorie

Seitdem sich der Kapitalismus voll entfaltet hat, wird er durch periodisch wiederkehrende Überproduktionskrisen mit zum Teil schweren sozialen Folgen erschüttert. Die vielen

⁴⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD 1966, S. 148.

⁵⁾ Aus dem Bericht des Politbüros an die 10. Tagung des ZK der KPD in: Wissen und Tat, Heft 7/8 1967, S. 26.

ist so aktuell wie vor 100 Jahren

Versuche, dieses Phänomen zu erklären und es möglichst zu verhindern, können deshalb nicht Wunder nehmen. Dennoch ist die marxistische Krisentheorie nach wie vor die einzige Theorie, welche die **Hauptursache** der Wirtschaftskrisen im Kapitalismus wissenschaftlich begründet. Sie erklärt sie aus dem **Grundwiderspruch** des Kapitalismus, dem gesellschaftlichen

Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung ihrer Ergebnisse. Die Widersprüche, die die Wirtschaftskrise unmittelbar auslösen und ihre Erscheinungsformen können verschieden sein. Das bestätigt auch die Entwicklung in der Bundesrepublik.

Nach dem zweiten Weltkrieg war die ökonomische Entwicklung durch eine relativ lange Phase der Konjunktur gekennzeichnet. Marxistische Ökonomen haben die Ursachen dafür aufgezeigt. Sie sehen sie vor allem: erstens in einer umfassenden Erneuerung der technischen Ausrüstungen in der Industrie und in anderen Zweigen der Wirtschaft, (einem Faktor, dem bereits Karl Marx für den zyklischen Verlauf des kapitalistischen Reproduktionsprozesses größte Bedeutung beimaß); zweitens in dem hohen Ausbeutungsgrad der Arbeiter und Werk-tätigen, der dem Monopolkapital hohe Profite sicherte und der durch den Umsiedlerstrom und die Abwerbung von Arbeitskräften und Spezialisten aus der DDR begünstigt wurde und drittens in den günstigen Exportmöglichkeiten, die die Bundesrepublik ausnutzen konnte. Die relativ günstige Wirtschaftsentwicklung bildete damals die materielle Basis für die Propaganda vom „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik.

In der jüngsten Zeit hat sich die Wirtschaftssituation in der Bundesrepublik bedeutend geändert. Die Wirtschaftsentwicklung ist rückläufig. Laut Wirtschaftswissenschaftlichem Institut des DGB betrug der Rückgang der Produktion im März 1967 gegenüber März 1966

in der Industrie	
Steine und Erden	20,8%
beim Maschinenbau	12,1%
in der Autoindustrie	25,7%
in der Textilindustrie	15,0%
in der Lederindustrie	22,8%

Die Auftragseingänge sind noch stärker zurückgegangen als die Produktion.

Die Monopole haben zum Generalangriff auf den Lebensstandard der Werk-tätigen geblasen. Der direkte und

offene Lohnabbau steht auf der Tagesordnung. Die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter hat zugenommen. Die Staatsfinanzen befinden sich in einer Krise. Selbst Nicht-marxisten sprechen jetzt ganz offen von einer Wirtschaftskrise und diejenigen, die von einer „Talfahrt“, von einer „Rezession“, von einer „Abschwächung der Konjunktur“ oder ähnlichem reden, meinen im Prinzip nichts anderes.

Damit wird zweierlei bestätigt:

- Das Krisengesetz des Kapitalismus wirkt nach wie vor, auch in der Bundesrepublik;
- in der Form, in welcher es in Erscheinung tritt, sind zum Teil Veränderungen eingetreten. Diese ergeben sich vor allem aus der technischen Revolution und dem Übergang des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Der hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion, die Beherrschung großer Teile der gesellschaftlichen Produktion durch wenige Monopole, ihre Verflechtung mit der Staatsmacht usw. ermöglichen es, die Widersprüche, die die Krisen unmittelbar auslösen, zu beeinflussen. So kann zum Beispiel der imperialistische Staat mit Hilfe der Staatsfinanzen oder der Gesetzgebung das Wirtschaftswachstum unter bestimmten Bedingungen stimulieren bzw. bremsen und den Widerspruch zwischen Produktion und Markt regulieren. Deshalb treten die Überproduktionskrisen nicht unbedingt wie früher durch große Massen unverkäuflicher Waren in Erscheinung. Indem der Staat zum Beispiel die Produktion durch Stillegungen von Kapazitäten einschränkt, wird die Nichtauslastung von Produktionskapazität eine wichtige Erscheinungsform von Wirtschaftskrisen, nehmen Teil- und Zwischenkrisen an Umfang und Bedeutung zu. Mit Hilfe von staatsmonopolistischen Regulierungsinstrumenten kann heute ganz offensichtlich das Hineingleiten in die Krise und der Ausbruch der Krise abgeschwächt, können unter bestimmten Bedingungen Wirtschaftsaufschwünge forciert und der Austritt aus der Krise gefördert werden.

dert werden. Dennoch ist es nicht möglich, weder das Krisengesetz des Kapitalismus, noch das widersprüchliche Wesen des Kapitalismus aufzuheben. Unter dem Einfluß des staatsmonopolistischen Kapitalismus ändert sich lediglich die Bewegungsform der Widersprüche.

Um die Wirtschaftskrisen zu beseitigen, so lehrt Karl Marx und so bestätigt die Entwicklung in den sozialistischen Ländern, muß man das vom Monopolkapital beherrschte Wirtschaftssystem beseitigen. Das heißt jedoch nicht, daß die Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus gegen die Wirkung des Krisengesetzes machtlos sei. Sie ist auch daran interessiert, daß solch verheerende Wirkungen des Krisengesetzes, wie sie zum Beispiel in den Jahren 1929 bis 1933 zutage traten, verhindert werden, daß das Krisengesetz in seiner Wirkung gehemmt und abgemindert wird. Die objektiven Möglichkeiten sind dazu vorhanden.

Bekanntlich hat die Kiesinger/Strauß-Regierung verkündet, die Krisenerscheinungen überwinden und Stabilität und Wachstum der Wirtschaft sichern zu wollen. Dazu hat sie eine Reihe von Maßnahmen beschlossen und weitere sollen folgen. Das gesamte „Konjunkturprogramm“ und sein vielfältiges Beiwerk haben jedoch zwei entscheidende Mängel:

Erstens dient ein Teil der durchgeführten und der vorgesehenen Maßnahmen überhaupt nicht konjunkturstimulierenden Zwecken, sondern ausschließlich der Finanzierung der aggressiven Politik der Bonner Regierung. Er wird irreführenderweise als konjunkturstimulierend getarnt und verschärft in Wirklichkeit die wirtschaftliche Situation.

Zweitens soll die Hauptlast von den Werktagen getragen werden. Deshalb muß die Arbeiterklasse ein demokratisches Alternativprogramm entwickeln, welches dem staatsmonopolistischen Regulierungsprogramm entgegengesetzt ist, und in welchem

der ökonomische, politische und ideologische Kampf richtig miteinander verbunden wird.

Die Lasten der wirtschaftsstimulierenden Maßnahmen müssen von jenen getragen werden, die in der Konjunktur riesenhafte Profite realisierten und die durch ihre verfehlte Politik an den Krisen und an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Schuld sind: die großen Monopole und die Reichen der Gesellschaft.

Die KPD hat im September vorigen Jahres ihr Programm zur Stabilisierung der Wirtschaft vorgelegt und auf der 10. Tagung des ZK der KPD unterbreitete Genosse Max Reimann weitere konkrete Vorschläge:

- Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 bis 7 Milliarden, Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate;
- Einstellung der Milliardenzahlungen für Waffenkäufe und den so genannten Devisenausgleich an die USA;
- aktive Lohnpolitik, tarifliche Sicherung der übertariflichen Leistungen;
- Senkung der Lohnsteuer um 10 Prozent, Erhöhung der Steuern auf Höchstprofite und Millionenvermögen;
- keinerlei Preis- und Mieterhöhungen, Aufhebung der monopolistischen Preisbindung;
- Soforthilfe an die Städte und Gemeinden zur Erfüllung der dringendsten Aufgaben auf Kosten des Rüstungshaushalts;
- Fortführung des sozialen Wohnungsbaus, Schaffung eines sozialen Miet- und Kündigungsrechts.⁶⁾

Würden darüber hinaus, wie Albert Norden vorschlägt,⁷⁾ die Staatsausgaben für die Notstandsgesetze und für den kalten Krieg und die unsichtbaren Subventionen gestrichen werden, so stünden enorme Mittel für die friedliche Entwicklung der Wirtschaft und die sozialen Belange der Werktagen zur Verfügung. Auch das lehrt uns „Das Kapital“ von Karl Marx.

⁶⁾ Wissen und Tat, 22. Jahrgang, Heft 7/8, 1967, S. 11.

⁷⁾ Vgl. Neues Deutschland v. 12. 7. 1967.

Das nationale Interesse der Bevölkerung der Bundesrepublik an guten Beziehungen zur Sowjetunion*)

Von JUPP ANGENFORT

Im Oktober 1917 wurde in Rußland die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gestürzt. Zur Geburtsurkunde der jungen Sowjetmacht wurde das Dekret über den Frieden. Dieses Dekret verkörperte die besten Hoffnungen der durch den Krieg gequälten Menschheit. Es enthielt die realistische Konzeption, dem Krieg ein Ende zu setzen, den Frieden auf demokratischer Grundlage herzustellen. Mit dieser Tat kämpfte die Arbeiterklasse Rußlands nicht nur für ihre eigenen Interessen, sondern für die Interessen aller Völker — auch des deutschen Volkes. Sie leistete ihm dadurch eine unschätzbare moralische und politische Hilfe.

Reaktionäre westdeutsche Historiker behaupten, die Oktoberrevolution hätte die guten traditionellen Beziehungen unterbrochen, die in der Vergangenheit zwischen Rußland und Deutschland bestanden haben. Aber was sind die Tatsachen? Die traditionellen Beziehungen zwischen dem imperialistischen Deutschland und dem imperialistischen Rußland haben den Ausbruch des ersten Weltkrieges nicht verhindert. Die Völker beider Länder mußten das Ergebnis dieser Beziehungen mit unendlichen Opfern bezahlen. Gerade durch die Oktoberrevolution in Rußland und mit dem Ausscheiden Rußlands aus dem ersten Weltkrieg war die große Möglichkeit gegeben, das deutsch-russische Verhältnis von Grund auf neu zu gestalten und ein gutnachbarliches Verhältnis zur jungen Sowjetmacht zu schaffen.

Die Imperialisten aller Länder waren entschlossen, die Sowjetmacht, dieses Beispiel für die Völker der ganzen Welt, zu vernichten. Sie entschie-

den sich von Anfang an dafür, das imperialistische Deutschland zum Stoßtrupp im Kampf gegen den gesellschaftlichen Fortschritt und zu einem reaktionären Bollwerk zu machen, mit dessen Hilfe der Sieg der Demokratie und des Sozialismus in den kapitalistischen Hauptländern Europas verhindert werden sollte. Aus diesem Grunde wurde nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands das Waffenstillstandsabkommen von Compiègne, das den Rückzug der deutschen Truppen auch aus dem Osten vorsah, schnell geändert und somit praktisch der deutschen Konterrevolution die Möglichkeit gegeben, Freikorps aufzustellen, die die Aufgabe bekamen, in den baltischen Republiken die Revolution abzuwürgen. Schon damals ist die unheilige Allianz der Imperialisten aller Welt mit den herrschenden reaktionären Kreisen Deutschlands entstanden, eine Allianz, die sich gegen die Sowjetmacht und zugleich gegen das deutsche Volk richtete. Als die schmutzige Arbeit in den baltischen Republiken getan war, als dort bourgeoise Regierungen an die Macht gebracht worden waren, setzten sich die englischen Imperialisten in die für die Reaktion gewonnenen Positionen. Die Freikorps mußten nach Deutschland zurück. Mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm tauchten sie hier auf, und als erstes inszenierten ihre Kommandeure den Kapp-Putsch. So zeigte sich der innere Zusammenhang von aggressivem Antisowjetismus und Faschismus. Auf dem Boden des Antikommunismus konnten sich faschistische Kräfte — die brutalsten Feinde des Volkes — entwickeln, so wie wir das heute wieder in der Bundesrepublik erleben.

Die Großbourgeoisie vergibt die Chance eines guten Verhältnisses zur Sowjetunion

Dank der Politik der Sowjetregierung kam es 1922 zum Abschluß des Rapallo-Vertrages zwischen Deutschland und Sowjetrußland. Dieser Vertrag wurde zu einem Beispiel der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschied-

licher Gesellschaftsordnung. Er entsprach den Interessen beider Länder.

*) Vortrag auf der von der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ veranstalteten Konferenz zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, gekürzt.

Wären die Prinzipien des Vertrages von Rapallo auch weiterhin bestimmend für die Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen gewesen, so hätten sie einen großen Beitrag zur Erhaltung des europäischen Friedens bedeutet. Sie hätten den Völkern Europas und auch unserem Volk furchtbare Opfer erspart.

In Deutschland aber entwickelte das Monopolkapital seine faschistische Diktatur. Es verursachte den furchtbaren zweiten Weltkrieg. Das war das größte Verbrechen der Imperialisten auch an der deutschen Nation. Es waren schließlich die Sowjetarmeen, die auch unser Volk befreiten und ihm den Frieden brachten. Die Sowjetunion erwies sich — getreu den Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, den Ideen der Völkerverständigung und des proletarischen Internationalismus — als Sieger neuer Art. Nicht die Zerschlagung und Zer-

störung Deutschlands war ihr Ziel, sondern ein neues, friedliches und demokratisches Deutschland. Das Potsdamer Abkommen, das in erster Linie der Sowjetunion zu verdanken ist, war ein Beweis dafür.

Faschismus und Krieg hatten gezeigt, daß die Macht der großen Monopole, Militarismus, Beseitigung der Demokratie, Krieg, Antikommunismus und Antisowjetismus die Lebensinteressen unserer Nation ernsthaft gefährden. Die Kriegsniederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus gab unserem Volk die Chance, die Wurzeln für Faschismus und Krieg auszurotten.

Im Osten unseres Vaterlandes wurde diese Chance genutzt. Das Ergebnis ist der erste deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat, der völlig neue, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion besitzt.

Wieder auf den Wegen der Aggression

Ein Blick auf die gegenwärtigen Machtverhältnisse in Westdeutschland zeigt, daß hier die historische Chance zur Neugestaltung Deutschlands vertan wurde. Wieder üben Konzerne und Großbanken die wirtschaftliche und politische Macht aus. Der Militarismus hat sich erneut etabliert. Der Antisowjetismus und Antikommunismus, die der reaktionären deutschen Großbourgeoisie die Errichtung der faschistischen Diktatur, den Kurs auf den zweiten Weltkrieg und den Überfall auf die Sowjetunion erleichterten, sind Bonner Staatsdoktrin geworden. Das war deswegen möglich, weil das Großkapital Deutschlands und der Westmächte, insbesondere der USA, mit vereinten Kräften die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens sabotierte. Zugleich sorgte es für die Spaltung der westdeutschen Arbeiterklasse und schaltete damit die entscheidende Kraft für die demokratische Erneuerung aus.

Einen offiziellen Auftakt gab am 6. September 1946 der damalige USA-Außenminister Byrnes. In seiner Rede in Stuttgart trat er für die Schaffung einer separaten westdeutschen Regierung ein und erklärte, die Entscheidung über die Oder-Neiße-Linie in

Potsdam sei, was die USA anbetreffe, keineswegs endgültig gewesen. Das USA-Kapital war gemeinsam mit den alten Verderbern Deutschlands gegen eine Demokratisierung ganz Deutschlands im Geiste des Potsdamer Abkommens, gegen eine Entrichtung der Großindustrie, der Großbanken und des Großgrundbesitzes, gegen eine Verständigung zwischen dem ganzen deutschen Volk und der Sowjetunion. Eine solche Entwicklung lag sowohl im Interesse des deutschen Volkes und der Völker Europas, eine solche Entwicklung hätte den Frieden in Europa und auch für das deutsche Volk gesichert, hätte dem ganzen deutschen Volk den sozialen Fortschritt und die nationale Einheit gesichert; aber es bestand wenig Aussicht, ein solches Deutschland in Abhängigkeit zu halten und der Politik der herrschenden Kreise der USA dienstbar zu machen. Diese hatten im Rahmen der weltweiten amerikanischen Strategie des „Roll Back“, des Zurückrollens des Sozialismus, Deutschland eine besondere Funktion zugedacht. Dieses Mal sollte es der Stoßdegen speziell des amerikanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion sein. Wenn schon nicht ganz Deutschland, dann zunächst

wenigstens die drei westlichen Besatzungszonen. Hier sollte der geschlagene deutsche Imperialismus und Militarismus wieder hochgepäppelt werden. Darin trafen sich die Interessen des deutschen und des nordamerikanischen Großkapitals. John Foster Dulles beschrieb im Jahre 1950 diese Pläne folgendermaßen:

„Ein wiederbelebtes Deutschland kann ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschoßene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der CSR, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert.“¹⁾

Deswegen lehnten die westdeutsche Großbourgeoisie und die herrschenden Kreise der Westmächte in den Jahren 1952 bis 1954 alle Vorschläge der Sowjetunion und der DDR zur Bildung eines geeinten, demokratischen und in seiner Rüstung begrenzten Deutschlands ab. Deswegen gaben die

westdeutschen Machthaber in den Pariser Verträgen das Recht, über die Wiedervereinigung Deutschlands zu entscheiden, an die Westmächte ab, schlossen sie sich dem aggressiven NATO-Pakt an und garantierten den Westmächten das Besatzungsrecht bis zum Jahre 2005. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit: Eine Politik der Feindschaft zur Sowjetunion macht eine selbständige deutsche Politik unmöglich. Sie führt zur Unterordnung unter die Politik der USA. Sie führt zur Preisgabe aller nationalen Interessen. Am deutlichsten hat der ehemalige Verteidigungsminister der Bundesrepublik und jetzige sogenannte Vertriebenenminister, von Hassel, die Zielsetzung der herrschenden Kreise der Bundesregierung formuliert, als er auf dem CDU-Parteitag in Kiel 1961 erklärte:

„Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit hinter die Oder-Neiße-Linie. Wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wieder haben. Das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Jahrestag der Oktoberrevolution in der Welt werden.“²⁾

Was steckt hinter der „neuen Ostpolitik“?

Ich möchte mich jetzt mit den Bemühungen der Regierung Kiesinger auseinandersetzen, die Bevölkerung Westdeutschlands und die Weltöffentlichkeit über ihre Politik gegenüber den sozialistischen Staaten zu täuschen. Die Regierung Kiesinger spricht heute von einer „neuen Ostpolitik“. In seiner Rede am 14. Juni 1967 erklärte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag:

„Es ist nicht wahr, daß es sich bei unserer Politik nur um eine raffiniertere Terminologie und Aussageweise handelt. Diese Politik hat ein entscheidendes Element, das auf die Herbeiführung einer europäischen Friedensordnung gerichtet ist.“³⁾

Was sind die Tatsachen? Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik haben sich davon überzeugen müssen, daß sie gegenwärtig nicht stark genug sind, die DDR zu annexieren. Deswegen setzen sie sich begrenzte Ziele, formulieren sie, um ihrer Isolierung entgegenzuwirken, elastischer, ohne ihr Hauptziel aus den Augen zu verlieren. Sie wollen die gemeinsame Politik der Staaten des Warschauer Vertrages zerstören, wirtschaftlich und ideologisch in die sozialistischen Staaten eindringen und dabei die DDR isolieren. Dann soll, als nächste Etappe, die DDR annexiert werden. Die nächstfolgende Stufe soll dann die Zerstörung des Sozialismus in Mitteleuropa sein. In seinem Buch „Entwurf für Europa“ spricht Franz Josef Strauß, der Finanzminister der Bundesregierung, diese Zielsetzung ganz offen aus. Eine westdeutsche Zeitschrift, „Stimme der Freiheit“, die mit Mitteln der Bundesregierung und der Landesregierung Saar finanziert wird,

¹⁾ J. F. Dulles, *Krieg oder Frieden*, Stuttgart, 1950, S. 163.

²⁾ „Deutsche Volkszeitung“ vom 30. Juni 1961.

³⁾ „Frankfurter Rundschau“ vom 15. Juni 1967.

umreißt diese Zielsetzung folgendermaßen:

„Die Befreiung der Mitteldeutschen wäre erst dann möglich, wenn es zu einem ganz neuen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West käme. Innenpolitische und ökonomische Schwierigkeiten im Osten könnten eine neue Konstellation schaffen, welche die sowjetischen und anderen kommunistischen Machthaber zwingen würde — ohne Krieg! —, das Feld zu räumen. Erst ein Zurückrollen des Eisernen Vorhangs — ohne Krieg! — brächte die Freiheit für die Bewohner der SBZ, aber auch für die anderen versklavten Völker.“⁴⁾

Daß die Worte „ohne Krieg“ nur Täuschung sind, wird aus einem anderen Artikel der gleichen Zeitschrift vom September 1966 deutlich. Da heißt es:

„Das Sein oder Nichtsein Bonns zwischen 1970 und 1975 ist, Atomwaffen zur eigenen Verfügung zu haben oder nicht... Wer die kommunistische Gefahr begreift und sie bekämpfen will, der muß der Bundeswehr wirksame Kampfmittel zubilligen. Andernfalls wird der Status quo... niemals infrage gestellt.“⁵⁾

Die sogenannte neue Ostpolitik geht übrigens bis in die Einzelheiten auf Ratschläge der Fachleute im USA-Außenministerium, besonders auf den

Das Interesse unseres Volkes erfordert: Freundschaft mit der Sowjetunion!

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik sind entschlossen, internationale Spannungen anzufachen, weil sie diese Spannungen zur Entwicklung der Politik der Expansion brauchen. Ihre Haltung beim Überfall Israels auf die arabischen Staaten ist ein typisches Beispiel dafür. Die Zeitung „Welt am Sonntag“, ein Blatt des Konzernchefs Springer, der erst vor vier Wochen von Bundespräsident Lübke mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, zog die Schlußfolgerung aus den ersten Erfolgen der Aggression der

⁴⁾ „Stimme der Freiheit“, Dezember 1966, S. 2.

⁵⁾ „Stimme der Freiheit“, September 1966, S. 8.

⁶⁾ „Die Zeit“ vom 26. Mai 1967.

„Europäischen“ Ratgeber des US-Außenministers, Prof. Brzezinski, zurück. In dessen Buch „Alternative zur Teilung“, das 1966 in der Bundesrepublik erschien, kann man jeden der bisherigen Schritte der Bonner Regierung entworfen finden.

Viele Menschen hofften und hoffen, daß die Beteiligung sozialdemokratischer Minister an der Regierung zu einer Politik der Verständigung führe. Die Tatsachen aber beweisen, daß die sozialdemokratischen Führer in die Regierung genommen wurden, um den alten Kurs weiterzuführen und zu forcieren, um Widerstände im Innern des Landes brechen und eine außenpolitische Isolierung überwinden zu können. Minister Strauß von der CSU konnte auf dem letzten CDU-Parteitag in Braunschweig verkünden:

„Die Große Koalition war deshalb möglich, weil sich unsere Politik in außenpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht so durchgesetzt hat, daß unsere Partner ihre eigenen Vorstellungen aufgeben und sich zu den Grundlinien unserer Politik bekennen mußten.“

Der Großbankier Abs, einer der Leute, die Hitler halfen, den zweiten Weltkrieg vorzubereiten, erklärte:

„Eine bessere Regierung, als wir sie haben, kann ich mir zur Zeit nicht vorstellen.“⁶⁾

herrschenden Kreise Israels — eine Schlußfolgerung, die ganz in der Linie der revanchistischen, antikommunistischen und antisowjetischen Zielsetzung der herrschenden Kreise der Bundesrepublik liegt. Die Zeitung schrieb am 11. Juni 1966:

„Die erste Lehre dieses außerordentlichen Feldzuges ist die komplette Widerlegung der modischen These, daß Kriege nicht mehr ein Mittel der Politik seien.“

Das Blatt begrüßt dann, daß die herrschenden Kreise Israels eine offensive Haltung eingenommen hätten und kommt zur Schlußfolgerung, daß es bei der Beurteilung eines Krieges am Ende überhaupt nicht mehr darauf ankomme, wer eigentlich den ersten Schuß abgefeuert habe, sondern aus-

schließlich auf die „wahre Gefechts- und Gefahrenlage“. Die Springer-presse zieht aus der israelischen Aggression die Schlußfolgerung, daß man die Politik der Stärke forcieren müsse. Die Politik der Stärke, zu der sich der jetzige Bundeskanzler Kiesinger schon 1954 bekannt hat. Kiesinger erklärte damals, am 15. Dezember 1954, vor dem Bundestag:

„Politik der Stärke, nun ja, man wirft sie uns vor, wir betrieben sie. Aber es ist doch einfach die Wahrheit! Haben wir nicht in den letzten Jahren gelernt, daß dies die einzige Stärke ist, die den Sowjetrussen imponiert und sie dazu bringt, Zugeständnisse zu machen?“

Von dieser Erklärung hat sich Kiesinger nie distanziert. Diese Linie ist die Grundlinie der Politik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik geblieben.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik muß für diese Politik der Feindschaft zur Sowjetunion wieder teuer zahlen. Die Ergebnisse der schweren Arbeit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen werden von den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik für eine wahnwitzige Aufrüstung verschwendet, die Lasten werden rücksichtslos auf die Schultern des arbeitenden Volkes abgewälzt. Die demokratischen Rechte und Freiheiten werden zerstört. Mit Hilfe der Notstandsgesetzgebung soll das Grundgesetz beseitigt werden, um die Widerstandskraft, vor allem der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften, zu brechen, um die für die Vorbereitung der Aggression notwendige Kirchhofsrufe im Innern des Landes zu schaffen. Die Gefahr besteht, daß die herrschenden Kreise der Bundesrepublik die Bevölkerung Westdeutschlands in einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion, gegen

die DDR und andere sozialistische Länder treiben, ein Krieg, der zum Weltkrieg werden würde, der unsägliche Opfer erfordern und die Bevölkerung Westdeutschlands vernichten würde. Die Politik der Feindschaft zur Sowjetunion erweist sich als selbstzerstörerische Politik! Alle Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse, am deutschen Volk tragen das Zeichen des Antikommunismus.

Wir Kommunisten der Bundesrepublik warnen vor dieser Politik, wir bekämpfen sie und sagen unserem Volk: Die Sowjetunion hat uns nach dem Diktat von Versailles als erstes und einziges Land die Hand der Verständigung entgegengestreckt. Von ihr ging niemals Gefahr für uns aus. Sie hat nach dem zweiten Weltkrieg immer wieder Vorschläge unterbreitet, wie die Lebensfragen unseres Volkes gelöst werden können. Auch heute sagt die Sowjetunion, daß wir auf nichts zu verzichten hätten, als auf die Illusionen einer kleinen Oberschicht und auf die lebensgefährliche Politik zur Verwirklichung dieser Illusionen. Zu gewinnen hätte unsere Bevölkerung bei guten Beziehungen zur Sowjetunion Friede und Sicherheit, eine Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, durch die Hunderttausende wieder Arbeit und Brot bekommen könnten. Gute Beziehungen zur Sowjetunion würden eine nationale Politik ermöglichen, die sich von den Lebensinteressen unseres Volkes leiten läßt.

Wir deutschen Kommunisten erklären, daß es das Interesse unseres Volkes erfordert, die dargebotene Hand der Sowjetunion zu ergreifen. An uns, an der Bevölkerung der Bundesrepublik, liegt es, diesen Schritt zum Frieden hin zu tun, gerade auch darum, weil von deutschem Boden zwei furchtbare Weltkriege ausgegangen sind.

Hört den deutschen Freiheitssender 904

Jeden Abend um 19.00 Uhr, 21.00 Uhr, 22.30 Uhr

Jeden Morgen um 4.30 Uhr, 5.00 Uhr, 5.30 Uhr

• Hört die Welle des Deutschen Freiheitssenders 904 = 331,9 m! •

Israel und die deutschen Imperialisten

(Beitrag zu einigen aktuellen Fragen)

von ERICH GLÜCKAU

Eine Vorbemerkung

Das Verhalten der Imperialisten zu anderen Völkern und Rassen wird stets von ihren Klasseninteressen, ihrem Profitstreben und der Ausbreitung ihrer Macht bestimmt. Im kaiserlichen Deutschland, in der Weimarer Periode war die nichtjüdische und die jüdische Hochfinanz eng verfilzt bei der Ausbeutung der deutschen wie der jüdischen Werktägigen. Es ging ihnen gemeinsam um innere Machtentfaltung, Aggression nach außen zur Eriierung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und den Erwerb von Kolonialbesitz. Dieses gemeinsame Interesse hinderte die deutschen Imperialisten nicht, den Antisemitismus zu fördern, ihn als Mittel der Ablenkung der Werktägigen von den wirklichen Ursachen der Ausbeutung und der kriegerischen Politik zu gebrauchen. Besonders aggressiv war der deutsche Imperialismus, der im Wettlauf um die Aufteilung der Welt zu kurz ge-

kommen war. Dabei gab es keine Gegensätze zwischen den Großbankiers und Großindustriellen christlicher oder jüdischer Religion oder Abstammung. Beiden schrieb damals Rudolf Hilferding ins Stammbuch: „Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft.“

Aus gleichen Klasseninteressen standen die christliche und jüdische Hochfinanz auch gegen die sozialistische Arbeiterbewegung zusammen. Darum duldet und förderte die jüdische Hochfinanz während der Weimarer Zeit auch das Aufkommen reaktionärer, faschistischer Organisationen.

Die Grundfrage war, ist und bleibt, daß in Deutschland oder in irgend einem anderen Land die Interessen des Großkapitals im tiefsten Widerspruch stehen zu den Interessen der Arbeiterklasse, zu den Lebensinteressen der Völker und der Nationen.

Warum stehen die Judenmörder von gestern an der Seite der israelischen Aggressoren von heute?

Auch diese Frage ist nur richtig zu beantworten, wenn man ausgeht von den Klasseninteressen und den Klassenbeziehungen der herrschenden Kreise der Bundesrepublik und Israels. Wollte man die Dinge nur vom moralischen Standpunkt behandeln, dann könnte man das Rätsel nicht lösen, wie es möglich ist, daß die Herren der großen Konzerne, die unter Hitler die Juden als Sklaven in ihren Betrieben ausbluten ließen, bis sie reif waren für die Gaskammern, jetzt dem Staat Israel Waffen liefern. Man könnte auch nicht das Rätsel lösen, warum die herrschenden Kreise in Israel mit den Judenmörtern von gestern nur wenige Jahre später Freundschaft schließen. Sie forderten nicht den Galgen für Globke und seinesgleichen, sondern arbeiteten mit Bonn zusammen, obwohl sie wußten, daß in den Spitzen des Bonner Staates und der Wirtschaft wieder die alten Kräfte der Reaktion und des Faschis-

mus sitzen. Zu solch widernatürlichen Freundschaften bringt es die Geschichte, wenn es um die gemeinsamen Klasseninteressen geht. Wie recht hatte doch Karl Marx, daß im Kapitalismus alle menschlichen Werte durch die Profitinteressen verdrängt werden.

Der Teufelskreis hat sich geschlossen: Das neonazistische Sudelblatt „National- und Soldaten-Zeitung“ will die Greueltaten Hitlers mit den Verbrechen Dayans rechtfertigen. Der Händedruck zwischen Adenauer und Ben Gurion im Börsenviertel von New York, das ist die imperialistische Methode der „Bewältigung der Vergangenheit“. Die Imperialisten der Bundesrepublik schließen mit den Imperialisten Israels Waffenbrüderschaft gegen die arabischen Volker, die sich vom Kolonialjoch befreit haben und den Weg des gesellschaftlichen Fortschritts beschreiten. Man spricht nicht mehr von Schuld und Sühne, wenn es

gegen „ihre Araber in Nahost“ und gegen „unsere Araber“ in der DDR und in den sozialistischen Ländern Europas geht. Es ist das grundsätzliche Klasseninteresse, das Axel

Springer in Begeisterung über den „Blitzkrieg“ Dayans versetzt und die Dayan bekennen läßt, Axel Springer sei ebenso sein Freund wie der Massenmörder Ky in Vietnam.

An einen Gutmeinenden

Es gibt nicht wenige, die der Auffassung sind, daß man dem Staat Israel doch keine Aggressionsabsichten nachsagen könne. Zu ihnen gehört Dr. Theodor Bergmann, der in der Juli-Nummer der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ schreibt: „Allein die Größenordnungen von Bevölkerung und Territorium der sich gegenüberstehenden Staaten lassen alles Gerede von israelischer Aggressivität und Imperialismus als lächerlich erscheinen.“ Die Erfahrungen lehren doch, daß die Größe eines Landes kein Maßstab ist für die Aggressivität und den Eroberungsdrang seiner herrschenden Kreise. War nicht Deutschland ein kleines Land gemessen an den Territorien der Völker, die vom deutschen Imperialismus überfallen wurden? Gingen nicht zweimal vom „kleinen“ Territorium Deutschland große, weitumspannende Kriege aus? Ein kleines Land unter der Herrschaft des Großkapitals und der Imperialisten kann ein gefährlicher Herd expansiver Machtpolitik sein.

Es sei die Frage an die Gutmeinden gestattet, wie sich wohl die westdeutschen Industriegewaltigen und deren Kiesinger/Strauß-Regierung zu Israel verhalten würden, wenn dort Kräfte an der Macht wären, deren Politik bestimmt würde von den antifaschistischen, antiimperialistischen Lebensinteressen des israelischen Volkes? Würden sie einem solchen Staat auch nur eine Mark, geschweige denn Waffen geben? Die Frage stellen, heißt sie beantworten: Der Staat Israel und die dort lebenden Juden besitzen für die großkapitalistischen Konzerne der USA und der Bundesrepublik nur soviel Wert, wie sie mit Hilfe der reaktionären und finanziell abhängigen herrschenden Kreise Israels das Land als Stützpunkt, als Werkzeug gegen die nationale Befreiungsbewegung der arabischen Völker gebrauchen können.

Der Staat Israel hätte als Verbündeter der arabischen Völker, die gegen

Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen, in Sicherheit existieren und seine gegenwärtigen und zukünftigen Probleme in Frieden und Fortschritt lösen können. Ein solcher Staat Israel hätte sich Vertrauen bei allen Nachbarstaaten und bei der großen Mehrheit der Völker der Welt erwerben können. Aber statt von Anfang an die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den arabischen Nachbarländern zu suchen, haben die israelischen Machthaber ihre Politik auf Feindschaft aufgebaut, auf Aggression und Eroberung, auf die Vertreibung von fast 1,5 Millionen palästinensischer Araber. Das mußte unvermeidlich Haß und Empörung bei den Arabern hervorrufen.

Ein fortschrittlicher israelischer Staat, der mit allen Mitteln nach Freundschaft mit den Arabern strebte, hätte die Feindschaft der USA- und der westdeutschen Imperialisten. Doch das wäre nicht zum Schaden des israelischen Volkes. Keine Blitzkriege des General Dayan ändern etwas daran, daß die herrschenden Kreise Israels, die gemeinsame Sache mit dem Imperialismus machen, gegen die nationalen Interessen des jüdischen Volkes in Israel handeln und dabei die staatliche Existenz Israels aufs Spiel setzen. Von dieser Wahrheit, die gegenwärtig in Israel nur von den Kommunisten ausgesprochen wird, werden sich im zunehmenden Maße die Werkstätigen dieses Landes überzeugen.

Im zitierten Artikel der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ finden wir auch das sicher aufrichtig gemeinte Argument, das lautet: Es sei unverständlich, warum die Sowjetunion zu Vietnam einen richtigen und zu Israel einen falschen Standpunkt einnehme. Mögen diejenigen, die so argumentieren, einen Augenblick über das Verhalten der imperialistischen Kreise der Bundesrepublik und über die Politik der Sowjetunion nachdenken.

Die Bundesregierung preist die USA-Aggression gegen das vietnamesische Volk und billigt selbst die schlimmsten Verbrechen, bis zur Vernichtung von Greisen und Kindern mit Napalmbomben. Die Bundesregierung bindet unser Land an die NATO, nach deren Plänen der monarcho-faschistische Putsch in Griechenland durchgeführt wurde. Die Bundesregierung ist überall dabei, wo die USA-Imperialisten im Rahmen ihrer Globalstrategie versuchen, fortschrittliche Bewegungen zu bekämpfen, antiimperialistische Regierungen zu stürzen, diktatorische Regime an die Macht zu bringen — sei es unter Anwendung von Waffengewalt. Wer möchte da behaupten, daß die westdeutschen Imperialisten, die bei all diesen Verbrechen die treuesten Komplizen des USA-Imperialismus sind, in Israel die Sache der Freiheit und Menschenwürde vertreten? Das heißt doch, das Wesen des Imperialismus vollkommen erkennen und jede Logik auf den Kopf stellen.

Demgegenüber wird die Haltung der Sowjetunion, aller sozialistischen Staaten immer und überall davon bestimmt, den Frieden zwischen den Völkern zu sichern und all den Völkern beizustehen, die gegen den Imperialismus um nationale Unabhängigkeit und Freiheit ringen. Die Sowjetunion ist bestrebt, schwelende Kriegsgerüste auszutreten, lokale Aggressionen zum Scheitern zu bringen und zu verhindern, daß sie sich zu einem neuen Weltbrand ausbreiten. Es ist gerade diese zutiefst friedliche und antiimperialistische und damit menschliche Haltung, die auch bestimmt dafür ist, daß die Sowjetunion wie die sozialistischen Staaten fest an der Seite der arabischen wie aller antiimperialistischen Völker und Staaten stehen.

Und über noch eins mögen die Gutmeinenden nachdenken: Ist es denkbar, daß die westdeutschen Monopolgewaltigen, die Feinde der Gewerkschaften, die den arbeitenden Menschen des eigenen Landes jegliches Mitbestimmungsrecht verweigern, den Raubzug auf die Taschen der eigenen Bevölkerung forcieren und eine Notstandsdiktatur vorbereiten, in ihrem Verhalten zur Bevölkerung Israels von moralischen, menschlichen Erwägungen ausgehen? Ihnen geht es überall um

die Erweiterung ihrer Macht, um die Unterdrückung der Bevölkerung des eigenen und anderer Länder.

Mancher Gutmeinende fragt: Aber wie steht es mit dem arabischen Nationalismus, den Drohungen, man wolle die Israeli ins Meer werfen? Solche Drohungen sind nicht von den arabischen Staatsmännern, sondern von einigen extrem nationalistischen Führern der Flüchtlinge ausgesprochen worden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant hat vor der UNO durch eine Fülle von Tatsachen nachgewiesen, wie die Regierung Israels jede auf Verhinderung eines militärischen Konflikts gerichtete Tätigkeit der UNO unmöglich machte. U Thant hat gezeigt, daß die vorangegangenen militärischen Grenzzusammenstöße von Israel verschuldet waren. Dagegen hatte sich Präsident Nasser für Ägypten bis zuletzt bereit erklärt, an einer Beratung der Waffenstillstandskommission teilzunehmen.

Wir Kommunisten sind entschiedene Gegner des Nationalismus und Chauvinismus. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder haben wiederholt erklärt, daß sie nicht gegen den Staat Israel, sondern gegen die aggressive Politik seiner herrschenden Kreise sind.

Man darf jedoch auch nicht übersehen, daß der Nationalismus in den arabischen Ländern aus anderen Wurzeln gespeist wird wie etwa in der imperialistischen Bundesrepublik. Die arabischen Völker haben den Staat Israel niemals als einen freundlichen Nachbarn kennengelernt. Sie kennen Israel nur als Feind der arabischen Freiheitsbewegung, als rücksichtslosen Aggressor, der sich willfährig in den Dienst der Imperialisten stellt.

Als das Volk Ägypten seine Revolution durchführte, sich von der korrupten Dynastie König Faruks befreite, seine nationale Unabhängigkeit erkämpfte, öffnete der Staat Israel den Imperialisten der USA und Großbritanniens seine Tore. Als die arabischen Völker nicht bereit waren, die erniedrigenden politischen Bedingungen der USA-Imperialisten zu schlucken, zogen diese die Kredite für den Bau des Assuan-Staudamms zurück.

Für Ägypten aber ist die Bewässerung der Wüste eine Frage des Überlebens, und nichts hat so das Vertrauen zur Sowjetunion gestärkt als die selbstlose Hilfe dieser sozialistischen Großmacht beim Bau dieses Dammes. Die Herren der Wall Street aber schickten Geld und Waffen nach Israel. Israel wurde ausgebaut zu einem Arsenal der amerikanischen, britischen und westdeut-

schen Imperialisten gegen die arabischen Völker.

Nicht Nationalismus und Chauvinismus ist das wesentliche Merkmal der arabischen Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung, sondern der hervorstechende Zug ist der antiimperialistische, fortschrittliche und freiheitliche Charakter dieser Bewegung.

Eine Schlußbemerkung

Wie gefährlich es ist, sich durch die Propagandamaschine der Springer und Konsorten irreführen zu lassen, das sehen die westdeutschen Arbeiter und alle Demokraten aus den Schlußfolgerungen, die die herrschenden Kreise der Bundesrepublik aus der israelischen Aggression ziehen. Sie nehmen den Blitzkrieg zum Anlaß, um nach weiterer Aufrüstung, vor allem nach Atomwaffen zu rufen. Sie sprechen davon, daß man sich nur auf die eigene militärische Stärke verlassen könne, daß der Krieg sich nach wie vor als erfolgreiches Mittel der Politik erweise. Die „Bild“-Zeitung spricht bereits von „unseren Arabern“ — der Volksarmee der DDR, von den Polen und den „Tschechen“. Damit verraten sie, was ihnen an der israelischen Aggression so gut gefällt. Sie sehen darin den Modellfall gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder. Das sind ihre wahren Absichten, und nichts könnte so sehr die Heuchelei des Entspannungsgeredes und des Geschwätzes über eine „neue Ostpolitik“ und „neue Deutschlandpolitik“ entlarven wie dieser Jubel über den wildgewordenen Militaristen Dajan

und den Beifall für die israelische Annexionspolitik.

Wir Kommunisten müssen der Bevölkerung diese Zusammenhänge erklären. Wir müssen ihr das verbrecherische Abenteuertum zeigen, das hinter der Begeisterung über den israelischen Blitzkrieg steckt, denn jede Aggression der westdeutschen Imperialisten an der Berührungsstelle zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages bedeutet Weltkrieg und die Vernichtung der Bundesrepublik. Die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik, die Israel als „Modellfall“ für ihre wahnwitzigen Pläne betrachten, enthüllen damit selbst die ganze Gefährlichkeit ihrer Politik.

Jeder Kommunist muß seinen Beitrag leisten, um diese Zusammenhänge den Arbeitern, den friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik bewußt zu machen. Nur mit Klarheit kann man erfolgreich gegen die gefährliche Entwicklung in der Bundesrepublik für die Sicherung des Friedens, die Verteidigung der Demokratie, des Lebensstandards und den gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen.

Das Notstandsdiktaturgesetz der Regierung Kiesinger/Strauß von KURT RICHTER

Am 29. Juni 1967 wurde im Bundestag in erster Lesung der neue Regierungsentwurf eines „Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes“¹⁾ (Notstandsverfassung) behandelt. Was sich an diesem Tag von der Bevölkerung abgeschirmt und vor zeitweise leeren Abgeordnetenbänken im Bundestag abspielte, war eine ernste Warnung für alle demokratisch gesinnten

Bürger. Während im ganzen Land Arbeiter, Professoren, Studenten und Demokraten aller Gesellschaftsschichten gegen die Notstandsverfassung protestierten, billigte die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten die Regierungsvorlage einer Diktaturverfassung. Innenminister Lücke, der für die Regierung die Notstandsvorlage begründete, eröffnete die Debatte mit einer wüsten Hetze und Verleumdung

¹⁾ Bundesdrucksache V/1879.

aller derjenigen, die sich dem geplanten Anschlag auf die Verfassung widersetzen. Die Sprecher der SPD-Fraktion verschlossen ihre Ohren gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften und großer Teile der Mitglieder und Wähler der SPD; eine große Mehrheit der SPD-Fraktion stimmte der Regierungsvorlage zu. Die Feststellung des SPD-Abgeordneten Hirsch, die Regierungsvorlage entspreche „grundsätzlich und erfreulicherweise den Vorstellungen der SPD“, hat deutlich gemacht: Die Führung der SPD hat sich auch in der

Die sechs Generalvollmachten für die Exekutive

Der Entwurf der Kiesinger/Strauß-Regierung für eine Notstandsverfassung ist weder neu, noch entrümpt, noch liberalisiert. An einigen Stellen wurde die Verpackung geändert. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in der Neufassung die alten geplanten Ermächtigungsbestimmungen für den Übergang von der verfassungsmäßig vorgeschriebenen parlamentarischen Ordnung zu einem autoritären Regime zu finden sind. Das beweisen die sechs Generalvollmachten des neuen Entwurfs:

1 Die Bundesregierung bzw. der sogenannte Notstandsausschuß soll die Möglichkeit erhalten, unter dem Vorwand einer „äußeren Gefahr“ oder einer „Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche Grundordnung des Bundes“, den Ausnahmezustand zu verkünden (Art. 91 und 115a des Entwurfs). Dies bedeutet: Beseitigung der Verfassung und das Ende von Recht und Demokratie.

2 Die Gesetzgebungsbefugnisse des Bundestages und des Bundesrates werden auf einen sogenannten Notstandsausschuß (Art. 115a des Entwurfs) übertragen. Das hat zur Folge: Entmachtung des Parlaments und eine Notverordnungspraxis, die, wie der Untergang der Weimarer Republik beweist, stets als Hebel zum Übergang von der parlamentarischen Demokratie zu einem autoritären Regime dient.

3 Eine Ermächtigung für die Exekutive zur Einschränkung und Beseitigung demokratischer Rechte und Freiheiten der Bürger, darunter ins-

Frage der Notstandsgesetzgebung völlig der CDU/CSU untergeordnet. Wehner, Brandt und Leber wollen jetzt im Notstandskomplott mit Kiesinger, Strauß und Lücke gegen den Willen der Gewerkschaften und breiter Kreise der Bevölkerung die Notstandsverfassung durchpeitschen. Da kein sozialdemokratischer Abgeordneter im Bundestag gegen die Notstandsverfassung aufrat, blieb es einem Sprecher der FDP, dem Abgeordneten Dorn, überlassen, antidemokratische und arbeiterfeindliche Auswirkungen der Regierungsvorlage nachzuweisen.

Die sechs Generalvollmachten für die Exekutive

besondere des Rechts auf freie Wahl des Arbeitsplatzes (Art. 115d, 91 Abs. 3 und Art. 12 des Entwurfs), das heißt, die Liquidierung der Rechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften.

4 Die Bundesorgane erhalten die Befugnisse, in die Gesetzgebungs-kompetenz der Länder (Art. 115c des Entwurfs) und in die Verwaltung und das Finanzwesen der Länder und Gemeinden einzugreifen (Art. 115d Abs. 3 des Entwurfs). Dies bedeutet die Beseitigung des Selbstverwaltungsrechts und der Finanzhoheit der Gemeinden und Entmachtung der Länderorgane.

5 Ermächtigung für den Einsatz von Einheiten der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes im Innern (Art. 91 Abs. 1 und Art. 115f des Entwurfs). Damit könnten die Möglichkeiten geschaffen werden, mit militärischen Aktionen gegen die Bevölkerung vorzugehen.

6 Eine Handhabe für die herrschenden Gruppen, bei politischen Krisen ihre demokratische Ablösung durch Wahlen zu verhindern (Art. 115h des Entwurfs).

Der Inhalt des Regierungsentwurfs für die Notstandsverfassung beweist: Angriffsziel auch der neuen Vorlage sind die demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes und die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger, der Bestand unserer verfassungsmäßigen Ordnung in seiner Gesamtheit. Es war deshalb eine bewußte Unwahrheit wenn Innenminister Lücke, assistiert von den Notstandspolitikern der SPD, am 29. Juni im

Bundestag behauptete, die Notstandsverfassung wäre eine demokratische und notwendige „grundgesetzliche Vorsorge für Notstandsfälle“. Die Wahrheit aber ist: Nicht das Volk braucht Notstandsgesetze, sondern die herrschenden Monopole und ihre Regierung.

Der Bankrott der CDU/CSU-Politik, der Ende des vergangenen Jahres besonders deutlich wurde, veranlaßte die herrschenden Kreise in Bonn, ihre Notstandspläne noch hektischer voranzutreiben. Das mit der Notstandsverfassung geplante Diktaturermächtigungsgesetz soll die Macht der Monopole und die Herrschaft der CDU/CSU weiter sichern und perfektionieren und neuen Spielraum für die Durch-

setzung ihres Profitstrebens und ihrer Politik der Expansion und der Revanche schaffen.

Kennzeichnend für den innenpolitischen Kurs der Regierung Kiesinger/Strauß ist der Plan, durch eine sogenannte innere Staatsreform zu einer neuen Stufe reaktionärer Macht ausübung und der Vorbereitung zunehmend diktatorischer Herrschaftsmethoden überzugehen. Kernstück dieser „inneren Staatsreform“ ist die geplante Notstandsverfassung, die angeblich das Grundgesetz für Krisenzeiten ergänzen, in Wirklichkeit aber, wie der Inhalt beweist, die Handhabe für eine staatsstreichähnliche Außerkraftsetzung unserer Verfassung schaffen soll.

Vollmachten für Diktatur und Krieg

Mit der behaupteten Vorsorge für einen eventuellen Krieg hat die Notstandsverfassung überhaupt nichts zu tun. Alle Vollmachten und Ermächtigungsbestimmungen sind bereits im Frieden anwendbar. Mit Recht stellte deshalb Prof. Dr. Ridder in diesem Zusammenhang fest: „Friedens- und Kriegsrecht werden heillos vermischt, eine Nebenverfassung der Diktatur wird aufgebaut und nach Belieben kann man dann zwischen ihr und der Normalverfassung hin und her schalten — freiheitliche Demokratie in fetten Jahren und für bequeme Bürger, Diktatur für Wirtschafts- und x beliebige andere Krisen und für unbequeme Bürger.“²⁾ Ebenso ist es eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, wenn die Befürworter der Notstandsverfassung bei der Begründung des Entwurfs behaupten, dieses Gesetz sei erforderlich wegen einer drohen-

den Aggression von außen. Niemand hat aggressive Absichten gegenüber der Bundesrepublik.

Die Notstandsverfassung dient auch nicht der Sicherung des Friedens. Sie ist im Gegenteil das wichtigste innerpolitische Mittel zur Durchsetzung einer Politik, die am Alleinvertretungsanspruch festhält, die bestehenden Grenzen in Europa ändern will und hartnäckig die Verfügungsgewalt über Atomwaffen anstrebt. Wer wie die herrschenden Kreise in Bonn in der gleichgeschalteten Presse die israelische Aggression gegen die arabischen Staaten als „Blitzkrieg“ und „Mittel zur Fortsetzung der Politik“ feiern läßt, dem darf kein erneutes Ermächtigungsgesetz in die Hand gegeben werden. Es steht ihm auf der Stirn geschrieben, daß er es zur Vorbereitung und Durchführung aggressiver Abenteuer ausnutzen will.

Die sieben Mindestbedingungen der SPD nicht erfüllt

Auch die Mitarbeit der SPD-Führer an der Regierungsvorlage änderte nicht das Geringste an der Gefährlichkeit und antidemokratischen Zielsetzung der Notstandsverfassung. „Die neue Vorlage für eine Notstandsverfassung lehnt sich in allen wesent-

lichen Punkten an die Vorlage des Rechtsausschusses des Bundestages vom Mai 1965 an“, stellte mit Recht die IG Metall in ihrer Broschüre „Notstandsentwurf 1967“ fest. Auch das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ charakterisierte den Regierungsentwurf in einer Stellungnahme vom 3. April 1967 als „im Kern unverändert demokratiewidrig“.³⁾

Ein Vergleich der SPD-Beschlüsse mit dem vorgelegten Koalitionsentwurf zur Notstandsverfassung ergibt

²⁾ Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/1967, S. 634/35.

³⁾ Abgedruckt in Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 4/1967, S. 420 f.

eindeutig, daß keine einzige Voraussetzung, die die SPD für ihre Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung genannt und beschlossen hat, erfüllt worden ist. Die SPD-Führung opferte auf dem Altar der Großen Koalition selbst die sieben Mindestbedingungen für eine Notstandsverfassung, die 1962 auf dem Kölner Parteitag aufgestellt wurden. Auch darin zeigt sich, wie notwendig es ist, sich mit der CDU auf keine Diskussion über die Vergewaltigung der Verfassung einzulassen und

kompromißlos das Grundgesetz gegen jegliche Notstandsgesetzgebung zu verteidigen. Erneut bestätigt sich die Richtigkeit der Feststellung von Karl Jaspers in seinem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik“: „... es gibt keine Möglichkeit einen Mißbrauch der Notstandsgesetze zu verhindern, denn in ihrem Prinzip liegt die Ausschließung der Kontrolle. Das Prinzip der totalen Gewalt kommt am Ende trotz aller Einschränkungen und Klaueln doch wieder zum Vorschein.“⁴⁴⁾

Ermächtigungsgesetz gegen die Gewerkschaften

Innenminister Lücke behauptete am 29. Juni im Bundestag, der Entwurf der Notstandsverfassung würde das Streik- und Koalitionsrecht nicht einschränken. Gleichzeitig drohte er jedoch den Arbeitern, „wilde Streiks“ und Arbeitskämpfe, die als „Angriff auf die freiheitlich demokratische Ordnung“ angesehen werden könnten, seien „illegal und daher nicht rechtmäßig“. Damit wurde erneut klar, daß die so viel gepriesene Schutzklausel in Art. 91 Abs. 4 des Entwurfs der Notstandsverfassung nichts anderes ist als ein Versuch, den Arbeitern einen Streikschatz vorzutäuschen. Besonders gefährlich erweist sich auch die im Entwurf der Notstandsverfassung vorgesehene Einschränkung des Artikels 12 des Grundgesetzes. Die geltende Fassung des Artikels 12 garantiert das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und verbietet jegliche Zwangsarbeit. Mit der in der Notstandsvorlage vorgesehenen Änderung dieser Verfassungsbestimmung würde die Voraussetzung für den Erlass von Notdienst- und Zivildienstgesetzen geschaffen, mit deren Hilfe jeder arbeitsfähige Bürger einem Zwangsarbeitsverhältnis ausgesetzt werden könnte. Und dies würde bedeuten: Verlust des Rechts auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, des Kündigungsrechts, des Rechts auf freie Lohnvereinbarung und des Streikrechts.

Die Arbeiter und Angestellten haben in der gegenwärtigen Situation der zunehmenden Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Betriebsstilllegungen verstärkt Grund, mißtrauisch gegen die Notstandsgesetze zu sein und die Ver-

wirklichung der Notstandsverfassung zu verhindern. Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften brauchen für ihren Kampf gegen den sozialreaktionären Kurs der Regierung Kiesinger-Strauß, der jetzt in der sogenannten mittelfristigen Finanzplanung besonders deutlich wurde und zur Durchsetzung ihrer sozialen und politischen Interessen die demokratischen Rechte und Freiheiten des Grundgesetzes. Gerade aber diese sollen durch die Notstandsgesetze und insbesondere durch die Notstandsverfassung beseitigt werden. Die Verhinderung der Notstandsverfassung ist daher notwendiger Bestandteil, ja Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes für die Erhaltung und Verbesserung des sozialen Besitzstandes.

Mit der ersten Lesung der Notstandsverfassung im Bundestag ist eine neue ernste Lage entstanden. Noch größer ist die Verantwortung insbesondere der außerparlamentarischen Kräfte für die Verteidigung des Grundgesetzes und für die Verhinderung der Notstandsdiktatur. Darum ist es gerade jetzt erforderlich, den Kampf gegen die Notstandsgesetze und insbesondere gegen die Notstandsverfassung noch entschlossener und in noch breiterer Front weiterzuführen. Die Kräfte dazu sind vorhanden. Der Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung ist zu einer mächtigen Bewegung der demokratischen Kräfte unseres Landes geworden. Seit 1958 ist es gelungen, alle bisherigen Entwürfe der Notstandsverfassung abzuwehren. Das muß auch diesmal gelingen.

Der Bundesausschuß des DGB hat die ablehnende Haltung der Gewerkschaften auch gegenüber dem neuen

⁴⁴⁾ Karl Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik, S. 166.

Regierungsentwurf bekräftigt. Auch der Justiziar beim Bundesvorstand des DGB, Dr. Heinrich Gester, betonte in einem ausführlichen Artikel zum Entwurf der Notstandsverfassung in der „Welt der Arbeit“ vom 7. Juli 1967: das grundsätzliche Nein der Gewerk-

schaften gilt auch für die jetzige Regierungsvorlage. Verbindlich für die Haltung der Gewerkschaften ist nach wie vor die Entscheidung des 7. Bundeskongresses des DGB vom Mai 1966, die jegliche zusätzliche Notstandsgesetzgebung abgelehnt hat.

Ein zweites Griechenland verhindern

Es gibt auch keine Gründe die eine Zustimmung zur Notstandsverfassung rechtfertigen könnte. Im Gegen teil. Der Militärputsch in Griechenland, der Polizeiterror gegen demonstrierende Studenten und die Enthüllungen über bewaffnete Werkschutzeinheiten in Großbetrieben haben erneut deutlich gemacht, was die Bevölkerung unter einer Notstandsdiktatur zu erwarten hat.

Ohne eine Zustimmung der SPD-Fraktion im Bundestag gibt es keine Notstandsgesetze. Zweifelsohne gibt es unter den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht wenige Gegner der Notstandsdiktatur. Abgeordnete, die sich an die Beschlüsse der Gewerkschaften gebunden fühlen und auch die ablehnende Haltung großer Teile der Mitglieder und Wähler der SPD kennen. Sie werden in dem Maße auch im Bundestag gegen die Notstandsgesetzgebung auftreten, wie es jetzt gelingt, in den Betrieben und Gewerkschaften, in den Jugend- und Studen-

tenorganisationen, wie überhaupt in der gesamten Bevölkerung die Forderung nach Ablehnung der Notstandsgesetze zu verstärken und durch Aktionen zu unterstreichen.

Die KPD hat sich unmittelbar vor der ersten Lesung der Notstandsverfassung in einem offenen Brief an die Mitglieder und Funktionäre der SPD gewandt. Die darin enthaltenen Vorschläge für gemeinsame Aktionen der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und aller Volkskräfte zur Verteidigung und Verhinderung der Notstandsverfassung wurden jetzt aktueller denn je. „Auf unser gemeinsames Handeln“ so heißt es im offenen Brief der KPD, „schauen die Arbeiter aller Länder, die Völker die den Frieden wollen. Die Arbeiterschaft verfügt gemeinsam mit den demokratischen Bürgern über die Kraft, der Reaktion Halt zu gebieten, die Notstandsgesetze zu verhindern und einer demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Bahn zu brechen!“

Sozialpolitische Probleme in Zeiten des Konjunkturrückgangs Zur Sozialpolitik der KPD

von WOLFGANG MÜLLER

Mit dem seit 1966 andauernden, in der Nachkriegszeit bisher stärksten konjunkturellen Rückschlag der westdeutschen Wirtschaft und der durch die Bonner Rüstungspolitik verursachten staatlichen Finanzkrise ist auch für die Sozialpolitik, für den Kampf der Arbeiterbewegung und aller sozial fortschrittlichen Kräfte um die Erhaltung, den Ausbau und die Verbesserung der sozialen Rechte und Leistungen eine neue, kompliziertere Situation entstanden. Die sozialreaktionären Kräfte des Monopolkapitals und seine Vertreter in den staatlichen Organisationen haben schon immer Zeiten des kon-

junkturellen Rückgangs dazu benutzt, nicht nur jeden sozialen Fortschritt zu stoppen, sondern von den Werktagen und ihren Organisationen, den Gewerkschaften und Sozialverbänden, in Jahrzehntelangem Kampf errungene soziale Rechte und Leistungen einzuschränken und abzubauen. So wurden in der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise 1929/32 mit den Notverordnungen der Brüning-Regierung die Sozialleistungen in erheblichem Umfang reduziert.

Obwohl der gegenwärtige Konjunkturrückgang bei weitem nicht so um-

fassend und nicht annähernd so tiefgehend und katastrophal ist, wie die Krise 1929/32, gehen doch die Angriffe des westdeutschen Monopolkapitals auf die soziale Sicherheit über das hinaus, was in der großen Weltwirtschaftskrise mit den Notverordnungen des

Kanzlers Brüning praktiziert wurde. Auch darin zeigt sich die besondere Aggressivität des westdeutschen Monopolkapitals und der mit ihm verbundenen militaristischen Kräfte, die sowohl seine Außen-, wie auch seine Innenpolitik auszeichnet.

Rücksichtsloser Abbau betrieblicher Sozialleistungen

Der Eintritt der SPD-Minister in das Kiesinger-Strauß-Kabinett hat keineswegs dazu geführt, die Angriffe auf den sozialen Besitzstand der Werk-tätigen zu stoppen. Im Gegenteil: Rücksichtslos werden in den Betrieben die den Arbeitern und Angestellten in den Jahren des „Wirtschaftswunders“ gewährten betrieblichen Sozialleistungen abgebaut, ohne daß der angeblich für die Wirtschaftspolitik jetzt verantwortliche SPD-Minister Prof. Schiller auch nur ein Wort der Mißbilligung dafür findet. Die Verwirklichung der Lücke-Gesetze, der Abbau des sozialen Mietrechtes, das mehr als vier Jahrzehnte in Deutschland Bestand hatte und selbst von der Hitlerregierung nicht angetastet wurde, die massenhaften Kündigungen von Mietwohnungen, Räumungsklagen gegen Mieter, die sich nichts haben zu schulden kommen lassen, die Erhöhung der Mieten um nicht selten mehr als 100 Prozent gehen weiter, obwohl das SPD-Mitglied Lauritzen jetzt Wohnungsbauminister in Bonn ist.

Die jetzt von der Kiesingerregierung beschlossene Neufassung der sogenannten Sozialklausel ist — wie die Zeitung „Metall“ dazu richtig feststellte, ein „fauler Kompromiß“, weil diese Neufassung keinesfalls dem Mieter einen echten Schutz vor willkürlicher Kündigung seiner Wohnung gewährleistet. Der soziale Wohnungsbau geht weiter zurück, weil die staatlichen Mittel dafür gekürzt werden. In dem sogenannten Eventualhaushalt sind zwar für den Wohnungsbau der Bundeswehr 200 Millionen DM, für den zivilen Wohnungsbau jedoch nur 150 Millionen DM bereitgestellt. Mit einem von den SPD-Ministern unterstützten Gesetzentwurf sollen die Zinsen für die bis 1960 vergebenen öffentlichen Darlehen für den Wohnungsbau erhöht werden, wodurch sich ab 1. Januar nächsten Jahres für rund 2,3 Millionen der etwa 5 Millionen Sozialwohnungen

in der Bundesrepublik die Mieten um bis zu 25 Prozent erhöhen werden. Die Regierung der Großen Koalition tritt so selbst als Einpeitscher für weitere Miet- und Preiserhöhungen auf!

Unfähig hat sich die Große Koalition bis jetzt erwiesen, das gegenwärtige soziale Hauptproblem der Bundesrepublik zu lösen und die Vollbeschäftigung für alle Arbeiter und Angestellten wiederherzustellen. Abgesehen von den Hunderttausenden ausländischen Arbeitern, die in ihre Heimatländer zurückkehrten und den Kurzarbeitern (Mitte Mai waren noch 173 400 bei den Arbeitsämtern gemeldet) war die Zahl der Arbeitslosen Ende Mai mit 458 500 um mehr als das Vierfache höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres (107 800). Zwar wurden die Leistungen der Arbeitslosenversicherung verbessert. Diese Verbesserung ist jedoch völlig unzureichend, da auch jetzt noch der Arbeitslose mindestens 20 Prozent seines vorherigen Nettoverdienstes einbüßt, wenn er zwei oder mehr Kinder zu versorgen hat; sonst ist sein Einkommensverlust durch die von ihm nicht verschuldete Arbeitslosigkeit noch größer. Die Verbesserung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung hat im übrigen den Staat keinen Pfennig gekostet, sondern wird voll aus dem mehr als 6 Milliarden betragenden Vermögen der Arbeitslosenversicherung und deren Einnahmen finanziert. Zusätzlich aber wurden die Mittel und Einnahmen der Arbeitslosenversicherung durch Bonn zur Finanzierung völlig fremder Aufgaben festgelegt, um den Bundeshaushalt zu entlasten. Die von den Gewerkschaften geforderte weitere Erhöhung des Arbeitslosengeldes wäre also durchaus möglich, wenn die Gelder der Arbeitslosenversicherung nur hierfür eingesetzt würden.

Weitere Kürzungen der Sozialausgaben

Das Kabinett Kiesinger hat die in der Geschichte der Bundesrepublik bisher umfangreichsten Kürzungen bei den Sozialausgaben vorgenommen. Betroffen sind davon u. a. die erst 1965 beschlossenen Leistungen der Mutter- und Kinderhilfe, die bis 1969 ausgesetzt wurden, das ebenfalls erst 1965 beschlossene „Pennäliergehalt“, das nach mehrmaligen Kürzungen ab 1. Juli 1967 völlig gestrichen wurde, ohne daß eine vernünftigere Familien- und Bildungsförderung an seine Stelle tritt, das Kindergeld, bei dem auch für das dritte Kind die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden soll und die für Kapitalabfindungen an Kriegsopfer bereitgestellten Mittel.

Sehr heftig hat die SPD in den vergangenen Jahren die Praxis der Adenauer- und Erhard-Regierungen kritisiert, Mittel der Rentenversicherung zum Ausgleich des durch Rüstungs- und Notstandsmaßnahmen und die Unterstützung des amerikanischen Krieges gegen Vietnam übermäßig belasteten Bundeshaushaltes heranzuziehen. Aber noch nie wurde das in einem solchen Umfang praktiziert wie im Haushaltsplan 1967, für den SPD-Minister und -Abgeordnete die Verantwortung mittragen. Mehr als 1,8 Milliarden DM werden den

Rentenversicherungsträgern in diesem Jahr vorenthalten. Fast 400 Millionen DM durch direkte Kürzung der Zahlungen, zu denen der Bund zum Ausgleich von Fremdleistungen der Sozialversicherung verpflichtet ist, 1,45 Milliarden DM dadurch, daß ihnen in dieser Höhe Bundesschuldverschreibungen zwangsweise anstelle der ihnen zustehenden Barzuschüsse auferlegt werden. Durch diesen forcierten sozialen Raubzug auf ihre Gelder in einer Zeit, da ihre Einnahmen ohnehin infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau geringer als veranschlagt ausfallen, sind die Träger der sozialen Rentenversicherung bereits in erhebliche Liquiditätsschwierigkeiten geraten.

Auch in Ländern und Gemeinden, die durch die Bonner Rüstungspolitik in immer größere Finanznot geraten, gehen die Aufwendungen für Sozialinvestitionen, für den Bau von Wohnungen, Krankenhäusern, Kindertagesstätten, Alten- und Pflegeheimen usw. zurück. Der Verband der Wohlfahrtsverbände sah sich deshalb genötigt, in einem öffentlichen Appell darauf hinzuweisen, daß die Unterhaltung der bestehenden sozialen Einrichtungen gefährdet ist, wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird.

Angriff auf Rentenversicherung

Die Ziele der sozialreaktionären Angriffe des westdeutschen Monopolkapitals sind jedoch sehr weit gesteckt und werden in massivster und vielfältiger Form seit der Bildung der Großen Koalition vorgetragen, weil man darin die geeignete parlamentarische Basis zur Verwirklichung dieser Ziele sieht. Neben der Demontage der demokratischen Grundrechte durch die Notstandsgesetze sollen auch die sozialpolitischen Rechte, die durch den Kampf der Gewerkschaften und Sozialverbände verwirklicht werden konnten, gleich mit demontiert werden. Neben der sozialen Krankenversicherung, deren soziales Leistungssystem durch ein mit starker direkter Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten verbundenes Kostenerstattungssystem beseitigt werden soll, ist Hauptschwerpunkt des Angriffs der Sozialreaktion die gesetzliche Rentenversicherung.

Von der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, der Bundesbank, dem Bund der Steuerzahler, dem Verband der privaten Rentenversicherungen und anderen Organen des Monopolkapitals wird unverhohlen eine drastische Senkung der noch immer unzureichenden Renten, ihre Berechnung nach Netto- statt Bruttoverdiensten, die Einschränkung der Rentendynamik und die weitere Kürzung und völlige Streichung der Bundeszuschüsse zu den Ausgaben der Rentenversicherung verlangt, die ohnehin auf weniger als ein Fünftel der Gesamtausgaben bereits vermindert wurden. Das Finanzkabinett, dem unter Vorsitz des Bundeskanzlers die CDU/CSU-Minister Strauß und Schmücker und die SPD-Minister Schiller und Schmid angehören, hat diese Forderungen bei seinen Beratungen für eine mittelfristige Finanzplanung in seine Er-

wägungen einbezogen. Die Proteste der Gewerkschaften und anderer Verbände veranlaßten aber dann das Bundeskabinett, stattdessen vorerst „nur“ die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für die Rentner in Höhe von 4 Prozent ihrer Rente und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeiter und Angestellte zu beschließen.

Es bestätigt sich also jetzt das, was wir immer gesagt haben: Unter den

Begingungen der Bonner Rüstungs- und Profitwirtschaft gibt es keine soziale Sicherheit. Während in der monopolkapitalistischen Bundesrepublik die Werktätigen gezwungen sind, ihren sozialen Besitzstand zu verteidigen, werden in der sozialistischen DDR, ausgehend von den Beschlüssen des VII. Parteitages der SED, Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der sozialen Rechte und Leistungen verwirklicht.

Kampf um Ausbau der Sozialleistungen und -rechte verstärken

Notwendig ist es, daß die Arbeiterschaft und alle vom Sozialabbau Betroffenen mit Unterstützung der Gewerkschaften den Widerstand gegen die sozialreaktionäre Politik der Regierung aufnehmen. Dieser Kampf darf sich auch und gerade in der Zeit der rückläufigen Wirtschaftskonjunktur nicht nur auf die Abwehr der Angriffe der sozialreaktionären Kräfte beschränken, sondern muß einen Ausbau und eine Verbesserung der sozialen Rechte und Leistungen auf allen Gebieten der Sozialgesetzgebung zum Inhalt haben. Wir können uns dabei im wesentlichen auf die guten und berechtigten Forderungen der Gewerkschaften, der Rentner-, Kriegsopfer-, Körperbehinderten-, NS-Verfolgten-, Mieter-, Wohlfahrts- und anderer Sozialverbände und sozialfortschrittlicher Kräfte auch in der Bauernschaft, der Intelligenz usw. stützen.

Die Sozialleistungen haben in den Jahren des „Wirtschaftswunders“ mit der Entwicklung der Wirtschaft und der Einkommen besonders der großen Kapitalbesitzer auch nicht annähernd Schritt gehalten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Altersrenten betragen zehn Jahre nach der Rentenreform immer noch nicht 60 Prozent des Arbeitsverdienstes, wie es 1956/57 von der CDU/CSU versprochen wurde, sondern nach einem erfüllten Arbeitsleben 44 bis 48 Prozent. Der DGB aber fordert in seinem Aktionsprogramm mindestens 75 Prozent des Arbeitsverdienstes als Altersrente. Die Sozialleistungsempfänger sind auch am härtesten von der Kaufkraftminderung der DM durch Erhöhung der Preise, Mieten und öffentlichen Tarife betroffen.

Nicht durch Einschränkung, sondern nur durch Verbesserung der Sozial-

leistungen auf Kosten des Rüstungsetats und der Profite der Großaktiönaire kann die Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden werden, die nicht in zu hohen Sozialleistungen, sondern in der Bonner Rüstungs- und Profitwirtschaft ihre Ursache hat. Seit Beginn der Remilitarisierung ist der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes stark rückläufig. Eine Erhöhung der Sozialleistungen würde unmittelbar zur Hebung der Massenkaufkraft und damit zur konjunkturellen Belebung auf dem Binnenmarkt führen.

Für den Kampf um die Wahrung und den Ausbau der sozialen Rechte und Leistungen gibt es eine sehr breite Basis: Von den Gewerkschaften bis zu den christlichen Sozialpolitikern in der CDU. Doch gilt es ihnen deutlich zu machen, daß heute mit den alten Methoden Erfolge nicht mehr errungen werden können. Es genügt nicht mehr, nur Vorschläge und Forderungen zu formulieren und darüber in den „zuständigen Gremien“ zu verhandeln. Die Regierung hat gezeigt, daß sie durch Worte allein nicht vom Wege des rigorosen Sozialabbaus abzubringen ist. Notwendiger denn je ist es heute, um das soziale Recht zu kämpfen und dem konzentrierten Angriff der sozialreaktionären Kräfte die konzentrierte Front aller sozialfortschrittlichen Kräfte gegenüberzustellen. Sie sind nur stark, wenn sie zum gemeinsamen Handeln finden. Als im Dezember 1963 35 000 Kriegsopfer der Bundesrepublik in Bonn aufmarschierten, wurde ihren Forderungen Rechnung getragen. Im Januar dieses Jahres hat erstmals in Hamburg eine gemeinsame Kundgebung des DGB und des Reichsbundes

gegen die drohende soziale Demontage stattgefunden.

Machtvolle Kräfte könnten Gewerkschaften und alle Sozialverbände im Kampf um das soziale Recht mobilisieren, wenn sie in dieser kritischen Situation gemeinsam handelten. Kein Zweifel: Sie wären in der Lage, in Bonn eine wirklich neue Politik durch-

zusetzen, in der nicht mehr Rüstung, Notstand und Profit, sondern der soziale Wohlstand des Volkes dominieren. Das deutlich zu machen, dafür in allen Organisationen und Betrieben zu wirken, dafür die Werktätigen und sozial-fortschrittlichen Kräfte wachzurütteln und zusammenzuführen, sollte heute eine unserer vornehmsten Aufgaben sein.

Neue Bedingungen für die Zusammenarbeit mit den katholischen Werktätigen

Von RAINER RODE

Die Enzyklika „Populorum progressio“ (Über den Fortschritt der Völker), die Papst Paul VI. am 28. März veröffentlichte, hat ein weites Echo gefunden. Für die in der Enzyklika proklamierten Forderungen: Erhaltung des Friedens; Überwindung von Not, Ungerechtigkeit und Unterdrückung; Erweiterung von Bildung und Wissen; Beendigung des Neokolonialismus — dafür treten seit langem bereits Millionen Menschen in den Kämpfen der Arbeiterklasse und der von den Imperialisten unterdrückten Volksmassen ein.

Wo liegen die Ursachen dafür, daß der Papst und mit ihm einflußreiche Kräfte der katholischen Kirche heute versuchen, Antwort auf drängende Fragen unserer Zeit zu finden? Der sich vollziehende Wandlungsprozeß in der Haltung der katholischen Kirche ist eine Anpassung an das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt und damit eine Bestätigung für den Vormarsch des Sozialismus und den wachsenden Einfluß der internationalen Arbeiterbewegung und der um ihre Befreiung kämpfenden Völker.

I.

Die Kirche existiert in der Gesellschaft. Die Überlegenheit und Ausstrahlungskraft des sozialistischen Weltsystems, die Entfaltung antiimperialistischer Massenbewegungen für Frieden, Demokratie und nationale Unabhängigkeit rufen auch unter den gläubigen Menschen neue Interessen und Strömungen hervor.

Die jahrhundertealte und enge Bindung der katholischen Kirche, vor allem des hohen Klerus, an Feudalismus und Kapitalismus an alles, was Reaktion verkörpert, hat die katholische Kirche selbst in eine tiefe Krise gebracht. Das veranlaßt sie heute, den „Dialog mit der Welt“ zu suchen und den Prozeß der Modernisierung und Erneuerung der Politik, der Dogmatik, des Kults und der Organisation der Kirche und des Katholizismus einzuleiten.

Das II. Vatikanische Konzil, das im Dezember 1965 zu Ende ging, war ein

wichtiges Ereignis für diesen Wandlungsprozeß. Seit dieser Zeit wird im Katholizismus häufig der Begriff des „Aggiornamento“, gleichbedeutend mit Modernisierung verwandt. Dieser Kurs der Modernisierung wurde bereits von Papst Johannes XXIII. eingeleitet. Das, was viele Katholiken heute als Erneuerung und Modernisierung bezeichnen, fand vor allem in der Enzyklika Johannes XXIII. „Pacem in terris“ seinen Ausdruck.

Die „Erneuerer“ im Katholizismus sind bemüht — im Gegensatz zu den offen reaktionären klerikalen Gruppierungen —, die Kirche nicht als politischen Bundesgenossen des Imperialismus erscheinen zu lassen.

Um Einfluß von Religion und Kirche in der heutigen Welt zu erhalten, wollen sie mit der sogenannten „konstantinischen Ära“ im Katholizismus, das

heißt mit der Politik der direkten Verbindung zwischen der Kirche und einer bestimmten weltlichen Macht, Schluß machen.

Zweifellos wäre es falsch, würde man die neuen Erscheinungen in der Politik der katholischen Kirche in ihrer Wirksamkeit überbetonen. In vieler Hinsicht haben auch die Konzilsdokumente einen Kompromißcharakter, der vom Aufeinanderprallen der beiden Hauptströmungen — den reformfreudigen und den ultrakonservativen klerikalen Kräften — geprägt wurde. Auch das Auftreten des Papstes wird von den Hauptströmungen im Katholizismus beeinflußt.

Hinzu kommt, daß der Prozeß der „Erneuerung“ des Katholizismus in der Bundesrepublik erst in bescheidenen Anfängen steht und die herrschenden imperialistischen Kreise im Bündnis mit den rechtskonservativen Klerikalen alles tun, um die religiösen Gefühle der Gläubigen weiterhin zu mißbrauchen.

Mit den progressiven Kräften im Katholizismus der Bundesrepublik stimmen wir darin überein, daß mit

dem Konzil ein erster Schritt, ein Anfang gemacht wurde, um die katholische Kirche an die Welt von heute und die Lösung ihrer Probleme heranzuführen.

Vieles von dem, was auf dem Konzil proklamiert wurde, steht in der deutschen Kirche erst auf dem Papier, erklärte Prof. Rahner. „Zunächst ist mit aller Anstrengung dafür zu sorgen, daß Geist und Buchstabe des Konzils in Deutschland zu Leben und Tat werden.“¹⁾

Andererseits wäre es ein großer Fehler, würden wir Kommunisten die neuen Erscheinungen unterbewerten oder gar ignorieren. Gerade für die Entwicklung unserer breiten Bündnispolitik, für die Teilnahme großer Kreise der katholischen Gläubigen am Kampf der Volkskräfte für Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit ist es wichtig, die sich vollziehenden Prozesse, ihre Vielschichtigkeit und ihre Widersprüchlichkeit zu erkennen. Die Dialektik des Prozesses der Erneuerung des Katholizismus besteht gerade darin, daß mit dieser Entwicklung Bedingungen geschaffen werden, die eine stärkere Teilnahme der katholischen Gläubigen am Kampf der Volkskräfte ermöglichen.

II.

Prof. Dr. Hirschmann erklärte kürzlich, daß im Zuge der gegenwärtigen innerkirchlichen Erneuerung die Kirche eine neue Sprache in der Sache des Friedens zu sprechen beginne.²⁾

In der „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“ verurteilte das Konzil totale Kriegsführung und Rüstungswettlauf. Es

sprach sich für Abrüstungsmaßnahmen aus und bekundete die Bereitschaft der Zusammenarbeit mit allen Kräften, um Kriege zu vermeiden. Ausdrücklich wurde der Rüstungswettlauf als eine außerordentlich ernste Plage der Menschheit verurteilt.

Manche Gedanken, die das Konzil hier vertritt, nähern sich der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den Völkern, für die wir Kommunisten entschieden eintreten.

Auch die Enzyklika „Über den Fortschritt der Völker“ tritt für die Beendigung des Wettrüstens ein und verurteilt die wachsenden Rüstungsausgaben als einen für die Völker unerträglichen Skandal.

Es wächst die Zahl von Veranstaltungen katholischer Gläubiger, die jetzt diese Fragen zum Inhalt haben.

¹⁾ Prof. Rahner ist ein einflußreicher Vertreter unter den reformerischen Kräften des Katholizismus und Konzilstheologe. Das angeführte Zitat ist entnommen: „Bilanz des deutschen Katholizismus“, Grünwald-Verlag 1966, S. 493.

²⁾ Prof. Dr. Hirschmann gilt als einflußreicher Konzilstheologe, der an der Ausarbeitung der „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“ beteiligt war. Den erwähnten Vortrag hielt er am 1. Februar 1967 im Frankfurter Kaiserdom. (Siehe auch „Christ in der Gegenwart“ vom 26. Februar 1967, Verlag Herder)

Die Ausweitung der USA-Aggression in Vietnam, die mit christlicher Humanität unvereinbare grausame Kriegsführung gegen wehrlose und friedliebende Frauen und Kinder ruft auch den Protest zahlreicher Katholiken in der Bundesrepublik hervor.

Msgr. Dr. Hüßler, Generalsekretär des Caritasverbandes, führte gemeinsam mit Vertretern der „Hilfsaktion Vietnam“ — darunter auch Weltkirchenpräsident Dr. Martin Niemöller — Anfang dieses Jahres eine Informationsreise in die Demokratische Republik Vietnam durch. Dr. Hüßler teilte mit, daß die Katholiken der Bundesrepublik sich gemeinsam mit der „Hilfsaktion Vietnam“ und dem Evangelischen Hilfswerk daran beteiligen werden, die medizinische Einrichtung für ein Krankenhaus in die DRV zu liefern, die einem Wert von 4 Millionen DM entspricht.³⁾

Der zunehmende Protest unter großen Teilen der Katholiken in der Bundesrepublik gegen den USA-Krieg in Vietnam hat jetzt endlich auch den Episkopat zu einer Stellungnahme veranlaßt. Auf ihrer diesjährigen Frühjahrskonferenz vom 13. bis 16. Februar in Bad Honnef richteten die deutschen Bischöfe (3 Kardinäle, 1 Erzbischof, 15 Bischöfe und 20 Weihbischöfe) ein Telegramm an Papst Paul VI., in dem sie erklärten: „Die in Honnef zu ihrer Frühjahrskonferenz versammelten deutschen Bischöfe entbieten Eurer Heiligkeit ihren tiefempfundenen Dank für die unermüdlichen Bemühungen um einen baldigen Frieden in Vietnam.“⁴⁾

Diese Stellungnahme des Episkopats ist bemerkenswert. Noch auf dem 81. deutschen Katholikentag, der im

³⁾ „Feuerreiter“, Nr. 5/1967.

⁴⁾ Siehe Gesamtbericht über die Plenarkonferenz der deutschen Bischöfe vom 13. bis 16. Februar 1967 in Bad Honnef. Veröffentlicht in „Die allgemeine Sonntagszeitung“ vom 19. Februar 1967.

⁵⁾ Dr. Dirks ist Leiter der Hauptabteilung Kultur beim Westdeutschen Rundfunk in Köln.

⁶⁾ „Konzilsdekrete“, Band IV, veröffentlicht im Paulus-Verlag, 4. Auflage 1968, Seite 103.

Juli 1966 in Bamberg stattfand, war der Vietnamkrieg völlig tabu und aus der Diskussion ausgeklammert. Während die CDU/CSU und die von ihr bestimmte Regierungspolitik den verbrecherischen Krieg der USA in Vietnam vorbehaltlos unterstützen, haben sich jetzt die deutschen Bischöfe auf die Seite des Papstes gestellt.

So sehr alle Friedenskräfte in der Bundesrepublik diesen ersten Schritt des Episkopats begrüßen werden, so kann es doch nicht genügen, wenn die Bischofskonferenz dem Papst lediglich für seine Friedensbemühungen dankt.

Dr. Dirks hat völlig recht, wenn er zum Ausdruck bringt: Im deutschen Katholizismus werde zwar viel für den Frieden gebetet, aber „zu wenig für ihn getan“.⁵⁾

Wir Kommunisten möchten im Gespräch und in der Zusammenarbeit mit katholischen Friedensfreunden ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß es keine Entspannung und Friedenssicherung in der Welt geben kann, solange die Aggression gegen das vietnamesische Volk nicht beendet wird. Deshalb muß die Bundesregierung jede Hilfe für die Unterstützung der USA-Aggression einstellen und verlangen, daß die Bombardierung Nordvietnams eingestellt und die Grausamkeiten gegen die Bevölkerung in den von der FNL beherrschten Gebieten beendet werden. In diesem Sinne aufzutreten, entspricht der „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“, in der das Konzil zum Ausdruck bringt:

„Jede Kriegshandlung, die unterschiedslos auf die Zerstörung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Einwohner ausgerichtet ist, ist ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen, das eindeutig und ohne Zögern zu verwerfen ist.“⁶⁾

Mit Recht haben Katholiken in diesem Zusammenhang wiederholt darauf hingewiesen, daß die Friedensbotschaft der Kirche jetzt klarer formuliert sei. Die Katholiken sollten selbst dafür eintreten, daß dieser Botschaft überall, besonders aber bei den katholischen Politikern, die nötige Achtung und Beachtung verschafft wird.

III.

Günstige Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit Katholiken ergeben sich jetzt aus der Sozialenzyklika „Populorum progressio“, die einen Fortschritt in der Soziallehre der katholischen Kirche bedeutet. In ihr kommt Not und Leid der Völker zum Ausdruck, die dem Imperialismus unterworfen sind.

Mit einem gewissen Realismus wendet sich die Enzyklika gegen den ungezügelten kapitalistischen Egoismus. Sie verurteilt, daß die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden und daß der Profit als Motor des wirtschaftlichen Fortschritts im Kapitalismus gilt.

Das Eigentumsrecht — so erklärt die Enzyklika — dürfe niemals zum Schaden des Gemeinwohls genutzt werden. Entscheidend seien die Grundbedürfnisse der Gemeinschaft.

In der Bundesrepublik spüren Millionen Menschen am eigenen Leibe, wie das privatkapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln, die Herrschaft und Willkür der großen Industriekonzerne und Banken im Interesse von Profit und Willkür ausgenutzt werden.

Ursprünglich wurde die Soziallehre der katholischen Kirche in der Enzyklika „Rerum novarum“ von Papst Leo XIII. im Jahre 1891 dargelegt. Ihr Hauptziel bestand in der Verteidigung des Kapitalismus. Sie verkündete die Unantastbarkeit des kapitalistischen Privateigentums und verurteilte den Kampf der Arbeiterklasse für ihre sozialen Interessen.

Die neue Enzyklika dagegen kritisiert Erscheinungen des Kapitalismus und leitet — mit dem Konzil bereits begonnen — eine Revision traditioneller Auffassungen der katholischen Kirche ein.

Natürlich ist die Kritik am kapitalistischen Gesellschaftssystem begrenzt und beschränkt sich im wesentlichen auf den moralischen Protest. Dennoch kann sie dazu beitragen, den katho-

lischen Werktäglichen die Ursachen für ihre soziale Lage bewußter zu machen. Kein Wunder, wenn die herrschenden Kreise in unserem Lande betroffen sind. Sie weisen die Enzyklika ebenso zurück wie die gewerkschaftliche Forderung nach Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft.

Gerade in dieser Frage zeigt sich der tiefe Gegensatz zwischen den Interessen katholischer Werktäglicher und dem staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Es verbessern sich auch die Bedingungen, um katholische Gläubige für die Teilnahme am Kampf zur Erhaltung der demokratischen Grundrechte, gegen Notstandsdiktatur und Abbau der demokratischen Bürgerrechte zu gewinnen. Namhafte Katholiken beteiligen sich bereits am Kuratorium „Notstand der Demokratie“. Ihnen ist bewußt, daß christlicher Humanismus, der auf die Entfaltung menschlicher Würde gerichtet ist, daß die Auffassungen des Konzils über die Gestaltung eines demokratischen Lebens im Widerspruch stehen zur Bonner Notstandspolitik. Im Abschnitt 75 der Pastoralkonstitution, in dem die „Mitarbeit aller am öffentlichen Leben“ gefordert wird, finden wir die bemerkenswerte Feststellung:

„Unmenschlich ist es, wenn eine Regierung auf totalitäre oder diktatorische Formen verfällt, die die Rechte der Personen und der gesellschaftlichen Gruppen verletzen.“)

Das Konzil proklamiert einige demokratische Forderungen, für die auch die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik eintreten: „Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit“, keine Ausübung staatlicher Gewalt zum Schaden des Gemeinwohls usw.

Katholiken können am wirksamsten für die Forderungen ihres Konzils eintreten, wenn sie die Bewegung gegen die Notstandspolitik aktiv unterstützen und mitarbeiten in den Kuratorien „Notstand der Demokratie“.

IV.

Viele Katholiken sind angesichts des anwachsenden Neonazismus in der Bundesrepublik von echter Sorge er-

¹⁾ Ebenda, S. 95.

füllt. In Hunderten von Leserbriefen an die katholische Monatszeitschrift „Mann in der Zeit“ brachten Gläubige ihre tiefe Abneigung gegen den Neo-

nazismus zum Ausdruck. Entschieden wenden sie sich dagegen, die faschistische NPD zu unterstützen und dagegen, daß sich Katholiken als Aushängeschild mißbrauchen lassen.

„Ein Katholik“, so heißt es in einer der Zuschriften, „der es mit seiner Überzeugung ernst meint, kann einer nationalistischen Partei, deren Gedankengut chauvinistische Tendenzen aufweist, nicht angehören.“⁸⁾

Es wird an die katholischen Gläubigen erinnert, die unter dem Faschismus verfolgt wurden und daran, daß die nationalistischen Phrasen schon einmal Elend und Unglück für unser Volk brachten.

Viele Katholiken betrachten jedoch NPD und Neonazismus noch als eine isolierte Erscheinung, als einen „Hauften Unbelehrbare“. Hier sehen wir Kommunisten unsere Aufgabe, nachzuweisen, daß die Politik der CDU/CSU den Boden bereitet hat, auf dem der Neonazismus neu entsteht.

Die Unvereinbarkeit der christlichen Ethik und des christlichen Humanismus mit Neonazismus und Rechtskurs sollte die Katholiken veranlassen, für eine Änderung der Bonner Politik, für einen Kurs der Entspannung und Abrüstung, für die Anerkennung der be-

stehenden Grenzen in Europa einzutreten. Sie sollten sich entschieden gegen jene klerikalen Scharfmacher wenden, die offen oder versteckt die NPD begünstigen.

Die neue Entwicklung im Katholizismus ist nicht mehr rückgängig zu machen. Die durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus bedingte Verschärfung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik, die sich abzeichnende Verbreiterung der Bewegung für den Frieden und die Verstärkung des allgemeindemokratischen Kampfes werden auch den Einfluß der Reformkräfte im Katholizismus verstärken.

Wir Kommunisten wollen den offenen Dialog und die Zusammenarbeit vor allem mit solchen Katholiken, die vom Geiste der Enzyklika „Pacem in terris“ und „Populorum progressio“ erfaßt werden und die für die Beendigung der USA-Aggression in Vietnam, für Frieden und Demokratie in der Bundesrepublik eintreten.

Eine gemeinsame Basis der Zusammenarbeit mit ihnen sehen wir in den Bewegungen und Aktionen der „Kampagne für Abrüstung“, „Notstand der Demokratie“ und dem gewerkschaftlichen Kampf für soziale und demokratische Mitbestimmung.

Wirtschaftsfaktor DDR und die neuen sozialen Errungenschaften

Von DR. R. RINKE

Das eigentliche „Wirtschaftswunder“ hat in der DDR stattgefunden. Niemand, der die Tatsachen kennt und real denkt, wird dies leugnen können. Der VII. Parteitag der SED hat eine sachliche Bilanz des Erreichten gezogen, ein erregendes Bild der Zukunft im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus entworfen und neue Maßnahmen für die Verbesserung des kulturellen und sozialen Lebens beschlossen.

Die Periode zwischen den Partei-

Stabiler Zuwachs an

Der Zuwachs des Nationaleinkommens ist ein wichtiger Gradmesser für die wachsende Wirtschaftskraft⁹⁾ „Mann in der Zeit“, Ausgabe April 1967.¹⁰⁾ Vgl.: Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der SED, Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 5.

tagen war ausgefüllt von schöpferischer Arbeit für den umfassenden Aufbau des Sozialismus. Erfolgreich wird die sozialistische Revolution in der DDR durchgeführt. Angespornt von den großen Ideen des Programms der SED, vollbrachten die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Leistungen von historischer Tragweite. Die DDR legte ein gewaltiges Stück des Weges zurück, den das Programm gewiesen hat — weit in das Neuland des umfassenden Aufbaus des Sozialismus.¹¹⁾

Nationaleinkommen

eines Staates. Welchen Anteil jedoch bei seiner Verwendung und Verteilung die Werktätigen haben, hängt von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab. Da in der DDR nicht Monopolherren, sondern die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Schichten die Ge-

schicke des Staates und des Volkes lenken, kommt der Zuwachs des Nationaleinkommens mittelbar und unmittelbar der ganzen Bevölkerung zugute. Die SED hat auf diesen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Zuwachs des Nationaleinkommens und der allseitigen Stärkung der Republik sowie der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktäti- gen wiederholt hingewiesen. Mit Hilfe der theoretischen und ideologischen Arbeit der Partei erfaßte dieser Gedanke immer breitere Kreise der Werktäti- gen. Die Lösung „Was der Ge- sellschaft nutzt, soll auch für den Be- trieb und für den einzelnen von Vor- teil sein“, bestätigte sich im Leben. Die schöpferische Aktivität der Werktäti- gen erhielt nicht zuletzt auch durch diese wachsende Erkenntnis weiteren Auftrieb. Die Effektivität und die Sta- bilität der wirtschaftlichen Entwick- lung unserer Republik vergrößerte sich. Das Nationaleinkommen wuchs von 74,8 Md. MDN im Jahre 1962 auf 87,8 Md. MDN im Jahre 1966, d. h. um 18 Prozent. Im einzelnen hat der Zuwachs des Nationaleinkommens sich wie folgt entwickelt:

1962	1,5%
1963	3,2%
1964	4,8%
1965	4,4%
1966	4,5%

Es ist ganz offensichtlich, daß sich mit den Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze der DDR gegen die politischen und wirtschaftlichen Störmaß- nahmen der westdeutschen Imperiali- sten die Wirtschaft der DDR zuneh- mend stabilisiert und kontinuierlich entwickelt.

Nun erst konnten die Werktäti- gen der DDR beginnen, die ökonomischen

Gesetze des Sozialismus immer besser auszunutzen. Mit dem neuen ökonomi- schen System der Planung und Leit- tung entwickelte die Partei ein wirk- sames Instrument, um die Wirtschafts- führung auf eine qualitativ neue Stufe zu heben und die Initiative der Werk- täti- gen noch stärker darauf zu lenken, die ökonomischen Gesetze durchzuset- zen. Diese Politik der Partei trug ent- scheidend dazu bei, daß sich die wich- tigste Triebkraft der Entwicklung in unserer sozialistischen Republik, — die Übereinstimmung der gesellschaft- lichen mit den persönlichen Interessen — breit entfalten konnte.

Die Arbeiter, Bauern und die Intelli- genz sind stolz auf die erreichten Er- folge. Sie sind stolz darauf, daß die DDR zu den ersten zehn Industriestaaten der Welt gehört. Eine Leistung, die nicht hoch genug gewürdigt werden kann, wenn man beispielsweise die Ausgangsbasis, die Rohstoffvorkom- men und Reserven der DDR und West- deutschlands vergleicht.

„Was wäre denn aus den Herren Ka- pitalisten geworden, wenn 1945 hier bei uns im Osten 120 Hochöfen und im Westen 4 Hochöfen gestanden hätten, statt umgekehrt? Was hätten die Ka- pitalisten gemacht, wenn wir über 93 Prozent der eisenschaffenden Indu- strie verfügt hätten und sie über 7 Pro- zent, statt umgekehrt? Selbst mit noch größeren Spritzen aus den USA wären sie nicht auf die Beine gekommen.“²⁾

Wo wären sie geblieben, wenn sie an Bodenschätzten in größeren Mengen nur Braunkohle und Kali gehabt hätten, Steinkohle, Erdöl und Eisenerz aber so gut wie gar nicht vorhanden gewesen wäre?

Schrittmacher der wissenschaftlich-technischen Revolution

Was haben wir erreicht? Die Indu- strieproduktion stieg von 1962 bis 1966 auf 125 Prozent. In der Landwirt- schaft haben die Bauern die auf dem VI. Parteitag gestellten Produktions- ziele früher als vorgesehen erreicht. Dadurch war es möglich, trotz wach- sendem Verbrauch, die Einfuhr von

landwirtschaftlichen Produkten weiter zu verringern.

Die chemische Industrie steigerte ihre Produktion auf 137 Prozent. Die Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, der Pfeiler der DDR-Petrolchemie, haben sich gewaltig erweitert. 1963 wurde der Aufbau von Leuna II in Angriff ge- nommen und 1966 die erste Ausbau- stufe vollendet. Jetzt produzieren die

²⁾ Erich Honecker: „Die Rolle der Partei in der Periode der Vollendung des Sozialis- mus“ — Dietz Verlag 1967, S. 11.

Werktätigen dieses Betriebes doppelt soviel als vor 1945, als die Monopolherren Besitzer dieses Betriebes waren. Voller Optimismus verwirklichen die Werktaatigen der Leuna-Werke das Ziel, die Produktion bis 1970 zu verdreifachen. Rund 28 Millionen MDN gab der Betrieb für soziale und kulturelle Einrichtungen aus.

Auch andere Industriezweige, die für die wissenschaftlich-technische Revolution sehr wichtig sind, haben ihre Produktion stark gesteigert. So die elektronische Industrie auf 147 Prozent, die Industrie der Meß-, Steuer- und Regeltechnik auf 185 Prozent, die Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie auf 148 Prozent sowie die

feinmechanische und optische Industrie auf 148 Prozent.

Der Maschinenbau — insbesondere der Werkzeugmaschinenbau — hat für unsere Republik erstrangige Bedeutung. Die DDR steht als Maschinenexporteur gegenwärtig an 8. Stelle in der Welt. Ihre Erzeugnisse gehen in viele Länder. Es gibt nicht wenige Exponate, die Weltspitzenerzeugnisse sind bzw. das Weltniveau mitbestimmen. So ist beispielsweise die „Atlantik“ — ein Fang- und Gefrierschiff — in seinen technischen und ökonomischen Leistungen bisher unerreicht. Auch das neu entwickelte universelle Steuer- und Regelungssystem Ursomat fand große Beachtung auf der Leipziger Messe.

Bildung und Wissenschaft gedeihen

An dieser positiven Entwicklung haben Bildung und Wissenschaft maßgeblichen Anteil. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem hat auch in der kapitalistischen Welt Bewunderung hervorgerufen. Die Regierung der DDR gab 1965 allein für Bildung 5,3 Prozent des Nationaleinkommens aus. Damit steht sie an vierter Stelle in der Welt. Die Bundesrepublik nimmt in dieser Rangliste den 22. Platz ein. Das nimmt auch nicht wunder. Denn wenn das Nationaleinkommen für hohe

Rüstungsausgaben, für den kalten Krieg und zur Sanierung der Monopole verschleudert wird, bleibt für Bildungszwecke nicht viel übrig.

Die Ausgaben für Forschung und Technik in der DDR erhöhten sich von 1962—1966 auf 155 Prozent, die Zahl der Beschäftigten, die in Forschung und Entwicklung tätig sind, stieg in dieser Zeit um 23 Prozent. Ende 1964 hatten von 1000 Personen der Bevölkerung der DDR 36 einen Hoch- oder Fachschulabschluß.

Neue soziale Verbesserungen

Der VII. Parteitag konnte auf Grund der positiven Bilanz der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unserer Republik umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung vorschlagen. Sie sind inzwischen auch vom Ministerrat der DDR beschlossen worden. Diese Maßnahmen finden lebhafte Zustimmung bei den Bürgern der DDR.

So haben etwa 800 000 Werktaatige ab 1. Juli 1967 eine Lohnerhöhung erhalten.

Ab 28. August wird die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche eingeführt. Mit ihr wird gleichzeitig die wöchentliche Arbeitszeit von bisher 45 Stunden auf 43 $\frac{3}{4}$ Stunden und bei Arbeit im 3-Schicht-System von bisher 44 Stunden auf 42 Stunden verkürzt. Mit dieser Maßnahme tragen Partei und Regierung den Wünschen vieler Werktaatiger Rechnung.

Die größere zusammenhängende Freizeit — das hat sich bereits bei der 5-Tage-Woche in jeder zweiten Woche bestätigt — wirkt sich positiv auf die Erholung, auf die Arbeitsfreude und Arbeitsproduktivität aus. Sie gibt noch bessere Möglichkeiten für eine sinnvolle Gestaltung der Freizeit, für Kultur und Bildung und für das Familienleben. Selbstverständlich müßten diesem Vorschlag der Partei exakte Berechnungen über Arbeitszeitbilanzen, Arbeitskräfte Lage usw. vorausgehen. Das Problem bestand darin, einen Weg zu finden, der die Einführung der durchgängigen 5-Tage-Woche bei gleichzeitiger Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Absinken der Produktion und der Arbeitsproduktivität ermöglicht.

Kein Werktaatiger würde es verstehen, wenn die 5-Tage-Arbeitswoche mit einem Sinken des Lebensstandards

verbunden wäre. Das wäre aber unvermeidlich, wenn nicht gleichzeitig gesichert würde, daß das Niveau der Produktion und der Arbeitsproduktivität davon nicht negativ betroffen wird. Die DDR hat keine Arbeitskräftereserven. Infolge der ungünstigen Altersstruktur scheiden bis 1970 etwa 400 000 Personen als Rentner aus dem Arbeitsprozeß aus. Deshalb konnte der bisherige Arbeitszeitfonds nicht zu sehr verkürzt werden, so daß einige Feiertage nicht mehr arbeitsfreie Tage sein werden. Nach der Neuregelung sind gesetzliche Feiertage der 1. Januar, Karfreitag, Ostermontag, 1. Mai, Pfingstsonntag, Pfingstmontag, 7. Oktober und 24. und 25. Dezember. Die bisherigen **arbeitsfreien** Feiertage; Tag der Befreiung, Ostermontag, Himmelfahrt, Fronleichnam, Reformationstag und Bußtag bleiben als Feiertage bestehen. Jedoch sind sie nicht mehr Tage der Arbeitsruhe. Werktätige, die an diesen Tagen während der Arbeitszeit an religiösen Veranstaltungen teilnehmen wollen, können dafür unbezahlte Freizeit in Anspruch nehmen. Die Religionsausübung ist nach wie vor gewährleistet. Diese Regelung trägt den volkswirtschaftlichen Erfordernissen und Wünschen der Bevölkerung Rechnung.

Noch für dieses Urlaubsjahr wird eine weitere soziale Maßnahme wirksam: Die Erhöhung des **Mindesturlaubs** von 12 auf 15 Werkstage. Das bedeutet für etwa 1,5 Millionen Werktätige mehr Urlaub. Die Verlängerung des Urlaubs bringt jährlich mehr als 4 Millionen zusätzliche Urlaubstage für die Werktätigen. Sie bedeutet andererseits, daß etwa 35 Millionen Arbeitsstunden in den Arbeitszeitbilanzen der Betriebe durch Rationalisierungsmaßnahmen abgedeckt werden müssen.

Wesentliche soziale Verbesserungen werden für die Rentner wirksam. Bekanntlich gehört die DDR zu den Ländern mit der ungünstigsten Altersstruktur. Von 100 arbeitsfähigen Einwohnern sind in der

		bis		
		1950	1965	1973
DDR	Rentner	21,6	31,9	37,6
West-deutschl.	Rentner	—	17,5	22,4

(1976)

Auf nur **drei** arbeitsfähige Einwohner kommt in der DDR ein Rentner. Die

Erhöhung der Mindestrenten von monatlich 129,— auf 150,— Mark erscheint zwar für den einzelnen nicht allzu hoch, aber sie ist ein großer Posten in der Verteilung des National-einkommens. Ohne diese Erhöhung gibt unser Staat jährlich etwa 7,5 Milliarden für Rentenzahlungen aus. Davon werden nur etwa 70 Prozent durch Einnahmen der Sozialversicherung gedeckt. 1966 wurden 3,3 Milliarden aus dem Staatshaushalt zugezahlt. Bei der Beurteilung der Rentenerhöhung muß man diese Faktoren berücksichtigen. Auch die Rentenberechnung soll neu geregelt werden. Nicht der Verdienst des gesamten Arbeitslebens soll Grundlage für die Rentenberechnung sein, sondern der der letzten 20 Jahre. Damit soll der Nachteil, daß sich niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit während der Zeit des Kapitalismus noch heute auf die Renten auswirken, beseitigt werden.

Auch an die zusätzlichen Belastungen der Frauen ist gedacht. Für die Geburt und Erziehung der Kinder werden ihnen zusätzliche Arbeitsjahre zur Rentenberechnung gutgeschrieben. Umfangreiche Maßnahmen sind zur Verbesserung der Lebenslage kinderreicher Familien getroffen worden. Auch sie drücken den wahrhaft humanistischen Charakter unserer sozialistischen Gesellschaft aus. Für die Marxisten ist die Förderung und Festigung der Familie selbstverständlich, denn sie hat gleichzeitig große Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Bekanntlich gibt es kein Bildungsprivileg in der DDR. Die Kinder aus großen Familien können an den allgemeinbildenden oder erweiterten polytechnischen Oberschulen sowie an Fach- und Hochschulen das notwendige Wissen erwerben, ohne daß sie dafür Schulgeld entrichten müssen. Auch sie erhalten Stipendien. Der Staat hat zur Förderung der Familien hohe Aufwendungen gemacht. Trotzdem ist das Einkommen kinderreicher Familien in den letzten Jahren langsamer gewachsen als das von Familien mit weniger Kindern. Deshalb wurde das Kindergeld ab 1. Juli erhöht. Für das 4. Kind von monatlich 40,— auf 60,— und für das 5. und jedes weitere Kind von monatlich 45,— auf 70,— Mark.

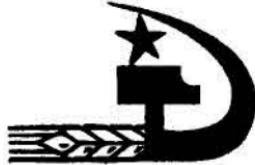
Bei der Wohnraumverteilung sind die örtlichen Organe angewiesen, kin-

derreiche Familien stärker zu unterstützen. Sie sollen vorrangig solche Wohnungen erhalten, die der Kinderzahl angepaßt sind. Finanzielle Erwagungen dürfen diesen Grundsatz nicht gefährden. Deswegen sind die örtlichen Organe angewiesen, kinderreichen Familien mit niedrigem Familieneinkommen Mietzuschüsse und weitere Zuwendungen zu gewähren. Außerdem können kinderreiche Familien langfristige Teilzahlungskredite in Anspruch nehmen, damit sie sich Industriewaren anschaffen können, die ihnen die Hausarbeit erleichtern und ihre allgemeinen Lebensbedingungen verbessern. Wie notwendig und richtig diese Maßnahmen waren, zeigt sich darin, daß schon sehr viele kinderreiche Familien die neuen Teilzahlungsmöglich-

keiten nutzten. Noch eine Maßnahme soll erwähnt werden. Werktägige mit mehreren Kindern, die über 6 Wochen krank sind, werden ein höheres Krankengeld erhalten. All diese Maßnahmen zeigen anschaulich, wie sich Partei und Staat um die Familien sorgen, sie fördern und unterstützen.

Alle diese beschlossenen und zum größten Teil schon wirksam gewordenen Maßnahmen bestätigen: Dort, wo die Arbeiterklasse an der Macht ist, wird produziert, um das Leben der Werktägigen zu verbessern. Im sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem gewährleisten gute Ergebnisse gemeinsamen Schaffens stetigen wirtschaftlichen Fortschritt, soziale Sicherheit, wachsenden Wohlstand für die Gesellschaft und jeden einzelnen.

50 Jahre Oktoberrevolution



Thesen des Zentralkomitees der KPdSU (Kurzfassung)

Die Oktoberrevolution „hat die Epoche der allgemeinen revolutionären Erneuerung der Welt, die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eingeleitet“, heißt es in den Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland, der in diesem Jahr festlich begangen wird. Die Thesen wurden von dem Plenum des ZK der KPdSU am 21. Juni 1967 gebilligt.

I. Der heroische Weg des Kampfes und des Aufbaus — ein Ergebnis weltgeschichtlicher Bedeutung

Als Ergebnis des Sieges der sozialistischen Revolution wurde am 7. November 1917 in Rußland die Diktatur des Proletariats errichtet, „wurde die erste und wichtigste politische Voraussetzung für die Umgestaltung der Wirtschaft und Kultur, für das Erreichen des großen Ziels der Arbeiterklasse — des Sozialismus und des Kommunismus — geschaffen“.

„Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist ein gesetzmäßiger Prozeß, das notwendige Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung. Anfang des 20. Jahrhunderts waren in Rußland die objektiven Bedingungen sowie die subjektiven Voraussetzungen für eine siegreiche sozialistische Revolution

entstanden. Rußland wurde zum Zentrum der revolutionären Weltbewegung“, heißt es in den Thesen.

Die Partei der Bolschewiki, eine Partei neuen Typs, „hat erstmalig den wissenschaftlichen Sozialismus mit der Massenbewegung der Arbeiter vereint und war alseitig vorbereitet, um das Proletariat zur Eroberung der Macht zu führen“. Unter den neuen historischen Bedingungen der Epoche des Imperialismus hat Wladimir Lenin „die Theorie des Marxismus schöpferisch weiterentwickelt und sie auf eine neue Stufe gehoben. Die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution war ein sehr bedeutsamer Beitrag zum wissenschaftlichen Kommunismus“.

Die Oktoberrevolution, ihrem Inhalt nach proletarisch, war gleichzeitig **zuerst eine Volksrevolution**, der wesentlichste, der wichtigste Ausdruck des Volkscharakters der Oktoberrevolution waren das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, der gemeinsame Kampf und die brüderliche Zusammenarbeit der Werktägten aller Nationen gegen die Unterdrücker.“

„Die sozialistische Revolution ist keine Verschwörung, kein Umsturz von oben, der von einer Gruppe ‚aktiver Revolutionäre‘ vollzogen wird, sondern **eine Bewegung und ein Kampf von Millionen mit der Arbeiterklasse an der Spitze, die von der marxistisch-leninistischen Partei geführt werden**“, heißt es in den Thesen.

„Die weltgeschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution besteht darin, daß sie Wege gewiesen, Formen und Methoden der revolutionären Umgestaltung gefunden hat, die internationales Charakter erlangten. Die Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sind eine unerschöpfliche Schatzkammer der Theorie und Praxis des revolutionären Kampfes, ein mustergültiges Beispiel der wissenschaftlichen Strategie und Taktik.“

Nach der Vertreibung der Interventen und der Beendigung des Bürgerkrieges „ergab sich die Möglichkeit, die Anstrengungen der Partei und des Volkes auf die Lösung der Hauptaufgabe der Revolution, auf den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, zu

konzentrieren“. Mit dem friedlichen Aufbau in Rußland mußte „auf einem so tiefen Niveau“ begonnen werden, „auf dem die Produktion der Großindustrie nur den siebenten Teil des Vorkriegsstandes und die Stahlproduktion weniger als fünf Prozent betragen. Die Produktion der Landwirtschaft war auf knapp die Hälfte gesunken“, heißt es in den Thesen.

„Große Bedeutung hatte die ideologische und politische Zerschlagung des Trotzkismus, der Mißtrauen in die Kräfte der Arbeiterklasse der UdSSR säte, indem er behauptete, daß ohne den vorhergehenden Sieg der proletarischen Revolution im Westen ein Sieg des Sozialismus in unserem Lande unmöglich sei. Die Trotzkisten versuchten, die Partei und das Volk der Perspektiven des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR zu berauben; sie leugneten seine Bedeutung für die revolutionäre Weltbewegung.“

Getarnt mit ‚linken‘ ultrarevolutionären Phrasen, waren die Trotzkisten bestrebt, einen abenteuerlichen Kurs durchzusetzen, der den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande zum Scheitern verurteilte und auf das künstliche ‚Anheizen‘ der Revolutionen in anderen Ländern gerichtet war. Sie forderten den Übergang zu antidemokratischen, militarisierten Methoden der Führung der Massen im Lande, lehnten das Leninsche Prinzip des demokratischen Zentralismus ab und bestanden auf der ‚Freiheit‘ des Fraktionskampfes in der Partei, wobei sie in den Antisowjetismus abglitten.“

Hauptaufgabe: sozialistische Industrialisierung

Die Hauptaufgabe beim Aufbau des Sozialismus war die sozialistische Industrialisierung. Ausgehend von der Leninschen Idee der Möglichkeit, den Sozialismus in unserem Lande aufzubauen, gab der XIV. Parteitag die Weisung, ‚Kurs auf die Industrialisierung des Landes und auf die Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln zu nehmen ...‘ (Die KPdSU in Resolutionen, Teil II, Seite 197, russ.) Die sozialistische Industrialisierung erfolgte unter den Bedingungen der kapitalistischen Einkreisung und der ständigen Gefahr eines Überfalls seitens der aggressiven Kräfte des Imperialismus. Das machte es notwendig,

äußerst kurze Termine für die Umgestaltung festzulegen und erforderte eine große Anspannung aller Kräfte und Mittel. Die Industrialisierung in der UdSSR erfolgte ohne Hilfe von außen, durch innere Akkumulationen und bei strengster Sparsamkeit.“

„Das Land sah sich vor die Wahl gestellt, entweder den Lebensstandard bewußt einzuschränken, unter heldenhaften Anstrengungen in kürzester Zeit eine mächtige Wirtschaft aufzubauen und die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu stärken oder von den vereinigten Kräften der Reaktion erdrückt zu werden“, heißt es in den Thesen.

„Die Umgestaltung der Landwirtschaft nach sozialistischen Prinzipien war die komplizierteste und schwierigste Aufgabe nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat.“ Auf Grund des Leninschen Genossenschaftsplans „bedurfte es jahrelanger angespannter organisatorischer und erzieherischer Arbeit der Partei, um diese welthistorische Aufgabe zu lösen“.

„Für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus war die Kulturrevolution notwendig. Die Partei ließ sich dabei von den Leninschen Hinweisen leiten, daß die sozialistische Kultur nur geschaffen werden kann, wenn das geistige Erbe der Vergangenheit und alle Schätze der Weltkultur erschlossen und kritisch verarbeitet, wenn die reaktionäre Ideologie der Ausbeuterklassen, die Überreste und Vorurteile der Vergangenheit entschieden überwunden und die Ideen des wissenschaft-

lichen Kommunismus tief im Bewußtsein der Werktätigen verankert werden.“

„Der Sozialismus sichert allen Völkern der UdSSR eine tatsächliche Gleichheit in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht.“

Den Völkern, die auf einer tieferen wirtschaftlichen Entwicklungsstufe standen, wurde größte Wirtschaftshilfe geleistet. Es wurden große Investitionen für die beschleunigte Entwicklung der Industrie, Landwirtschaft und Kultur zur Verfügung gestellt. Wichtige Meilensteine bei der Lösung der Nationalitätenfragen waren die Wiedervereinigung des ukrainischen, des belorussischen und des moldauischen Volkes, die Wiedererrichtung der Sowjetmacht in den Ostseerepubliken und ihre Eingliederung in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, heißt es in den Thesen.

Der Kampf gegen die faschistische Aggression

Die UdSSR entwickelte sich in einer komplizierten internationalen Situation. Die Gefahr einer imperialistischen Aggression „verstärkte sich besonders, als der Faschismus in Deutschland die Macht ergriff“. Die Sowjetregierung stärkte die Verteidigungsfähigkeit des Landes und bemühte sich um die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa. Die westlichen Politiker — die „Münchener“ — waren aber bestrebt, „die faschistische Aggression gegen die UdSSR zu lenken und mit Hitler zu paktieren“.

„In dieser schwierigen Situation schloß die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt mit Deutschland, der die Pläne der Imperialisten durchkreuzte und es ermöglichte, Zeit für die Festigung der Verteidigungskraft des Landes zu gewinnen. Es erwies sich jedoch als unmöglich, unter den damaligen Bedingungen den Krieg zu verhindern. Unter Duldung der herrschenden Kreise des Westens entfesselte Hitlerdeutschland den zweiten Weltkrieg. Nachdem es viele europäische Staaten besetzt hatte, wandte es sich gegen die UdSSR.“

„Das ganze Sowjetvolk hatte sich zur Verteidigung der Heimat erhoben. Das Land verwandelte sich in ein gewal-

tiges Kriegslager, das erfaßt war von dem einen leidenschaftlichen Bestreben, den Feind zu zerschlagen, ihn vom sowjetischen Boden zu verjagen und den Faschismus zu vernichten. Die Lösung der Partei „Alles für die Front, alles für den Sieg“ wurde zum unverbrüchlichen Lebensgesetz des Sowjetvolkes. Die Partei ergriff energische Maßnahmen, um die Zerschlagung des Feindes zu organisieren, um die Anstrengungen von Front und Hinterland zu vereinigen. Unter dem Vorsitz von J. W. Stalin wurde das Staatliche Verteidigungskomitee gebildet. In den Republiken, Regionen und Gebieten leisteten die Organisationen der Partei, des Staates, der Gewerkschaften und des Komsomol bei der Mobilisierung aller Kräfte und Mittel für die Verteidigung eine gewaltige Arbeit.“

„Der Sieg über die deutschen faschistischen Eroberer wurde in gemeinsamen Anstrengungen vieler Völker errungen. Während des Krieges entstand die mächtige Antihitlerkoalition.“

„Schwere Schläge versetzten dem Feind die Armeen der westlichen Verbündeten, tapfer kämpften die verbündeten Truppen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens. Das Sowjetvolk und seine heldenhafte Armee

trugen jedoch die Hauptlast des Krieges und spielten die entscheidende Rolle beim Sieg über Hitlerdeutschland.“

„Der Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg hatte weltgeschichtliche Bedeutung. Es entstanden günstige Bedingungen für die Entwicklung und den Sieg der sozialistischen Revolutionen in den Ländern Europas und Asiens und für die Bildung des sozialistischen Weltsystems. Breit entfaltete sich der nationale Befreiungskampf der Völker. Die internationalen Kräfte des Sozialismus und der Demokratie erstarkten, während die Positionen des Imperialismus und der Reaktion schwächer wurden.“

„Die Entwicklungsbedingungen der Sowjetgesellschaft in der Nachkriegszeit stellten der Kommunistischen Partei schwierige und verantwortungsvolle Aufgaben. Das Leben bestätigte die Richtigkeit des politischen Kurses der Partei und ihre Fähigkeit, die Erfahrungen der Massen theoretisch zu verallgemeinern, richtige politische Lösungen aufzustellen und Fehler aufzudecken und zu korrigieren. Die Partei nahm Kurs auf die weitere Ent-

wicklung der sozialistischen Demokratie und verurteilte auf dem XX. Parteitag entschieden den Personenkult um Stalin, der unserer Gesellschaft schadete und sich in einer dem Geiste des Marxismus-Leninismus fremden Übersteigerung der Rolle eines Menschen, im Abweichen von dem Leninischen Prinzip der Kollektivität der Leitung, in unbegründeten Repressionen und anderen Verstößen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit äußerte.“

„Obwohl diese Entstellungen sehr ernst waren, haben sie den Charakter der sozialistischen Gesellschaft nicht verändert und die Grundpfeiler des Sozialismus nicht erschüttert. Die Partei und das Volk glaubten fest an die Sache des Kommunismus, arbeiteten voller Elan und verwirklichten die Leninschen Ideale, wobei sie Schwierigkeiten, zeitweilige Mißerfolge und Irrtümer überwandten.“

Die Partei ergriff Maßnahmen, um die Folgen des Personenkults in allen Bereichen der Arbeit von Partei und Staat sowie in der Ideologie zu überwinden und um die Leninschen Normen des Parteilebens einzuhalten.“

II. Der Aufbau des Kommunismus — Fortsetzung und Entwicklung des großen Werkes der Oktoberrevolution

Auf dem XXII. Parteitag nahm die Partei ihr neues Programm an, in dem die wichtigsten Richtungen beim kommunistischen Aufbau in der UdSSR festgelegt sind: die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, die Herausbildung kommunistischer gesellschaftlicher Verhältnisse, die Erziehung eines neuen Menschen. In den Beschlüssen des XXIII. Parteitages, des Oktoberplenums (1964) und der nachfolgenden Plenartagungen des ZK wurden diese Aufgaben allseitig begründet und unter Berücksichtigung der derzeitigen Entwicklungsbedingungen der sowjetischen Gesellschaft, der bestehenden realen Möglichkeiten, der materiellen und finanziellen Ressourcen, der Arbeitskräftereserven und der internationalen Lage konkretisiert.“

„Obwohl die Sowjetunion rund 20 Jahre für die Abwehr der Aggression und den Wiederaufbau der Volkswirtschaft benötigte, ist sie ein Land mit hochentwickeltem Maschinenbau

und einer starken Energiewirtschaft, mit moderner Hütten- und brennstoffchemischer und elektronischer Industrie geworden.“

„Die Erfolge der Industrie ermöglichen es, die technische Ausstattung der Kolchose und Sowchose ständig zu verbessern und die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln.“ Die gesamten Energiekapazitäten der Landwirtschaft waren im Jahre 1966 zehnmal so groß wie vor der Revolution, wird in den Thesen festgestellt.

„Die Sowjetunion erreichte einen ununterbrochenen krisenlosen Aufschwung der Wirtschaft, ein hohes Entwicklungstempo von Wissenschaft und Technik, die Vollbeschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung und die Erhöhung des Volkswohlstandes. Die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft erlaubt es, die Wirtschaft im gesamtstaatlichen Maßstab wirkungsvoll zu leiten, optimale Proportionen herzustellen, die Produktivkräfte rational zu verteilen, materielle Arbeits-

und Finanzreserven einzusparen. Die sozialistische Planung umfaßt sämtliche Glieder der gesellschaftlichen Produktion. Sie ist mit der operativen, ökonomischen Selbsttätigkeit der Betriebe verbunden und stützt sich auf die schöpferische Initiative der Werk-tätigen. Theorie und Praxis der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft in der UdSSR sind ein großer Beitrag zur historischen Erfahrung der Völker zum kommunistischen Aufbau.“

Zur Wirtschaftsreform heißt es in den Thesen:

„Die Wirtschaftsreform, die ihrem Wesen nach konsequent sozialistisch ist und die Notwendigkeit ausdrückt, die ökonomischen Verhältnisse des Sozialismus mit dem Stand und dem Charakter der Entwicklung der Produktivkräfte in Einklang zu bringen, bedeutet eine neue Einstellung zur Leitung der Wirtschaft. Ihr Wesen besteht darin, die Rolle der ökonomischen Leitungsmethoden zu verstärken, die staatliche Planung zu vervollkommen, die wirtschaftliche Selbstständigkeit und die Initiative der Betriebe zu erweitern und die wirtschaftliche Rechnungsführung überall durchzusetzen und zu vervollkommen.“

„Das Wachstum der sozialistischen Produktion schuf die feste Grundlage

für die Hebung des materiellen Wohlstands und der Kultur des Sowjetvolkes.

Das Realeinkommen der Arbeiter in der Industrie und im Bauwesen war im Jahre 1966 gegenüber dem Jahre 1913 auf das 6,6fache gestiegen, das Real-einkommen der Bauern, auf einen Arbeitenden gerechnet, auf das 8,5fache.“

„In der Sowjetgesellschaft, wo der Grundsatz „Jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seiner Leistung“ herrscht, wird die Arbeit zur einzigen Quelle und zum einzigen Maßstab des Wohlstands, zum Hauptkriterium der gesellschaftlichen Stellung jedes Menschen. Im Sozialismus bestehen die sozialökonomischen Unterschiede im Charakter der Arbeit weiter. Darum wird die materielle Entlohnung jedes Werktätigen durch die Qualität und Quantität seiner Leistung zum Wohle der Gesellschaft bestimmt.“

„Der Sowjetstaat hat die Arbeitswoche bei gleichbleibendem bzw. erhöhtem Lohn verkürzt. Die Arbeitswoche beträgt bei den meisten Industriearbeitern 41 Stunden, d. h. 18 Stunden weniger als im Jahre 1913. Zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution wird der Übergang zur 5-Tage-Woche mit zwei arbeitsfreien Tagen im wesentlichen abgeschlossen werden.“

Die soziale Struktur der Sowjetgesellschaft und die Entwicklung der sozialistischen Demokratie

„Die soziale Struktur der Sowjetgesellschaft ist gekennzeichnet durch das Vorhandensein befreundeter Klassen und Gruppen der Werktätigen, durch die Einheit ihrer ökonomischen, gesellschaftspolitischen und weltanschaulichen Interessen sowie durch die gemeinsame Interessiertheit am Aufbau des Kommunismus.“

„Auf der Grundlage der raschen Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen, der Hebung des Lebensstandards und des kulturellen Niveaus der ganzen Bevölkerung verläuft der Prozeß des allmählichen Verwischens der sozialen Unterschiede. Der kommunistische Aufbau hebt die Zusammenarbeit der Klassen und der sozialen Gruppen unserer Gesellschaft auf eine neue Stufe. Geschlossen schaffen sie die materielle Grundlage des Kom-

munismus, vervollkommen die gesellschaftlichen Beziehungen und festigen die politisch-moralische und ideologische Einheit des Volkes.“

„In der Periode des kommunistischen Aufbaus kommt es zur Vervollkommnung und weiteren Entwicklung der sozialistischen Staatlichkeit und Demokratie.

Im Prozeß des kommunistischen Aufbaus wächst die Rolle des sozialistischen Staates, besonders seiner wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Funktionen, immer mehr.

Diese Aufgaben können nicht ohne Hinzuziehung der werktätigen Massen an der Leitung der Angelegenheiten der Gesellschaft gelöst werden. Die Volksmacht in unserem Lande findet ihren Ausdruck vor allem in den So-

wjets — den Organen der Volksvertretung, die Züge der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen in sich vereinigen. Die Stärke des sozialistischen Sowjetstaates besteht in der Breite seiner sozialen Basis. Der Staat der Diktatur des Proletariats wird mit dem Sieg des Sozialismus zur politischen Organisation des ganzen Volkes bei führender Rolle der Arbeiterklasse.

Der Volksstaat ist die weitere Entwicklung der sozialistischen Staatlichkeit zur gesellschaftlichen kommunistischen Selbstverwaltung. Er setzt die Sache der Diktatur des Proletariats — den Aufbau des Kommunismus — fort und führt gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten den Klassenkampf gegen den Imperialismus in der Welt. Der Weg zur gesellschaftlichen Selbstverwaltung führt über die weitere Entwicklung und Ver-

vollkommenung des sozialistischen Staates und der sozialistischen Demokratie. Das zeigt sich konkret in der größeren Rolle der Sowjets und der Deputierten der Werktägigen, in der Verstärkung der gesellschaftlichen Grundlagen in ihrer Tätigkeit, in der wachsenden Rolle der Betriebsbelegschaften und der gesellschaftlichen Organisationen bei der Lösung von Fragen des betrieblichen, sozialen und geistigen Lebens.“

Zum Unterschied von der bürgerlichen Demokratie „sichert die sozialistische Demokratie, die auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums entstanden ist, den Werktägigen soziale und politische Rechte und Freiheit der Persönlichkeit und bietet große Möglichkeiten für die Teilnahme der Werktägigen an der Verwaltung der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten“.

KPdSU — führende und lenkende Kraft der Sowjetgesellschaft

Die KPdSU ist ein lebendiger politischer Organismus, der sich ständig in einer untrennbar verbindlichen mit dem Prozeß des Aufbaus einer neuen Gesellschaft entwickelt. Eine unbedingte Voraussetzung für seine Tätigkeit als eine politische Organisation ist das Prinzip des demokratischen Zentralismus. In den 50 Jahren der Sowjetmacht hat sich die Partei zu einer gewaltigen Kraft entwickelt, in ihren Reihen sind über 12,8 Millionen Kommunisten, die fortschrittlichsten Vertreter der Arbeiterklasse und aller Werktägigen, vereint. Die Sorge um die Reinheit der Partei, darum, daß jeder Kommunist mit Würde den hohen Namen des Mitglieds der KPdSU trägt und rechtfertigt, ist ein Gesetz des Lebens der Partei, aller ihrer Organisationen. Die Arbeiterklasse nimmt in der Partei die führende Stellung ein, und das wird auch in Zukunft so bleiben.“

„In der ideologischen Arbeit geht die Partei von dem Leninschen Hinweis aus, daß es ohne die bewußte Arbeit und gesellschaftliche Tätigkeit keine kommunistische Erziehung gibt und geben kann.“ „Bei der Formung der

ideologisch-moralischen Eigenschaften des Sowjetmenschen spielt das Arbeitskollektiv als wichtigstes Glied des ökonomischen, sozialen und geistigen Lebens der sozialistischen Gesellschaft eine gewaltige Rolle.“

„Der Kampf gegen den Einfluß fremder Sitten und Traditionen, die Überwindung negativer Erscheinungen im Bewußtsein und im Verhalten der Menschen ist eine wichtige Aufgabe der kommunistischen Erziehung.“

Im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, gegen den Antikommunismus gibt es keine Neutralität und kann es sie nicht geben. Das ist der Klassenkampf, der Kampf um den Menschen, für den Triumph von Freiheit und Fortschritt der Menschheit.“

„Der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus ist ein naturgemäß historischer Prozeß. In unserer Vorwärtsbewegung können wir nur dem Kommunismus entgegenschreiten. Versuche, die notwendigen Etappen künstlich zu bremsen oder zu überspringen, geraten in Konflikt mit den objektiven Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung.“

III. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der weltweite revolutionäre Prozeß

Die Hauptsrichtung der Entwicklung der Menschheit „bestimmt heute das sozialistische Weltsystem, bestim-

men die Kräfte, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen“.

„Die historischen Erfahrungen der 50 Jahre seit der Oktoberrevolution bestätigen überzeugend die Schlußfolgerung der revolutionären Theorie, daß der Kapitalismus zum Untergang verurteilt ist.“

„Die Tatsache, daß eine Reihe von Ländern nach dem zweiten Weltkrieg und in den folgenden Jahren den Weg des Sozialismus eingeschlagen haben, ist eine anschauliche Bestätigung der Idee des Marxismus-Leninismus, daß der Sieg der neuen Gesellschaftsordnung unvermeidlich ist. Der Aufbau des Sozialismus in diesen Ländern erfolgt unter günstigeren Bedingungen; sie konnten sich von Anfang an auf die sozialistische Völkergemeinschaft, auf die Sowjetunion stützen. Getreu ihrer internationalen Pflicht, leistet die Heimat des Oktobers den Völkern der sozialistischen Bruderstaaten wie bisher große Unterstützung.“

„Die Bildung des sozialistischen Weltsystems ist das bedeutsamste historische Ereignis seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, wird in den Thesen betont.

„Die Siege und Errungenschaften des Sozialismus sind untrennbar mit der Herausbildung und Entwicklung eines neuen, sozialistischen Typs internationaler Beziehungen verknüpft, der auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und nationalen Souveränität, der allseitigen Zusammenarbeit zum allseitigen Nutzen und der gegenseitigen brüderlichen Hilfe der sozialistischen Staaten beruht.“

„Das Entstehen eines neuen Typs internationaler Beziehungen ist ein komplizierter und vielseitiger Prozeß, der mit der Überwindung des schweren Erbes zusammenhängt, das die jahrhundertelange Herrschaft der Ausbeuterklassen hinterlassen hat: der nationalen Abgeschlossenheit, Uneinigkeit und des Mißtrauens. Die von der Vergangenheit ererbten Unterschiede im Niveau der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung, der Klassenstruktur, der historisch-kulturellen Traditionen erzeugen objektive Schwierigkeiten bei der Lösung so wesentlicher Aufgaben wie der Ausbau einer mehrseitigen Zusammen-

arbeit und der Organisierung eines Systems der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“, heißt es in den Thesen.

„Treue zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus ist die Gewähr für die erfolgreiche Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, für seinen wachsenden Einfluß auf den Verlauf der internationalen Ereignisse. Dagegen ziehen das Abweichen vom Marxismus-Leninismus, vom proletarischen Internationalismus schwerwiegende Folgen für den Sozialismus, für die wahren nationalen Interessen der Völker nach sich. Gerade davon zeugt die in China entstandene Lage.“

„Ende der 50er Jahre legte die Führung der KP Chinas einen besonderen Kurs in der Außen- und Innenpolitik fest, der ein Abrücken vom Marxismus-Leninismus bedeutete und zutiefst den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft widerspricht. Die Gruppe Mao Tse-tungs begann eine Linie zu verfolgen, in der kleinbürgerliches Abenteuerertum und Großmachtchauvinismus verschmolzen, und beschritt „bemäntelt mit ‚linken‘ Phrasen, offen den Weg der Untergrubung der Einheit der sozialistischen Gemeinschaft, der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung.“

Der abenteuerliche Kurs der Gruppe Mao Tse-tungs führte zu einer erheblichen Schwächung der Positionen der Kommunistischen Partei, der Arbeiterklasse Chinas, zum Wüten kleinbürgerlicher, anarchistischer Kräfte. Es entstand eine ernste Gefahr für die sozialistischen Errungenschaften in China.

Die Sowjetmenschen sahen im großen chinesischen Volk immer einen Freund und Verbündeten im Kampf für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft. Den Interessen des Weltsozialismus und vor allem Chinas selbst würde es entsprechen, wenn die KP Chinas mit der gegenwärtigen verderblichen Politik brechen und die Beziehungen der Volksrepublik China mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern festigen würde.“

Neue Situation im Kampf der internationalen Arbeiterklasse für ihre Nah- und Fernziele

Der vom Oktober begonnene Prozeß der revolutionären Umgestaltung der Welt schuf eine neue Situation im Kampf der internationalen Arbeiterklasse für ihre Nah- und Fernziele. Organisiertheit und internationale Beziehungen ihrer verschiedenen Formationen sind gewachsen. Der Sieg der Oktoberrevolution stellte die Arbeiterklasse in den Mittelpunkt der gegenwärtigen Epoche.

Die Festigung der Kräfte des Sozialismus übt einen immer größeren Einfluß auf das Verhältnis der Klassenkräfte in der bürgerlichen Welt aus.

Im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft entstanden die objektiven materiellen Voraussetzungen für die sozialistische Revolution. Unter dem Einfluß der wachsenden Klassengegensätze bilden sich in zunehmendem Maße auch die subjektiven Voraussetzungen für einen revolutionären Übergang zum Sozialismus heraus. Die raffinierte Taktik der Bourgeoisie und die ihr abgerungenen Zugeständnisse verhinderten nicht, den Prozeß der Revolutionierung der Volksmassen aufzuhalten.“

„Die wichtigsten Errungenschaften haben die Werktagen des Westens unter dem unmittelbaren Einfluß der Oktoberrevolution, der Erfolge des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus erzielt.“ In den Thesen wird darauf verwiesen, daß unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus „der ökonomische Kampf der Werktagen objektiv politischen Charakter annimmt.“

„Die Veränderungen im Stärkeverhältnis der Klassenkräfte in den verschiedenen Ländern und in der Welt, die sich in dem halben Jahrhundert nach der Oktoberrevolution ergeben haben, erweiterten die Möglichkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und bereicherten die Mittel der sozialistischen Revolution.“

„Aktuelle Bedeutung hat die vom XX., XXI., XXII. und XXIII. Partei-

tag der KPD SU und den Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 entwickelte marxistisch-leninistische These, wonach beim Übergang zum Sozialismus verschiedene — friedliche und nichtfriedliche — Formen des Kampfes angewandt werden können — je nach dem konkreten Stärkeverhältnis der Klassenkräfte in einem gegebenen Lande, je nach der Organisiertheit und politischen Reife der Arbeiterklasse, nach der Autorität und den Fähigkeiten ihrer Vorhut, je nach dem Widerstand der herrschenden Klassen und nach der internationalen Situation“, heißt es in dem Dokument.

„Die Kommunisten drücken am konsequentesten die Interessen aller Ausgebeuteten und Unterdrückten aus, kämpfen selbstlos für die Lebensinteressen der Völker. Gerade deshalb erweitert der Vortrupp der internationalen Arbeiterklasse gegenwärtig seinen Einfluß im Grunde genommen auf immer breitere Schichten der werktätigen Bevölkerung, ist er einer der wichtigsten Faktoren bei der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus.“

Die Erfahrungen eines halben Jahrhunderts haben bewiesen, daß die Stärke der kommunistischen Bewegung in der Treue zum Marxismus-Leninismus liegt. Außerhalb der Wissenschaft vom Kommunismus gibt es keine kommunistische Bewegung und kann es sie nicht geben. Durch die Ausarbeitung ihrer Strategie und Taktik entwickelt und bereichert die kommunistische Vorhut der Arbeiterklasse der sozialistischen Staaten, der kapitalistischen und der sich befregenden Länder das Erbe des Oktober. Schöpferisches Ergebnis der gemeinsamen, kollektiven Arbeit der Marxisten-Leninisten ist die Generallinie, wie sie in der Deklaration und der Erklärung der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 formuliert worden ist.

Sicherung der Einheit —

das aktuellste Problem der internationalen kommunistischen Bewegung

Das aktuellste Problem der internationalen kommunistischen Bewegung ist die Sicherung ihrer Einheit auf der

Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Diese Einheit ist in der gegenwärtigen Etappe durch ge-

meinschaftliche Aktionen bei der Lösung gemeinsamer Aufgaben, durch bilaterale und multilaterale Begegnungen der Parteien, durch den kameradschaftlichen Meinungsaustausch und das gegenseitige Studium der Erfahrungen zu erreichen. Von großer Bedeutung für die Festigung der Einheit der Kommunisten in der Welt war die Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlovy Vary, die sich mit den Problemen des Friedens und der Sicherheit in Europa befaßte. Eine bewährte Form der kollektiven Beratung der wichtigsten Probleme und der Ausarbeitung eines einheitlichen Aktionsprogramms sind die internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien.“

„Die internationale Einheit der Kommunisten stähle und festigte sich im Kampf gegen den Imperialismus, gegen alle Spielarten des Opportunismus und Sektierertums, gegen den bürgerlichen Nationalismus. Die KPdSU

kämpfte immer und kämpft auch in Zukunft gegen rechte und linke Abweichungen, von deren Gefährlichkeit für die Revolution die gesamte Geschichte der kommunistischen Bewegung zeugt. Die Praxis zeigt, daß die Abweichungen von der marxistisch-leninistischen Linie dann besonders gefährlich werden, wenn sie mit Erscheinungsformen des Nationalismus, des Großmachtchauvinismus und des Vormachtstrebens verbunden werden.“

Die KPdSU verteidigt ständig und konsequent die Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Die Einheit der Kommunisten, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und der Werktätigen der ganzen Welt mit der Heimat der Oktoberrevolution waren eine wichtige Voraussetzung für die historischen Siege, die das Sowjetvolk in den Kämpfen und bei der Arbeit errungen hat.“

Die Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik

„Die Große Oktoberrevolution führte zu radikalen Veränderungen im gesamten System der internationalen Beziehungen, sie führte zu einer tiefen Krise der imperialistischen Außenpolitik, proklamierte die Prinzipien des Friedens und der internationalen Sicherheit, der Gleichheit, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus ist zum Kern der gesamten Weltpolitik geworden.“

„Das Kampfbündnis der sozialistischen Länder und aller antiimperialistischen Kräfte ist ein höchst wichtiger Faktor der internationalen Politik. Der Imperialismus hat aufgehört, in der Welt zu dominieren. Die Völker sind gegenwärtig mächtig genug, um mit aktiven koordinierten Aktionen zu verhindern, daß ein neuer Weltkrieg entsteht.“

Solange jedoch der Imperialismus existiert, bleibt auch die Gefahr von Eroberungskriegen bestehen. Das bezeugen der aggressive Krieg der USA in Vietnam, die vom Imperialismus vorbereitete Aggression Israels gegen die freiheitsliebenden arabischen Völ-

ker sowie die fortwährenden Provokationen gegen Kuba.“

„Die Außenpolitik der sozialistischen Länder spielt im Kampf für Frieden und gegen die imperialistische Aggression eine große Rolle. Diese Politik ist auf den Zusammenschluß aller antiimperialistischen friedliebenden Kräfte und auf den Kampf gegen die Kräfte der Reaktion und des Krieges gerichtet. Untrennbar mit ihr verbunden ist der Kurs auf die friedliche Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Dieser Kurs richtet sich gegen die Entfesselung eines neuen Weltkriegs durch die Imperialisten, gegen internationale Provokationen und den Export der Konterrevolution. Er zielt auf die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Verwirklichung des heiligen Rechts der Völker, selbständig die Entwicklungswege ihrer Länder zu bestimmen, auf die Entfaltung für alle Seiten vorteilhafter wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit und auf den Kulturaustausch zwischen allen Ländern.“

„Die Hauptaufgabe der sowjetischen Außenpolitik besteht in der Sicherung günstiger Bedingungen für den Aufbau

des Kommunismus. Die kommunistische Partei und der Sowjetstaat tun alles Notwendige für die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder, für die Unterstützung des Kampfes der Völker für nationale und soziale Befreiung, für die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den jungen unabhängigen Staaten, für die konsequente Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung, für den Schutz der Menschheit vor einem thermonuklearen Weltkrieg. Diese Ziele entsprechen

voll und ganz den Interessen der revolutionären und demokratischen Kräfte aller Völker.“

„Das Sowjetvolk und die Partei Lenins, die die von der großen Oktoberrevolution entzündete Fackel des Sozialismus über der Welt hochhalten, haben eine neue Epoche der Weltgeschichte eröffnet. Der Sozialismus, der im 19. Jahrhundert aus einem Traum zur Wissenschaft wurde, ist im 20. Jahrhundert mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zur sozial-politischen Praxis von Millionen Werktäglichen geworden.“

Die KPD stellt zur Diskussion

Gewerkschaftliche Kulturpolitik und der Klassenkampf

von ERWIN D. RUHRGEBIET

Die Vorschläge der KPD für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik heben u. a. die eigene Verantwortung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen für eine demokratische Entwicklung in der Kultur hervor. Sie hängt „vor allem von der zielbewußten Aktivität der Gewerkschaften ab, die in ihrem Grundsatzprogramm ihren Anspruch und Auftrag als unentbehrliche Kraft für eine demokratische Fortentwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet formuliert haben“. Deshalb haben die Gewerkschaften in ihrem Grundsatzprogramm auch ihre kulturpolitischen Grundsätze dargelegt, die sich aus der allgemeinen Zielsetzung ergeben, den Frieden zu sichern, demokratische Verhältnisse zu schaffen, eine Ordnung zu errichten, in der „jeder Mensch seine Gaben nützen, seine Persönlichkeit frei entwickeln und verantwortlich mitentscheiden kann.“¹⁾

Indes lehren die Erfahrungen der vergangenen Jahre, daß unter den Machtverhältnissen in der Bundesrepublik, unter der Herrschaft des Monopolkapitals in Wirtschaft und Politik, demokratische Reformen nur das Er-

gebnis zielklaren und energischen Kampfes sein können. Neben anderen Beispielen offenbart das besonders anschaulich der hartnäckige Widerstand der herrschenden Kreise gegen die jahrelangen Bemühungen der Gewerkschaften und anderer demokratischer Kräfte um eine „den geistigen, sozialen, technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen unserer Zeit“ entsprechende Reform des gesamten Bildungswesens.²⁾

Das ist ein Widerstand, der nicht einfach aus Uneinsichtigkeit der Herrschenden resultiert, sondern aus ihren Machtinteressen. Natürlich stehen auch sie unter dem Zwang der technischen Entwicklung und im Interesse ihres Profits vor der Notwendigkeit bestimmter Veränderungen im Bildungswesen, aber — so Springers „Welt“ — „die große Reform verbietet sich, weil die Folgen nicht zu übersehen sind ...“ Sie wollen unter gar keinen Umständen ihr Bildungsmonopol aufs Spiel setzen, das sie nicht zu Unrecht als einen Faktor ihres Machtmonopols ansehen.

Angesichts des Widerstandes, den die Herrschenden allen Forderungen der Gewerkschaften entgegensezten, die das Ziel haben, den vom Grundgesetz gewollten sozialen und demokratischen

¹⁾ Grundsatzprogramm des DGB.

²⁾ Ebenda.

Rechtsstaat zu verwirklichen, ist nur die Schlußfolgerung möglich, wie sie der Vorsitzende der IG Chemie, Papier, Keramik, Wilhelm Gefeller, formuliert hat:

„Eine absolute Überbrückung der Gegensätze gibt es in dieser Gesell-

schaftsordnung nicht, und eine Gewerkschaftspolitik unter der Voraussetzung dieser Annahme zu betreiben, ist falsch und sogar verhängnisvoll. Sie bringt uns in Widerspruch zu unserer Aufgabe und unserer Verantwortung.“³⁾

Die soziale Frage und die Kultur

Im Lichte dieser Erkenntnis nimmt sich ein Interview sehr sonderbar aus, daß der Leiter der Ruhrfestspiele, Karlheinz Hagini, dem „Rheinischen Merkur“ gab, abgedruckt in Nr. 23/67. Seine Äußerungen, die sowohl die Aufgabe der Ruhrfestspiele als auch die kulturelle Situation in der Bundesrepublik überhaupt betreffen, können nicht unwidersprochen bleiben.

Auf mögliche Folgen der Krise des Ruhrbergbaus für die Ruhrfestspiele hin angesprochen kann Hagini zunächst die erfreuliche Feststellung treffen, daß das Interesse an diesem von den Gewerkschaften maßgeblich getragenen Kulturereignis nicht nachgelassen hat, um dann zu erklären:

„Ich sehe in den Ruhrfestspielen und ihrem Bildungsauftrag außerdem ein geeignetes Instrument, um einer Radikalisierung der Arbeitnehmer vorzubeugen.“

Und an anderer Stelle:

„Einen klassenkämpferischen Spielplan — auch wenn es dafür Stücke gäbe — verneine ich auf jeden Fall, um es nicht zu einer Radikalisierung des Publikums kommen zu lassen. ... Die soziale Frage hat sich verlagert und ist heute kein Thema mehr für aktuelle Zeitstücke. Das soziale Drama gehört der Theaterhistorie an ...“

Wie kann Hagini derartiges äußern, wo sich buchstäblich vor der Haustür der Ruhrfestspiele ein soziales Drama unerhörten Ausmaßes abspielt — eben die Krise an der Ruhr mit ihren einschneidenden Folgen für das Schicksal Hunderttausender Menschen? Die

soziale Frage — wohin eigentlich hat sie sich verlagert? — soll kein Thema mehr sein für Kunst und Literatur? Sollen die arbeitenden Menschen von der Kunst nicht mehr erwarten dürfen, daß sie mit ihren spezifischen Mitteln dazu beiträgt, gesellschaftliche Wahrheit aufzudecken, die Tragweite realer Konflikte erkennbar zu machen, den Menschen zu helfen, sich ihrer Situation in dieser Gesellschaft und deren Veränderbarkeit bewußt zu werden?

Hagini hält offenbar nichts von einer konkret gesellschaftsbezogenen und bewußtseinsbildenden Kunst, denn, so sagt er, die Ruhrfestspiele sollten „kein proletarisches Klassenbewußtsein heranzüchten, sondern zur Demokratie erziehen“. Was mögen das für Ideen sein, die zur Demokratie erziehen, indem sie Klassenbewußtsein bei den Arbeitern zerstören? In den Gewerkschaften können sie gewiß nicht gefragt sein. Hier kann man sich auf eine These, die Klassenbewußtsein und Demokratie als unvereinbar gegenübergestellt, nicht einlassen. Hier weiß man aus Erfahrung, daß entwickeltes Klassenbewußtsein die Demokratie noch immer gestärkt hat. Woher kommt es sonst, daß in der Abwehr der antidemokratischen Notstandsgesetze die Erinnerung an eine der klassenbewußtesten Aktionen deutscher Arbeiter, an die Niederwerfung des Kapp-Putsches wieder lebendig wird? In bezug auf heute hat der Leiter einer der DGB-Schulen, Rudolf Herbig, in einem Aufsatz, der die Feststellung „Unmündigkeit gefährdet die Demokratie“ zur Überschrift hat, es als das Problem für die Gewerkschaften bezeichnet, wie den Arbeitern klarzumachen ist, „daß zur Besserung der Situation auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet ein ernsthafter politischer Machtwille gehört“⁴⁾

³⁾ Gefeller vor dem 6. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie, Papier, Keramik, Sept. 1963 in Wiesbaden.

⁴⁾ Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln, Nr. 4/66.

Für klare Positionen des kulturellen Wirkens

W^{eil} das auch das Problem der kulturellen Arbeit der Gewerkschaften ist, muß noch einmal Hagin zitiert werden. Er sagt:

„Der Gegensatz zwischen der bürgerlichen Kunst und einer eigenen proletarischen Arbeiterkultur gehört der Vergangenheit an. Ihn wiederzubeleben — etwa mit politischem Parteitheater — wäre anachronistisch, da sich die Kunst nach dem Kriege nicht mehr in den Bahnen der sozialen Bewegungen entwickelt hat. Ich sehe heute nur noch eine einheitliche Kultur, mit der sich die Arbeiterkultur völlig deckt.“

Kann diese Ansicht als Ausgangsposition für das kulturelle Wirken der Gewerkschaften akzeptiert werden? Haben wir es mit einer Kultur zu tun, die frei ist von jedem Klassengegensatz? Folgt man der Logik Hagins, dann muß man das schon deshalb bejahen, weil die Klassengegensätze überhaupt der Vergangenheit angehören. Hält man sich jedoch an die realistischen Feststellungen des DGB-Grundsatzprogramms, dann muß man zu entgegengesetzten Schlüssen kommen. Dort wird die Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse festgestellt, die Fortdauer sozialer Ungerechtigkeit, die Abhängigkeit von privater Wirtschaftsmacht, die Ungleichheit der Bildungschancen. Angesichts dieser Gesellschaft brauchen klassenbedingte Gegensätze in der

Zusammenarbeit der sozialen und humanistischen Kräfte

D^{ie} Zusammenarbeit mit diesen Kräften suchen, ihnen die Ideen und die geistigen Probleme der Arbeiterbewegung nahebringen, die organisierte Kraft der Gewerkschaften nutzen, um den Werken der progressiven Schriftsteller und Künstler im arbeitenden Volk mehr Resonanz zu verschaffen — darauf kommt es an, statt sich — wie Hagin als kulturpolitisch exponierter Gewerkschafter das tut — Illusionen über eine angeblich einheitliche Kultur in der Bundesrepublik hinzugeben und auf die Entfaltung eigener kultureller Potenzen zu verzichten.

Die Arbeiterklasse braucht nicht nur eine eigene Sozial- und Wirtschafts-

Kultur nicht wiederbelebt zu werden — sie sind vorhanden. Eine andere Frage ist, wie stark die Elemente der Kunst und Kultur, die die Interessen der arbeitenden Menschen widerspiegeln, herausgebildet sind. In der Tat nimmt sich in der Bundesrepublik die Kunst und Literatur, deren Ideengehalt fortschrittlich, die gesellschaftskritisch und sozial engagiert ist, noch recht bescheiden aus gegenüber der Übermacht bürgerlicher Kultur, die sowohl in seriöser Gestalt als auch als massenhaft verbreitete Trivialkultur wirksam ist.

Um so notwendiger ist es, daß die progressive Kunst und Literatur von der Gewerkschaftsbewegung „entdeckt“ und noch stärker gefördert wird, denn an ihrer Seite hat sie ihren natürlichen Platz, ihre Chance zu größerer gesellschaftlicher Wirksamkeit. Gemeint ist hier zunächst die Schar von Schriftstellern und Künstlern, die bewußt die Arbeitswelt, die Situation des Arbeiters und Angestellten in der modernen Produktion, die gesellschaftlich bedingten Probleme der einfachen Menschen, zum Gegenstand ihres Schaffens gemacht haben. Sie sind in der Gruppe 61 zu finden, aber nicht nur dort. Gemeint sind alle Schriftsteller und Künstler, deren Namen für die zeitgenössische humanistische Literatur und Kunst der Bundesrepublik stehen, die scharfe Kritiker der herrschenden Gesellschaft sind.

politik, sie braucht eine eigene, von ihren Interessen bestimmte Kulturpolitik, sie braucht Waffen der Kultur. Denn die dominierenden geistigen Tendenzen in der Kultur der Bundesrepublik, in der Volksbildung und den Massenmedien, in Literatur und Kunst, stehen den sozialen, demokratischen und friedlichen Zielen der Gewerkschaften diametral entgegen.

Hätte sonst die 7. Bundesjugendkonferenz des DGB Anlaß gehabt, wirksame gesetzliche Maßnahmen gegen die „ständig steigende Produktion kriegsverherrlicher, kriegsverharmloser und nazifreundlicher Schriften“ zu verlangen?

Wäre es sonst möglich, daß Umfragen unter Schülern und Untersuchungen von Sozialkundelehrbüchern erschreckende Tatsachen über antigewerkschaftliche Beeinflussung in den Schulen zu Tage förderten?

Welchen Grund gäbe es sonst für die Gewerkschaften, Überlegungen anzustellen, wie dem Geschäft mit der Freizeit des Arbeiters, der geistigen Nivellierung durch Trivialkultur, der Ablenkung durch Konsumterror, dem gesamten System der geistigen Manipulierung entgegenzuwirken ist?

Das Leben widerlegt die Illusion, in Fragen der Kultur gäbe es keine Klassengegensätze mehr. Das zeigt zum Beispiel die Auseinandersetzung um die gewerkschaftliche Forderung nach einem zweiwöchigen Bildungsurlaub, der sowohl der beruflichen wie auch der politischen Bildung der Arbeiter dienen soll. Die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ hat diese Forderung brusk abgelehnt. Ihr Präsident Balke verwies auf zahlreiche Einrichtungen, Kurse und Lehrgänge, die die Unternehmer geschaffen haben. Ein Bildungsurlaub sei ein „Eingriff in diese Bemühungen“, er würde „genau das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt sei.“⁵⁾

In der Tat, denn was die Unternehmer mit ihrer „Bildungsarbeit“ beabsichtigen, haben sie schon frühzeitig verdeutlicht. Der Deutsche Industrie- und Handelstag 1957 erklärte dazu:

„Die Unternehmer haben ein lebenswichtiges Interesse daran, zu verhindern, daß das Gedankengut, auf dem ihre eigene Existenz beruht, in Verruf gerät...“⁶⁾

Das heißt, Bildung wird gleichgesetzt mit Erziehung zur Unterwerfung unter das Kapital. Wo die Gefahr besteht, daß sich Bildung zur Förderung des Selbstbewußtseins der Arbeiter ausbreitet, wird ein Riegel vor-

geschoben, wie z. B. das Nein zum Bildungsurlaub.

Wohin also geht die Reise: zu einer einheitlichen Kultur, in der für alle Interessen Platz wäre — oder zur einseitigen, zur absolut herrschenden Kultur im Interesse des Großkapitals?

Dazu noch ein Beispiel, welches beweist, daß sich die Unternehmer keineswegs an das Märchen von der einheitlichen Kultur halten. Als Peter Weiss in der „Ermittlung“ die IG-Farben als Miterantwortliche für die Gaskammern von Auschwitz beim Namen nannte, fiel die ganze Unternehmerpresse über ihn her. „Der Volkswirt“ (8. 10. 1965) stellte schon in der Überschrift seiner Epistel fest: „Peter Weiss contra Großindustrie — die Ermittlung gegen den Kapitalismus“, und schrieb: „Peter Weiss ist jetzt Propagandist, ein Politikum erster Ordnung geworden, und unter diesem Aspekt müssen auch die Attacken des Autors gegen das Unternehmertum und die Großindustrie gesehen werden.“

Als Hochhuth und Walser in Stücken und Aufsätzen von der Fortdauer des Klassenkampfes sprachen, wurden sie als „Pinscher“ beschimpft. Als Wallraff in Reportagen Zustände in Großbetrieben und Notstandsvorbereitungen durch die Unternehmer aufdeckte, wurde er mit dem Staatsanwalt bedroht. Als das „junge forum“ der Ruhrfestspiele mit einem Lehrstück von Brecht vor jungen Arbeitern in Betrieben auftreten wollte, ließen die angesprochenen Unternehmer die Künstler unter den fadscheinigsten Vorwänden nicht in die Betriebe; einer sprach wohl für alle, als er offen sagte, daß ihm Brecht nicht passe.

Man kann hinsehen, wo man will — die Herren des Großkapitals fassen die Kultur sehr klassenbedingt auf, und sie ist es ja auch.

Wo Kultur- und Pressekonzerne wie Springer und Bertelsmann unheimliche Macht über das Denken, Fühlen

⁵⁾ Die Welt, 9. 11. 1966.

⁶⁾ Vorwärts, 20. 1. 1963.

und Handeln von Millionen ausüben, wo nur fünf Prozent Arbeiter- und Bauernkinder an den Universitäten studieren, wo Schule und Berufsausbildung den Arbeitern nur eine völlig ungenügende Bildung vermitteln und

sie damit im Zeitalter der technischen Revolution großer sozialer Unsicherheit ausliefern — dort haben Fragen der kulturellen Lage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen aufgehört, Gegenstand für geruhsame Betrachtungen in Mußestunden zu sein, dort ist der Kampf um kulturelle Reformen zur aktuellen Notwendigkeit, zum gleichrangigen Bestandteil des politischen und sozialen Kampfes der Arbeiterklasse geworden.

So verstanden und so damit gearbeitet können die Vorschläge der KPD für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik ein wirklicher Beitrag zur Förderung des Klassenbewußtseins der Arbeiter sein, zur wachsenden Erkenntnis ihrer kulturellen Interessen, ihrer Verantwortung für eine demokratische und humanistische Entwicklung in der Kultur der Bundesrepublik.

Vernebeltes erhellen

Den Inhalt der Vorschläge zur Verbesserung der Agitationsarbeit der Partei halte ich für eine ausgezeichnete Kollektivarbeit. Über die Notwendigkeit einer solchen marxistischen Analyse mit praktikablen Schlußfolgerungen und lebensnahen Empfehlungen sagt eigentlich die Zustimmung in Interessentenkreisen genug aus. Diese Feststellung schließt nicht aus, die Vorschläge mit den Erfahrungen der Betriebsarbeiter zu vervollständigen.

Bei Gewerkschaftsfunktionären und anderen in der Massenarbeit stehenden Kollegen wird vielfach ein Widerspruch festgestellt: unterschiedliche Stellungnahmen zu Tagesfragen unter

Beibehaltung des Kerns ihrer Grundhaltung. Diese unterschiedlichen Stellungnahmen sind unter den bestehenden komplizierten Bedingungen und Verhältnissen unvermeidlich. Sie als Inkonsenz zu beurteilen ist oberflächlich. Ich weiß, wieviel kostbare Energie verloren geht, sich zu bemühen, den anderen zu verstehen. Aber es zahlt sich aus. Es erhöht die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen auf lange Sicht. Es mag zwar verlockend sein, Hunderte Fragen zu streifen, vieles anzubeissen, aber wenn das eine Methode ohne System wird, wo Perspektiven nur aufblitzen, dann wird die Vieldeutigkeit von Meinungen, Irrtümern und Illusionen nur gefördert.

Worin besteht das Wichtigste einer neuen Problemstellung?

Es gibt Probleme, die von vielen deshalb als unlösbar angesehen werden, weil sie gewisse Voraussetzungen als unerlässlich betrachten, die aber nicht unerlässlich sind. Man muß den Mut haben, auch bisher für notwendig gehaltene Voraussetzungen abzustreifen, ohne in Opportunismus zu verfallen, um den Ausgangspunkt einer neuen Problemstellung zu finden. Wir haben die Menschen nicht so zu sehen, wie sie sein sollten, sondern wie sie sind, mit dem unverrückbaren Ziel, ihren Bewußtseinsgrad in Übereinstimmung zu bringen mit ihrer Klassenlage.

Das setzt bei vielen Sozialdemokraten und ihren Anhängern, wie bei manchem von uns die Überwindung stupider Vorurteile und doktrinärer Feindschaft voraus. Eine solche Überwindung ist aber nicht mit opportu-

nistischer Anpassung gleichzusetzen, sondern ist die glaubhafte Bereitschaft, sich besser verstehen zu wollen. Geduld angewandt bei Irrenden, bei Freunden, ist Bestandteil der Überzeugung. Geduld gegenüber Feinden bedeutet Kapitulation mit all ihren verheerenden Folgen. Hier gilt es, von Lenin und anderen Arbeitern zu lernen.

Unsere vielfach angewandte absolute Sprech- und Schreibweise scheint mir die Ursache zu haben, daß wir vieles vereinfachen, was für diejenigen, für die es gedacht ist, gar nicht einfach ist. Unsere Aufgabe ist es, das Verworbene zu entwirren, das Vernebelte zu erhellen, das Unübersehbare übersehbar zu machen.

Wo aber die Verhältnisse so kompliziert sind wie in der Bundesrepu-

blik, da ist es aussichtslos, mit kurzen Formeln und Schlagworten mit dem Verfahren des Schematisierens und der schädlichen Routine dem Problem beizukommen. Denn dann besteht die Gefahr, durch diese Vereinfachung unbewußt zum Verwirren beizutragen. Wie sagte Goethe:

Sage deutlicher wie und wenn,
Du bist uns nicht immer klar.
Gute Leute, wißt ihr denn,
ob ich's mir selber war?

Die vorherrschenden Methoden in der Werbung der Industrie und der großen Parteien ähneln sich immer mehr in Ausehen, Wirkung, Gebrauch und Geschmack. Unterscheidungsmerkmale gehen mehr und mehr verloren. Wenn das so ist, dann ist bei diesem Tatbestand unsere Aufgabe, die Unter-

scheidungsmerkmale deutlicher herauszustellen.

Wenn heute im Rahmen der konzentrierten Aktion Betriebsräte und Gewerkschaften vielfach auf organisierten Widerstand gegen die unternehmerischen klassenbedingten Maßnahmen verzichten, haben wir nicht nur die Pflicht, dagegen zu polemisieren, sondern in den Betrieben und Institutionen durch unser Verhalten uns deutlich von dem allgemeinen Trend zu unterscheiden. Ich meine damit die Pflicht des Kommunisten, in Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen aufzutreten und den Arbeitern und Angestellten den Ausweg aus dieser Lage zu zeigen. Wort und Tat in Übereinstimmung ist die beste Voraussetzung, Glaubwürdigkeit zu erhalten und zu bauen.

Aus dem täglichen Erleben lernen

Nach meinen Erfahrungen wird dort der größte Einfluß auf das Denken und Handeln der Menschen ausgeübt, wo die Argumentation sehr stark auf die Praxis des täglichen Erlebens bezogen ist, wo die soziale Bedeutung des Erlebens glaubhaft, überzeugend, verständlich dargelegt wird.

Es wird so oft und so viel behauptet und darüber geschrieben, welche meinungsbildende Rolle Presse, Rundfunk und Fernsehen haben. Ich will ihre Rolle nicht verniedlichen, aber ich warne vor einer Überbewertung, denn sie endet in Resignation bei zunehmender Konzentration im Imperialismus. Jawohl, die Arbeiter lesen Zeitungen, täglich etwa 40 Minuten.

Jawohl, die Arbeiter hören Nachrichten, einige wenige hören oder sehen Kommentare. Aber was passiert dann? Sie haben sich Orientierungspunkte gesammelt und prüfen, inwieweit diese Meldungen und neues Wissen im Einklang zu bringen sind mit ihren eigenen Erfahrungen im täglichen Leben, und ob man das Gelesene, Gehörte oder Gesehene in den Prozeß der eigenen Meinungsbildung mit einbeziehen kann. Hier beginnt die Beschränktheit der Massenbeeinflussungsmittel. Hier beginnt aber auch die überragende Möglichkeit der sogenannten Meinungsmacher in den Betrieben, Kegelklubs, Parteien, Ver-

einen, Familien, Partys und Organisationen.

Wer es versteht, ohne die anderen überfahren zu wollen, die zur Kenntnis genommenen Orientierungspunkte und Meldungen mit den zum großen Teil gleich gelagerten Erfahrungswerten unter den Bedingungen der Klassenposition in Betrieb und Gesellschaft verständlich auseinanderzunehmen, ihre Halbwahrheit darzulegen, ihre Systematik in der Zielsetzung verständlich zu machen, der wird nach einer gewissen Zeit feststellen, daß die sogenannte öffentliche Meinung nur eine veröffentlichte Meinung ist und wird sehen, welche großen Möglichkeiten noch vorhanden sind, wirklich meinungsbildend wirksam zu werden.

Ich bin mir klar, daß dieser Aufgabe nur der gerecht wird, der fundiertes marxistisches Wissen besitzt, gründlich allumfassend informiert ist und anknüpft an dem Bewußtseinsgrad des Gegenüber. Wobei die Suche nach neuen Methoden und Erkenntnissen niemals zum Verzicht auf eigene Vorstellungen führen darf oder zum Vermeiden der Konfrontation mit dem anderen politischen Standort. Denn für die vielen „Meinunglosen“ ist die Konfrontation eine unabdingbare Voraussetzung zur Meinungsbildung.

Nach meinen Erfahrungen stelle ich selbstkritisch fest:

Wirksame Politik wird dort gemacht,

wo Parteigruppen kollektiv die politischen Grundlagen ihrer Agitation erarbeiten,

wo die Agitatoren die verständliche

Umgangssprache des Wirkungs- bzw. Arbeitsbereiches gebrauchen,

wo Freunde und Klassengenossen, auch wenn sie uns vorübergehend nicht verstehen, als Freunde behandelt werden, wo Feinde als Feinde behandelt und entlarvt werden. Genosse Hans

Auf die richtigen Argumente kommt es an!

Zu den Vorschlägen der Agitationskommission über die Verbesserung der Agitationsarbeit der Partei erhielten wir vom Genossen Paul aus dem Ruhrgebiet einen Beitrag. Die Vor-

schläge zur Verbesserung der Agitationsarbeit der Partei und die Gedanken unseres Genossen Paul könnten auch für andere Genossen ein Ansporn sein, uns ihre Meinungen mitzuteilen.

I.

Während ich die Vorschläge der Agitationskommission beim Zentralkomitee zur Verbesserung unserer Öffentlichkeitsarbeit lese, denke ich an die vielen Genossen unserer Partei, die sicherlich bemüht sind, unserer guten Sache ihr Bestes zu geben. Und mir ist, als würden sie uns Agitatoren sagen: Ach, liebe Leute, denkt doch an uns, wenn ihr schreibt, und nicht so sehr an Euch selbst! Schreibt doch einfacher, verständlicher, bildhafter, interessanter! Ich weiß, ein Artikel in „Wissen und Tat“ ist kein Unterhaltungsroman — aber wo steht geschrieben, daß er trocken und thesenhaft sein muß?

Wollen wir mal blättern in den letzten Ausgaben von „Freies Volk“ und „Wissen und Tat“? Wollen wir uns damit trösten, daß Inhalt und Form mancher Artikel, Berichte, Kommentare und Glossen schon besser geworden sind? Dennoch ist nicht zu bestreiten: mancher Beitrag erweckt auch heute noch den Eindruck einer „Pflichtübung“.

Der ideologische Zustand unserer Partei lasse zu wünschen übrig? Na, da fangen wir mal bei uns selber an! Überprüfen wir, ob wir es verstehen, unsere Gedanken und Ideen so wirksam darzulegen, daß der Genosse sie sich aneignen, sie verarbeiten und in der praktischen Tätigkeit umsetzen kann. Die Wirksamkeit unserer ideologischen Arbeit hängt nun einmal in hohem Maße von unserem Können ab, die Gesetze der Agitation konkret anzuwenden. Das heißt: Ich muß mir

jeden Tag aufs neue überlegen, an welchen Kreis von Menschen wende ich mich; welche Einsichten, Erfahrungen, Lebenseinstellungen, Werturteile kann ich — nein, muß ich voraussetzen; ist der Boden, auf den meine Argumente fallen, hart und steinig oder ist er schon gelockert und aufnahmefreudig usw.

Und hier schon taucht ein Problem auf, dem sich jeder Agitator gegenüber sieht: Stimmen die persönlichen Erfahrungen mit den Realitäten überein? Genügen eigene Erfahrungen bereits, um ein exaktes Urteil fällen zu können? Folgender Dialog mag die Kalamität veranschaulichen, in die wir nicht selten kommen:

„Ein sozialdemokratischer Genosse hat mir gestern gesagt: er müsse ja blöde sein, wenn er alles glauben wolle, was über die DDR so gesagt und geschrieben werde.“

„Und was schließt Du daraus?“

„Daß der Antikommunismus doch nicht mehr solche Wirkungen hat wie früher.“

„Bei diesem sozialdemokratischen Genossen? Oder meinst Du, das sei eine allgemeine Tendenz?“

„Na, wenn der so denkt, werden auch andere zu dieser Überzeugung gekommen sein.“

„Du meinst, an dieser allgemeinen Tendenz können wir anknüpfen?“

„Ja, unbedingt!“

„Hast Du schon mit den Genossen Deiner Gruppe darüber gesprochen?“

„Nein, aber ich weiß jetzt schon, daß ich mit meiner Ansicht auf Widerstand stoße.“

„Warum? Haben die Genossen andere Erfahrungen gemacht?“

„Na ja, sie haben mir schon bei anderer Gelegenheit gesagt, ich solle nicht immer alles so absolut sehen.“

„Ich glaube, die Genossen in Deiner Gruppe haben recht. Die Erfahrung eines einzelnen genügt heute nicht mehr — sie hat eigentlich noch nie genügt für eine fundierte Beurteilung der Lage. Berate Dich mit Deinen Genossen, tragt Eure Erfahrungen zusammen.“

Natürlich ist der Antikommunismus auf einigen Gebieten nicht mehr so wirksam — wem will man heute noch einreden, die Menschen in der DDR müßten hungern! Aber was wir brau-

chen, das ist eine genaue Kenntnis der heutigen, konkreten antikommunistischen Stoßrichtung des Gegners:

Wie wirkt die heutige antikommunistische Hetze auf die Arbeiter, Bauern, Handwerker, Geisteschaffenden? Wirkst sie unterschiedlich? Wo liegen die Unterschiede? Andererseits: Welche gesellschaftlichen Tatsachen in der DDR wirken inwiefern unterschiedlich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei uns? Wenn wir uns solche Fragen überlegen, wird es auch leichter sein, die richtige Antwort für unsere Agitation zu finden. Wir sollten uns darum bemühen, solche Fragen, mit den Genossen in der Gruppe zu besprechen, denn der Meinungsaustausch unter uns Kommunisten wird uns besser befähigen, die richtigen Argumente für unsere Überzeugungsarbeit zu finden.

II.

„Konntet Ihr zur Diskussion sprechen?“

„Ja, ein Genosse ist aufgetreten und hat gesagt, daß die NPD bloß die Nachfolgerin der NSDAP ist.“

„Daraufhin gab es wohl viel Beifall?“

„Nein, bloß wir haben geklatscht. Die jungen Leute haben nichts gesagt.“

„Da konnte der NPD-Funktionär, der die Versammlung geleitet hat, ja eigentlich ganz zufrieden sein mit dem Verlauf des Abends.“

„Na ja, die Sache ist nicht so gelau-
fen, wie wir gedacht haben.“

„Wie wäre es gewesen, wenn ein Genosse von Euch in der Diskussion etwa gesagt hätte: „Ich bin ein deutscher Kommunist, und ich liebe Deutschland, und ich will, daß seine Menschen glücklich sind und in Frieden leben können. Wenn Deutschland heute gespalten ist und fremde Truppen auf seinem Territorium stehen, dann ist das die Folge jener von Eroberungssucht und Antikommunismus diktirten Politik, die wir Kommunisten seit 1918 bekämpft haben. Um Deutschlands willen haben wir während des Faschismus die schwersten Blutopfer gebracht. Um Deutschlands willen warnen wir vor einer Neuauf-
lage des Faschismus, vor Notstand und Krieg. Wir bitten vor allem die jungen Menschen hier im Saal, sich im

Mit einem Genossen im Ruhrgebiet ergab sich ein Gespräch, das sich um unsere Agitation in der nationalen Frage drehte. Er berichtete: „Als die NPD bei uns eine Versammlung machte, sind wir mit ein paar Genossen hingegangen.“

„Was wolltet Ihr dort?“

„Wir wollten versuchen, den Nazis zu sprengen.“

„Ist Euch das gelungen?“

„Nein, leider nicht. Wir haben erst mal eine Viertelstunde immer wieder gesungen ‚Humba-humba-tätärä‘. Dann hat der Versammlungsleiter gesagt: ‚Wir können warten, meine Herren. Ihnen wird schon die Puste ausgehen.‘“

„Wieviel Leute waren im Saal?“

„So an die 200.“

„Was haben die gesagt?“

„Oh, für die war das zu Anfang ein richtiger Spaß. Aber nachher haben sie geschimpft. Auf uns geschimpft. Na, das waren ja alles alte Nazis.“

„Alles alte Nazis?“

„Also, junge Leute waren auch dabei — die wollten bestimmt bloß mal hören, was die NPD so zu bieten hat.“

„Und was hatte sie zu bieten?“

„Phrasen — nichts als Phrasen! Daß die fremden Truppen aus Deutschland rausmüssen, daß Deutschland wieder vereinigt werden muß ...“

Anschluß an diese Versammlung mit uns zusammenzusetzen und sich mit uns darüber zu beraten, welche Politik für Deutschland die beste ist. — Was meinst Du, wäre ein solches Auftreten für uns nicht besser gewesen?"

„Ja, natürlich — aber weißt Du, wir haben irgendwie eine Abneigung gegen solche Worte wie ‚Deutschland- und ‚national‘ und ‚Vaterland‘. Diese Be-

griffe sind so oft mißbraucht worden ...“

„Und deshalb überlassen wir sie einfach den Demagogen von der NPD und der CDU/CSU? Nein, im Interesse der jungen Menschen, die dort im Saal gesessen haben und die etwas hören wollten, müssen wir klarmachen, daß der Kommunist ein guter Deutscher ist, der für sein Land das Beste will.“

* * *

Ich habe diese Gespräche wiedergegeben, weil sich in unserer Agitation noch manche ernste Schwäche zeigt und weil ich glaube, daß wir Genossen

viel mehr als bisher in der richtigen Weise auftreten sollten. Die Vorschläge der Agitationskommission beim ZK geben uns dafür manche Anregung.

Junge Genossen fragen, WISSEN UND TAT antwortet

Wie arbeite ich mit einem Buch?

Junge Genossen greifen immer öfter zu marxistischer Literatur. Dabei taucht anfangs nicht selten die Frage auf: Wie arbeite ich mit einem wissenschaftlichen Buch? „Wissen und Tat“ gibt in diesem Artikel einige allgemeine Ratschläge.

Womit anfangen?

Unser junger Leser — er ist Metallarbeiter — will die Schrift von Karl Marx „Lohnarbeit und Kapital“ gründlich „erforschen“. Den Anstoß dazu erhielt er in einem Streitgespräch über Löhne. Dabei tauchten solche „Rätsel“ auf: Wie wird der Lohn bestimmt? Was ist eigentlich Arbeitslohn? Gibt unser Lohnstreifen darüber Auskunft?

Marx löst in dieser Schrift alle diese „Rätsel“. Dennoch wundert sich unser junger Metallarbeiter, als er „Lohnarbeit und Kapital“ zur Hand nimmt. Marx erhält nämlich das Wort zum eigentlichen Thema erst nach einer Vorbemerkung vom Verlag und einer längeren Einleitung von Friedrich Engels. Rasch überschlägt er Vorbemerkung und Einleitung. **Halt! Hier ist unser junger Metallarbeiter aber nicht gut beraten. Und warum nicht? Weil**

Der Leser erwirbt sich natürlich schrittweise **eigene Erfahrungen** und entwickelt allmählich auch **eigene Arbeitsweisen**. Dieser Artikel mit seinen methodischen Hinweisen soll lediglich helfen, einen eigenen Arbeitsstil schnell zu finden, die Arbeit mit wissenschaftlicher Literatur zu lernen.

er sich dadurch selbst seine Arbeit erschwert. Jedes Buch enthält nämlich oft durch ein Inhaltsverzeichnis, Register, Vorwort oder Einleitung, manchmal durch ein Nachwort, schließlich auch durch besondere Überschriften wichtige Hinweise zum Inhalt. Nicht selten enthalten wissenschaftliche Schriften sogar besondere Anmerkungen, Wort- und Sacherklärungen oder Verzeichnisse über benutzte Literatur. **Jeder, der erst einmal nach diesen „Zutaten“ zum eigentlichen Text des Buches schaut, ja sich vielleicht das Nachwort sogar zuerst ansieht, ist durchaus kein oberflächlicher Leser.** Er erleichtert so nur seine Arbeit!

Wir erfahren z. B. in den Vorbemerkungen von „Lohnarbeit und Kapital“ als Datum der Veröffentlichung den 5. bis 8. und 11. April 1849 und als Herausgeber die „Neue Rheinische Zei-

tung". Friedrich Engels wiederum erläutert und erleichtert in seiner Einleitung durch einige besonders populäre Ausführungen über den Lohn das Verständnis der Marxschen Gedanken. Unser Leser erhält schließlich in der Fremdwort- und Namenserklärung gute Übersetzungen schwieriger Wörter aus dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch.

Nunmehr, nach einer Einsicht in die „Zutaten“, liest unser junger Metallarbeiter wißbegierig Seite um Seite,

Wie aber rationell arbeiten?

Nehmen wir an, „Lohnarbeit und Kapital“ gehört unserem jungen Leser, er erwarb es nach dem Streitgespräch. Eifrig studiert er jetzt den Text. Was ist hier zu empfehlen?

Sinnvoll ist, bestimmte Stellen anzustreichen, gewissermaßen zur Bejahung und Bekräftigung, vor allem aber, um Kernsätze oder -Gedanken, ihre Verknüpfung untereinander, grundsätzliche Erkenntnisse herauszuheben. Den Anfänger lockt hier oft die Versuchung, zu viel, zu stark und selbst auch zu kompliziert anzustreichen. **Anstreicher müssen übersichtlich sein!** Zweckmäßig ist hierfür der Erwerb eines eigenen Systems von Zeichen. Man verwende aber diese Zeichen sparsam und schaffe sich nicht zu viele. **Unterstreiche weitgehend nur einzelne Wörter oder Satzteile! Ganze Sätze oder Absätze am Rande anstreichen!**

zuerst wie einen Roman. Zweifelsohne, so merkt er aber bald, strengt die Arbeit mit einem wissenschaftlichen Buch mehr an als das „Schmökerl“ schöngestiger Literatur. Sie erfordert in der Tat mehr Anstrengung und auch bestimmte Arbeitsweisen. Geistige Arbeit kann Kraft sparen oder Kraft vergeuden, ertragreich oder ertragarm, rationell oder unrationell sein. Hier ist die Leistung schon oft das Erfassen eines Sinneszusammenhangs — Leistungssteigerung dessen tieferes Durchdringen.

Merkzeichen am Rande können sein und bedeuten:

- / = wichtig
- // = sehr wichtig
- E = einprägen
- ? = zweifelhaft
- ! = nicht einverstanden

Striche, Zeichen oder Anmerkungen im Buch zeugen von ernsthafter Arbeit und ermuntern, wenn einmal damit begonnen wurde, zum weiteren tiefen Eindringen in die Literatur. Anstreicherungen werden, so betrieben, immer mehr zu einer unentbehrlichen Arbeitsweise.

Aber was tun, wenn das Buch kein persönliches Eigentum ist, wenn es ausgeliehen wird oder sogar im Leseaal einer Bibliothek steht? Natürlich hilft hier die für unseren jungen Metallarbeiter beschriebene Arbeitsweise nicht weiter.

Schriftliche Notizen

Ainstelle der Anstreicherungen treten nun handschriftliche Gedankenstützen. **Die wichtigsten Gedanken eines Buches, ihr echter Ertrag, was also sich lohnt zu merken und was man auch im Gedächtnis behalten kann, notiert man sich am besten auf einem Zettel.** Diese Arbeitsweise empfiehlt sich auch trotz Anstreichmöglichkeiten beim Studium eigener Bücher. Und warum? Weil der Mensch nie alles Gelesene, auch die im Buch angestrichenen und für richtig erkannten Gedanken, im Gedächtnis behält. Hier hilft nur die schriftliche Notiz weiter. Diese Notizen brauchen jedoch nicht gleich als Konspekt (schriftlich ausgearbeitete, sorgfältig gegliederte Übersicht über den Inhalt eines wissenschaft-

lichen Werkes) oder Excerpt (Auszug aus gedrucktem Material) entstehen. Das ist nicht immer notwendig. Uns erscheinen aber folgende Hinweise beachtenswert:

- Verwende weitgehend lose Blätter. Beschreibe sie nur einseitig. Die so beschriebenen Seiten lassen sich viel besser gliedern, sortieren, aufheben und später auch ergänzen.
- Verwende stets ein gleiches Format der Blätter (DIN A 4, gleich Briefbogengröße oder DIN A 5, gleich Schreibheftgröße). Gut geeignet erscheinen uns für diese Zwecke Ringbücher mit entsprechenden Blättern.
- Schreibe die Zeilen niemals hintereinander voll. Kennzeichne die

Sinnabschnitte durch Absätze und verwende für jeden neuen Gesichtspunkt eine neue Zeile. Rücke unter-

geordnete Gesichtspunkte etwas nach rechts ein.
Gestalte also die Notizen übersichtlich!

Konspekt und Excerpt

Ein Konspekt erarbeite ich mir in der Regel beim Studium wissenschaftlicher Bücher. Es ist zweckmäßig, zuerst sehr aufmerksam zu lesen, danach dann die Gedanken niederzuschreiben und zwar wenn der Abschnitt inhaltlich erfaßt, darüber hinaus der Zusammenhang mit anderen Abschnitten begriffen ist. Eigene Gedanken, aber auch Ergänzungen aus anderer Literatur sowie gute Beispiele aus eigener Praxis, muß man erkennbar gestalten, entweder durch eckige Klammern oder durch Farbstriche am Rand, um sie von denen des Autors abzuheben.

Die Inhaltswiedergabe kleiner Abschnitte oder gar unwesentlicher Sätze, führen ins Uferlose. Wer so arbeitet, weiß dann nicht, was er eigentlich gliedern soll.

Sinnvoll ist es auch, ein Buch, das vielfach untergliedert ist, nicht zu konzeptieren. Es empfiehlt sich hier, das Gliederungs- und Einteilungsprinzip des Verfassers zu übernehmen, dabei kann man gut seine Überschriften als Leitgesichtspunkte der eigenen Notiz übernehmen.

Sehr wichtige Gedanken werden oft als Excerpt (Auszug) oder Zitat (wörtliche Wiedergabe von einzelnen Sätzen) aus dem Buch geschrieben. Diese müssen bis in die Besonderheiten der Rechtschreibung hinein echt sein. Zitate werden in Anführungsstriche gesetzt und müssen eine exakte Angabe der Quelle, also des Buches, der Zei-

tung oder auch Zeitschrift, enthalten. Richtig zitiert ist ein Satz aus „Lohnarbeit und Kapital“ so: „Ihre Ware, die Arbeitskraft, tauschen die Arbeiter gegen die Ware des Kapitalisten aus, gegen Geld, und zwar geschieht dieser Austausch in einem bestimmten Verhältnis.“ (Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital, Berlin 1955, Seite 19.) Notwendig ist also die Angabe des Verfassers, des Titels, des Bandes (bei mehreren), Erscheinungsort und -Jahr, Seitenzahl. Genaues Zitieren gehört zu einer ernsthaften Arbeitsweise!

Das Konspekt ist gelungen, wenn unser junger Metallarbeiter, um beim Beispiel zu bleiben, sich nach langer Zeit wieder den Inhalt und die Gedankenführung von „Lohnarbeit und Kapital“ ins Gedächtnis zurückrufen kann, wenn er vermag, an die Gedanken und Erkenntnisse anzuknüpfen, die er bei der Arbeit mit dem Buch von Karl Marx gewonnen hatte.

„Wissenschaftliches Lesen“ erfordert also den Text selbständig verarbeiten, Ergebnisse durch eigene Arbeitsmethoden niederlegen, geistige Auseinandersetzung betreiben. Der Lohn für die aufgewandte Mühe bleibt nicht aus und unser junger Metallarbeiter vermag sicherlich nach gründlichem Studium von „Lohnarbeit und Kapital“ anhand seines Wissens die anfangs erwähnten „Rätsel“ selbst zu lösen.

von Hans Below

Tatsachen aus der DDR

Deutsch-sowjetische Freundschaft

- Seit ihrer Gründung wuchs die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von 2200 auf gegenwärtig weit über drei Millionen Mitglieder.
- Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres baten über 150 000 Bür-

ger um Aufnahme in die Freundschaftsorganisation.

- 250 963 Bürger wurden in den Jahreshauptversammlungen der Gesellschaft 1966/67 in ehrenamtliche Funktionen gewählt.
- 7912 Brigaden und Meisterbereiche, davon 5971 in der Industrie und 741 in der Landwirtschaft, mit 141 978 Mitgliedern tragen den Ehrennamen Deutsch-Sowjetische Freundschaft“.
- Nahezu 10 000 Mitglieder gehören „Zirkeln zum Studium sowjetischer Erfahrungen“ an.

● In den Bezirken der DDR gibt es heute 21 Häuser der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft.

● Allein im Jahre 1966 wurden in 12 785 Veranstaltungen 1 054 791 Besucher gezählt. Nicht berücksichtigt sind dabei die Mitglieder der 191 regelmäßig arbeitenden Zirkel und Interessengemeinschaften.

● Neben den Veranstaltungen in den Häusern der DSF erlebten in den letzten zehn Jahren Millionen Bürger 550 000 Veranstaltungen sowjetischer Ensembles, unter ihnen das Alexandrow-Ensemble, das Moissejew-Ensemble und den Staatlichen Omsker Volkschor.

Marx/Engels-Gesamtausgabe wird vorbereitet Gemeinschaftsarbeit sowjetischer und DDR-Wissenschaftler

Durch Beschlüsse des Zentralkomitees der KPdSU und des Zentralkomitees der SED sind das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED beauftragt worden, mit der Vorbereitung einer Marx/Engels-Gesamtausgabe (MEGA) zu beginnen.

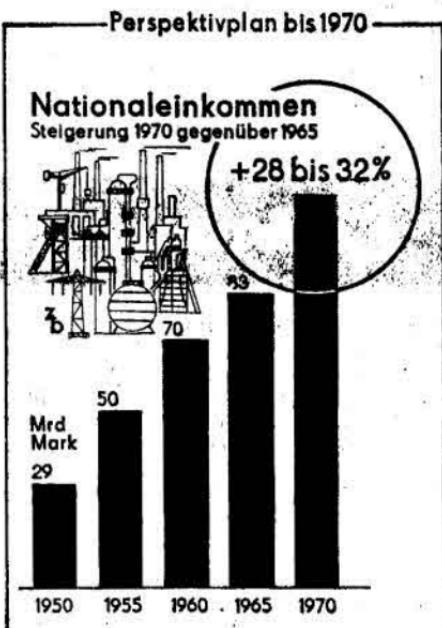
Die Veröffentlichung des literarischen Erbes von Karl Marx und Friedrich Engels in einer historisch-kritischen Gesamtausgabe wird von unerschöpfbaren Bedeutung sein für die künftige theoretische und ideologische Arbeit der marxistisch-leninistischen Parteien, für die Propagierung der Lehren des Marxismus-Leninismus und für die Erhöhung des theoretischen Niveaus der Forschung auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften und anderer Wissenschaften.

In die Ausgabe werden alle Arbeiten von Marx und Engels, einschließlich der vorbereitenden Materialien, sowie die Briefe in der Sprache des jeweiligen Originals aufgenommen. Lesarten werden sämtliche Varianten aus den Handschriften, Korrekturbogen und Änderungen in allen weiteren von Marx und Engels besorgten Ausgaben deutlich machen. Die MEGA wird dadurch ein geschlossenes und erschöpfendes Bild der Entstehung und Entwicklung des Marxismus und zugleich der Genialität von Karl Marx und Friedrich Engels vermitteln.

Um die Benutzung der MEGA zu erleichtern, wird die Ausgabe in mehrere Abteilungen gegliedert werden. Die einzelnen Bände enthalten ein Vorwort, Anmerkungen, ein Namens- und

Sachregister sowie ein bibliographisches Verzeichnis. Die Vorworte und der wissenschaftliche Apparat werden in deutscher Sprache veröffentlicht. Die MEGA erscheint im Dietz Verlag, Berlin.

Die von Vertretern beider herausgebenden Institute gebildete gemeinsame Redaktionskommission wird in absehbarer Zeit die Öffentlichkeit mit weiteren Einzelheiten über die Vorbereitung und Herausgabe der MEGA bekanntmachen.



Wer spricht Recht in der DDR und in der Bundesrepublik?

Die Richter des Obersten Gerichts, der Bezirks- und Kreisgerichte der DDR weisen folgende soziale Zusammensetzung auf:

Arbeiter	75,8 %
Bauern	3,0 %
Angestellte	12,4 %
Andere Schichten	8,8 %
Anteil der Männer	68,9 %
Anteil der Frauen	31,1 %

Die Staatsanwälte der DDR haben folgende soziale Zusammensetzung:

Arbeiter	83,3 %
Bauern	2,6 %
Angestellte	9,3 %
andere Schichten	4,8 %
Anteil der Männer	74,5 %
Anteil der Frauen	25,5 %

Die soziale Herkunft und der Aufstieg in der Justizhierarchie der Bundesrepublik sieht z. B. so aus (in %):

Ober-	Bundes-
landes-	gerichts-
gerichte	hof

Beruf des Vaters (1959: 856) (1962: 86)

Großunternehmer	2,7	3,5
u. sonst. Unternehmer	17,7	9,3
freie Berufe	6,6	7,0
Landwirte	4,8	8,1
höhere Beamte	24,1	29,1
gehobene Beamte	19,6	23,3
sonstige Beamte	6,7	3,5

leitende Angestellte	4,9	8,1
sonstige Angestellte	5,5	5,8
Arbeiter	2,8	2,4

In der Deutschen Demokratischen Republik werden die Schöffen der Kreisgerichte unmittelbar durch das Volk und die Schöffen der Bezirksgerichte durch die Volksvertreter der Werk-tätigen gewählt. Insgesamt sind in der DDR 49 635 Schöffen tätig. Davon 2800 Schöffen an den Bezirksgerichten und 46 835 Schöffen an den Kreisgerichten. Die soziale Zusammensetzung der Schöffen sieht wie folgt aus:

38 %	Arbeiter
37 %	Angestellte
9 %	Angehörige der Intelligenz
und 8 %	Genossenschaftsbauern

Der Anteil der Frauen beträgt 42,3 %. In der Bundesrepublik dagegen werden die Schöffen nicht durch das Volk gewählt. Das Auswahlverfahren der Schöffenkandidaten und ihre Bestimmung als Schöffen sind gesetzlich kompliziert geregelt. Dadurch können praktisch nur solche Bürger das Schöffenamt ausüben, die der bürgerlichen Justiz genehm sind. Das Auswahlsystem schließt von vornherein weitgehendst fortschrittliche Bürger aus. Hinzu kommt, daß die Schöffen in der Bundesrepublik nicht – wie in der DDR – als gleichberechtigte Richter am Prozeß teilnehmen dürfen, sondern nur beschränkte Rechte besitzen.

Das neue Buch

Die Geschichte einer großen Entdeckung

Mit der Übersetzung des im Jahre 1965 im Moskauer Verlag Mysl erschienenen Buches von W. S. Wygodski, „Die Geschichte einer großen Entdeckung“, hat der Verlag Die Wirtschaft dem deutschsprachigen Leser eine ausgezeichnete Biographie des „Kapital“ zugänglich gemacht, die einen würdigen Beitrag zum 100. Jah-

restag des Erscheinens des ersten Bandes des „Kapital“ darstellt.¹⁾ Wie Ge-nosse Prof. Dr. Otto Reinhold im Vor-wort zur deutschen Ausgabe hervor-hebt, besitzt das vorliegende Buch von Wygodski eine Reihe wichtiger Vor-züge und gibt einen umfassenden Ein-blick in die Bedingungen, Arbeiten, Entwicklungsstufen und Auseinander-setzungen, die schließlich zur Formu-lierung der wichtigsten theoretischen Erkenntnisse der politischen Ökonomie des Kapitalismus führten.

Oft wird von Studierenden gefragt, wie man an das Studium des „Kapital“ herangehen soll. Selbstverständlich

¹⁾ Witali Solomonowitsch Wygodski, „Die Geschichte einer großen Entdeckung“ – Über die Entstehung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1967. Alle Seitenzahlen ohne nähere Quellenangabe beziehen sich auf dieses Buch.

gibt es dafür kein für alle Fragen gültiges Patentrezept. Aber das Buch Wygodskis wird nicht nur dazu beitragen, daß sich viele seiner Leser dem Studium des Hauptwerkes des wissenschaftlichen Sozialismus zuwenden werden, sondern es gibt ihnen auch einen Schlüssel zum Studium und zum umfassenden Verständnis der Arbeitsmethoden von Marx in die Hand. Ist es doch Wygodski gelungen, auf knappem Raum die dramatische und inhaltsreiche Geschichte der ökonomischen Lehre von Marx für die Periode von 1850 bis 1863 wissenschaftlich exakt und so spannend darzustellen, daß dieses Buch keineswegs nur für Spezialisten, sondern für breiteste Leserkreise von großem Interesse ist. „Man muß diese Geschichte kennenlernen, weil die ökonomische Lehre von Marx nur in ihrer Entwicklung, ihrem Werden richtig begriffen werden kann. Andernfalls eignet man sie sich unweigerlich dogmatisch, das heißt entstellt, falsch und oberflächlich an.“ (S. 13)

Der Autor wendet die marxistische Methode konsequent auf die Erforschung und Darstellung der Geschichte des „Kapital“ an. Das Prinzip der Klassiker des Marxismus, daß ihre Theorie kein Dogma ist, sondern die Darlegung eines Entwicklungsprozesses, und daß dieser Prozeß aufeinanderfolgende Phasen einschließt, ist auch das Prinzip, von dem sich der Autor bei der Untersuchung des Reife- prozesses der ökonomischen Lehre von Marx leiten läßt. „Wenn wir die Geschichte des ‚Kapitals‘ studieren, können wir verfolgen, wie Marx seine ökonomische Lehre ausarbeitete, wie er die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise aufdeckte, wie er die Mängel der bürgerlichen politischen Ökonomie überwand und wie er die ökonomische Wissenschaft von der Position der Arbeiterklasse aus revolutionierte. Das Studium der Geschichte der ökonomischen Lehre von Marx enthüllt uns seine schöpferische Methode und führt uns in sein schöpferisches Laboratorium. Die Beherrschung der Marxschen Methodologie

wissenschaftlicher Forschung ist das Schlüsselproblem, wenn man sich die marxistisch-leninistische Theorie wirklich schöpferisch aneignen, wenn man sie bei der Erklärung der Erscheinungen des Lebens der menschlichen Gesellschaft in unserer Zeit richtig anwenden will.“ (S. 14)

In den neun Kapiteln des Buches verfolgt Wygodski die Entwicklung der ökonomischen Ideen von Marx eingehend und gibt den Gedankengang von Karl Marx in den Hauptzügen wieder. Die ganze Art der Darstellung zeugt davon, daß sich Wygodski bei der Formulierung seiner Forschungsergebnisse von der Erwägung leiten ließ, die auch für Marx „wichtiger als alle anderen“ war²⁾, nämlich der Arbeiterklasse die Theorie leichter zugänglich und in weiten Kreisen der Arbeiterklasse verständlich zu machen. Marx selbst bezeichnete sein Werk als ein „artistisches Ganzes“³⁾. Indem der Autor dem Leser die Entstehungsgeschichte dieses meisterhaft geschaffenen Ganzen in einer anschaulichen Weise vor Augen führt, hilft er sicher vielen, die Scheu zu überwinden, sich dem Studium dieses anspruchsvollen Werkes zuzuwenden.

Das Kapitel 2, in dem der Autor die Marxschen Arbeiten der 50er Jahre, vor allem die Exzerpthefte und die „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“ untersucht, gewährt uns sowohl einen tiefen Einblick in das schöpferische wissenschaftliche Laboratorium von Marx als auch in den Fortgang der Erkenntnisse auf dem Wege zum „Kapital“, denn in den „Grundrisse“ arbeitete Marx seine eigene Wert- und Mehrwerttheorie aus, wobei er den Proudhonismus, den pseudosozialistischen „falschen Brüder“, einer vernichtenden Kritik unterzog und den wissenschaftlichen Sozialismus wesentlich entwickelte. Die wissenschaftliche Konsequenz von Marx und Engels, die sich stets auch ihrem eigenen jeweiligen Erkenntnisstand gegenüber kritisch verhielten und davon ausgingen, daß die politische Ökonomie nur dadurch in eine positive Wissenschaft verwandelt werden kann, „daß man an die Stelle der conflicting dogmas die conflicting facts (der widerstreitenden Dogmen die widerstreitenden Tatsachen) und die realen Gegensätze stellt, die ihren verborgenen Hin-

²⁾ Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 33, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 434.

³⁾ Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 31, Dietz Verlag, Berlin 1965, S. 132.

tergrund bilden“⁴⁾), wird vom Autor systematisch im Schaffensprozeß von Marx verfolgt.

Einer exakt reproduzierten Darstellung der Grunderkenntnisse der Marxschen Wert- und Geldtheorie ist das Kapitel 3 gewidmet. Der Analyse der „ökonomischen Zellenform“ der bürgerlichen Gesellschaft als Grundlage für das „eigentlich Wichtige“ — nämlich für die Entdeckung des Mehrwerts.

Im Kapitel 4, „So faßte er die Hand der Mehrwerträuber und ertappte sie auf frischer Tat“, analysiert Wygodski die krönende Phase des wissenschaftlichen Ringens Karl Marx‘ um die Enttäuschung des Geheimnisses der kapitalistischen Ausbeutung, um die Entdeckung des Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Gesellschaft. Marx wies als erster in der Geschichte der ökonomischen Wissenschaft nach, daß die Aneignung des durch die Arbeiter geschaffenen Mehrwerts durch die Kapitalistenklasse die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise ist und sich in voller Übereinstimmung mit deren inneren Gesetzen, insbesondere mit dem Wertgesetz, vollzieht.“ (S. 71/72)

Im Kapitel 5 beschäftigt sich der Autor mit der Frage, warum das zweite Heft der Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ nicht erschienen ist. Er macht zugleich deutlich, daß die Ausarbeitung der Struktur des „Kapital“ ein nicht weniger komplizierter Prozeß als die Forschung selbst war. „Die Mehrwerttheorie“, schreibt Engels, „hat Marx in den fünfziger Jahren ganz allein und im stillen ausgearbeitet, und sich mit aller Gewalt dagegen gesträubt, etwas darüber zu veröffentlichen, ehe er mit allen Konsequenzen vollständig im reinen war. Daher das Nichterscheinen des zweiten und der folgenden Hefte von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“⁵⁾. Wygodski zeigt uns im einzelnen, welche Konse-

⁴⁾ Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 32, Dietz Verlag, Berlin 1965, S. 181.

⁵⁾ Karl Marx / Friedrich Engels, Briefe über „Das Kapital“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 360.

⁶⁾ Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 16, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 365.

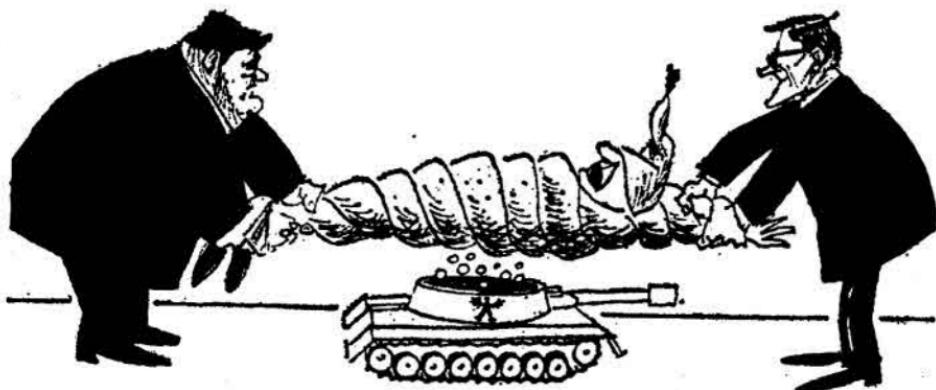
⁷⁾ Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 31, S. 542.

quenzen gemeint waren: „Durch die Entdeckung des Mehrwerts drang Marx ins tiefste Geheimnis der kapitalistischen Ökonomik ein. Aber nachdem er dies getan hatte, mußte er den umgekehrten Weg zurücklegen und zeigen, wie der Mehrwert alle anderen Kategorien der kapitalistischen Produktionsweise „reguliert“: den Profit, den Durchschnittsprofit, die Grundrente, den Zins usw.“ (S. 78) Alle diese Probleme löste Marx im Prozeß der Arbeit am Manuskript in den Jahren 1861 bis 1863. In den Kapiteln 6 und 7 untersucht der Autor den Hauptteil der Manuskripte der Jahre 1861 bis 1863, die Theorien über den Mehrwert, und verfolgt im einzelnen, wie Marx die Theorie des Durchschnittsprofits, des Produktionspreises und der Grundrente entwickelte und so den Gesamtprozeß zur Vollendung der Mehrwerttheorie abschloß.

Im Kapitel 8 wird die Struktur des „Kapital“ im einzelnen analysiert und gezeigt, wie schließlich Marx für sein ökonomisches Werk eine Form fand, die dessen genialem Inhalt genau entspricht.

Der Leser findet im Kapitel 9 konzentriert die Bedeutung der Marxschen ökonomischen Theorie für die Arbeiterklasse. „Wir können die enorme Bedeutung und den vollen Inhalt der Marxschen Arbeit nur begreifen, wenn wir uns dessen eingedenkt sind, daß Marx kein Stubengelehrter, sondern in erster Linie Revolutionär gewesen ist. Marx schuf seine ökonomische Lehre nicht für einen engen Kreis von Spezialisten, sondern unmittelbar für die Arbeiterklasse.“ (S. 131) Engels bezeichnete „Das Kapital“ als „die politische Ökonomie der arbeitenden Klasse, auf ihren wissenschaftlichen Ausdruck reduziert“⁶⁾.

In der Schlußbetrachtung seines Buches macht der Autor den ungeheuren Umfang der Arbeit von Marx sichtbar, der 40 Jahre seines Lebens diesem Werk widmete und dafür „Gesundheit, Lebensglück und Familie geopfert“ hat.⁷⁾ Marx‘ Mühe war nicht umsonst. Generationen von „Marxtötern“ sind gekommen und gegangen, „Das Kapital“ aber und die Lehren von Marx, Engels und dem großen Fortsetzer ihres Werkes, Lenin, sind zur Grundlage des Denkens und Handelns vieler



Millionen Menschen geworden. Selbst die Vertreter der bürgerlichen Ökonomie müssen zugeben: „Noch niemals ist den Werken von Karl Marx soviel Aufmerksamkeit gewidmet worden, wie in unserer Epoche, und nicht nur in Sowjetrußland, sondern auch in den Ländern des Westens.“⁸⁾ Die Hauptursache dafür besteht darin, daß die Geschichte als unabstehlicher Prüfstein für die Wahrheit einer Theorie die Richtigkeit der Lehre von Karl Marx glänzend bestätigt hat. Der historische Verlauf seit dem Erscheinen des „Kapitals“ vor

⁸⁾ E. James, zitiert in „Die Geschichte des ökonomischen Denkens im 20. Jahrhundert“, Moskau 1959, S. 538 (russ.)

nunmehr hundert Jahren zeugt wahrhaftig davon, daß das Ziel der Arbeit von Marx erreicht wurde und „Das Kapital“ die scharfe Waffe — eine Waffe von Weltniveau — für den Kampf der Arbeiterklasse gegen die alte kapitalistische Welt und für die Entfaltung einer neuen sozialistischen Welt geworden und geblieben ist. Marx und Engels konnten noch aktiv dazu beitragen, daß ihre im „Kapital“ zusammengefaßten Erkenntnisse zum Kampfbanner der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wurden.

Heinz Petrak
gekürzt aus Einheit, Heft 7/1967

I N H A L T

Seite

„Das Kapital“ von Karl Marx und die Gegenwart	2
Das nationale Interesse an guten Beziehungen zur Sowjetunion	7
Israel und die deutschen Imperialisten	12
Das Notstandsdiktaturgesetz der Regierung Kiesinger/Strauß	15
Sozialpolitische Probleme in Zeiten des Konjunkturrückgangs	19
Neue Bedingungen für die Zusammenarbeit mit den katholischen Werktätigen	23
Wirtschaftsfaktor DDR	27
50 Jahre Oktoberrevolution	31
Die KPD stellt zur Diskussion	40
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet:	48
Tatsachen aus der DDR	50
Das neue Buch	52

